

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

**HERAUSGEGEBEN VON PROF. RODOLPHE
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR. HERMANN BECK: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W.S.**

**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

**AUSGEGEBEN ANF. DEZEMB. 1909
2. JAHR 11. HEFT**



**BERN
HARD**

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH DER ENTWICKLUNG DES
ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN RECHTS GEWIDMET.

NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET

ABHANDLUNGEN:

PROF. DR. BRODA, PARIS: AN UNSERE LESER!	835
ENGELBERT PERNERSTORFER, VIZEPRÄSIDENT DES ÖSTER- REICHISCHEN ABGEORDNETENHAUSES, WIEN: DIE NATIO- NALITÄTENFRAGE IN ÖSTERREICH	840
EMIL VANDERVELDE, MITGLIED DES BELGISCHEN PARLAMENTS, BRÜSSEL: DIE RESULTATE DES PROPORTIONALWAHLRECHTS IN BELGIEN	846
DR. HARDT, NEAPEL: ZUR REFORM DES JUGENDSTRAFRECHTS.	849
DR. JUR. LUDWIG WERTHEIMER, FRANKFURT A. M.: UNLAUTERER WETTBEWERB.....	860
DR. ROBERT MAYER, PRIVATDOZENT, SEKRETÄR DER BRÜNNER HANDELSKAMMER: DIE ALTERS- UND INVALIDENVER- SICHERUNG DER KLEINGEWERBETREIBENDEN UND KLEIN- BAUERN IN ÖSTERREICH	864
JULES LEFEBURE, PARIS: DAS NEUE FRANZÖSISCHE GESETZ ZUR ERLEICHTERUNG DES GRUNDERWERBS DURCH STÄDTI- SCHE UND LÄNDLICHE ARBEITER	871
JEAN SIGG, LANDTAGSABGEORDNETER, GENÈVE: DIE ERFOLGE DES SCHWEIZER MILIZSYSTEMS	874

CHRONIK DER MORALISCHEN UND RECHTSENTWICKLUNG

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

PROF. DR. BRODA, PARIS: WAS DIE VÖLKER VONEINANDER LERNEN KÖNNEN.....	884
--	-----

KORRESPONDENZEN:

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG.....	889
ERICH LILIENTHAL, BERLIN: DIE ZUKUNFT DER STADT. — CHRONIK (894).	
POLITISCHE ENTWICKLUNG.....	898
MIGUEL V. MORENO: DIE REVOLUTION VON BARCELONA. — CHRONIK (900).	
SOZIALE ENTWICKLUNG:	901
GRETE MEISEL-HESS, BERLIN: DIE SEXUELLE KRISE. — CHRONIK (905).	
TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT.....	908
HANS PRZIBRAM, PRIVATDOZENT A. D. UNIVERSITÄT UND LEITER DER BIOLOGISCHEN VERSUCHSANSTALT WIEN: DIE ERSTEN ERFOLGE DER EXPERIMENTELLEN ABSTAM- MUNGSLEHRE. — CHRONIK (912).	

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

AN UNSERE LESER!

DIE Dokumente des Fortschritts beginnen mit der nächsten Nummer ihren dritten Jahrgang. Hand in Hand mit einer wesentlichen Erweiterung unseres Arbeitsprogramms ist eine Erweiterung unserer Aktionsmittel geplant, und es scheint uns daher der Augenblick gekommen, rückschauend zu überblicken, was wir bisher unseren Lesern bieten konnten, und klarzulegen, in welcher Weise auf Grund der bisherigen Ergebnisse der weitere Ausbau unseres Unternehmens geschehen soll.

Vor allem machten wir die Erfahrung, daß der Wert eines Aufsatzes hauptsächlich durch seine Beziehung zu dem momentan gerade lebendigen Interesse des Lesers bestimmt wird. So gab es Aufsätze, die zum Beispiel ein Franzose für ein französisches Publikum geschrieben hatte und die in Frankreich voll gewürdigt worden waren, denen jedoch der deutsche Leser, bei der Darstellungsweise des Ausländers, kalt gegenüberstand.

Deshalb haben wir schon in den ersten Heften unserer Zeitschrift eine Differenzierung unserer verschiedensprachigen Ausgaben durchgeführt, und heute stehen sich in Wahrheit vier verschiedene Revuen einander gegenüber, von gleichem Geist geleitet, nach gleichen Endzielen strebend, von gleichen Autoren geschrieben und doch durchaus verschieden in der Wahl der Probleme und der Stoffanordnung. Wir hatten es uns stets zur Aufgabe gemacht, durch Heranziehung der entsprechenden Erfahrungen des Auslandes zur Lösung der sozialen Probleme im Inlande beizutragen. Wir haben aber gesehen, wie trotz des sich immer dichter webenden Netzes der internationalen Beziehungen, wie trotz aller kosmopolitischen Strömungen auch diese universellen Probleme ihren nationalen Charakter sich erhalten, dadurch, daß sie in ihrer zeitlichen Erscheinung verschieden sind. Und gerade diese ist ausschlaggebend, denn um auf die öffentliche Meinung Einfluß zu üben, ist es nötig, jedes Problem gerade in dem Augenblick zu untersuchen, wo es auf der Tagesordnung der öffentlichen Meinung steht.

Wir haben uns darum bemüht diese Entwicklung des Interesses für alle möglichen Zweige des Wissens systematisch zu verfolgen, um dann im gegebenen Augenblicke die Erfahrungen des Auslandes vorzuführen und auf diese Weise neues Material zur Lösung der in Frage stehenden Probleme in die Diskussion zu tragen. Mehr noch als bisher wird es in Zukunft unser Bestreben sein, unserer Zeitschrift in diesem Sinne einen aktuellen Charakter zu geben.

Auch eine andere Neuerung soll mit dem kommenden Jahrgange durchgeführt werden. Wir wollen in unserer Revue eine internationale Zeitschriftenschau einrichten und in dieser den Lesern eine Übersicht über wichtige Aufsätze und Ideen, die in bedeutenden Zeitschriften aller fünf Erdteile zu Worte kommen, und damit eine Übersicht über die internationale Ideenbewegung selbst geben. Des ferneren denken wir daran, gelegentlich literarische Erzeugnisse, insbesondere von solchen Kulturen, die dem deutschen Publikum minder bekannt sind, zum Abdruck zu bringen.

Auch in der äußeren Organisation unseres Unternehmens haben wir vieles verändert, und wir sind in der Lage, unseren Lesern mitteilen zu können,

daß der Erfolg selbst die Möglichkeit erwiesen hat, eine lebensfähige, dem Austausch sozialer Erfahrungen zwischen den verschiedenen Nationen dienende, eng miteinander verknüpfte Gruppe von Zeitschriften zu schaffen.

Die Zahl unserer Zeitschriften ist gewachsen, und dies beweist wohl zur Genüge, daß der Gedanke Wurzel geschlagen hat und seine Entwicklungsfähigkeit erwiesen hat. Im Oktober dieses Jahres wurde in Anlehnung an unsere drei bestehenden Ausgaben die russische Ausgabe begründet. „Saprossi Schisny“, zu deutsch Lebensfragen (näheres siehe Chronik auf S. 879), wird geleitet von Professor Kowalewsky und Dr. Rubin Blank, und wir freuen uns des bedeutenden Kreises russischer Mitarbeiter, die unsere Schwesterzeitschrift zu erringen gewußt. Wir freuen uns vor allem der so erweiterten Möglichkeit, die sozialen Erfahrungen des Westens mehr, als bisher, unserem russischen Leserpublikum zugänglich zu machen und unsere deutschen Leser in direkter Fühlung halten zu können mit der doch gewiß interessanten Entwicklung des großen russischen Volkes.

Auch unsere englische Ausgabe wird durch Verschmelzung des „International“ mit der Revue „Progress“, dem Organ des „British Institute of social service“, das durchaus gleiche Ziele sozialer Reformpolitik wie wir selbst verfolgt, eine große Erweiterung erfahren. Wir werden so in England selbst bedeutend an Aktionsradius gewinnen und häufiger als bisher instruktive Notizen über die Sozialreformen Englands, die wir unserer englischen Ausgabe „Progress“ entnehmen, auch in dieser Zeitschrift bringen können. Unsere deutsche Ausgabe „Dokumente des Fortschritts“ gewinnt durch den Eintritt des Herrn Erich Lilienthal in den Kreis der Herausgeber eine neue wertvolle Kraft. Sie wird im übrigen in den bewährten Bahnen weitergeführt werden; ebenso die französische Ausgabe „Documents du progrès“. Diese beiden werden auch künftig den Kern unseres Unternehmens bilden, um den sich, wie wir hoffen, immer mehr Schwesterzeitschriften in den verschiedenen Ländern (schon sind Vorverhandlungen bezüglich der Begründung einer spanischen und schwedischen Ausgabe angeknüpft) scharen werden.

In einer Beziehung aber vor allem sind wir im Begriffe, unseren Wirkungskreis zu erweitern, den Austausch sozialer Erfahrungen zwischen den verschiedenen Nationen mit neuen Mitteln zu organisieren. Ein Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen soll ins Leben treten, auf unseren Zeitschriften fußend. Außer ihrer Herausgabe sollen aber für die Zwecke des Instituts die folgenden neuen Aktionsmittel hinzukommen.

1. Veröffentlichung von Monographien über besonders wichtige Reformtatsachen und Probleme, die eingehendere Behandlung, als in den Zeitschriften möglich, erfordern.

2. Veranstaltung von Vorträgen über aktuelle soziale und kulturelle Reformen durch Berufung führender ausländischer Persönlichkeiten, die durch die unmittelbare Darstellung der in der Heimat gesammelten Erfahrungen der Reform im fremden Lande die Wege weisen.

3. Auskunftserteilung unter Heranziehung eines großen Stabes von Fachleuten.

4. Veranstaltung von internationalen Enqueten zur Klärung aktueller Fragen.

Für das kommende Jahr 1910 sind nachstehende Unternehmungen geplant:

I. Veranstaltung einer internationalen Enquete über die Rolle der Gewalt in den Konflikten des modernen Lebens. — Nachstehende Fragen werden an etwa 1000 hervorragende Persönlichkeiten aller Kulturvölker gerichtet werden:

1. Erscheint Ihnen die Gewalt, (Krieg und Kriegsrüstung, Revolution, Streik, Duell usw.) als das beste Mittel zur Entscheidung ökonomischer, politischer und persönlicher Streitpunkte?

Wenn ja,

2. Welches sind die Vorteile, welche die Wertezerstörung durch die oben genannten Akte aufwiegen?

Wenn nein,

3. Welche Formen der Regelung durch Schiedsgerichte oder andere Arten gesetzlicher Entscheidung schlagen Sie zum Ersatze der Gewaltmittel vor?

Die Antworten werden zu einem Bande vereinigt in deutscher und in französischer Sprache herausgegeben werden.

II. Sowohl in deutscher als in französischer Sprache werden nachstehende Monographien erscheinen:

1. Das moderne Proletariat, eine sozial-psychologische Studie.

2. Konstitutionalismus in der Industrie Australiens.

Eine dritte Monographie über die Verstaatlichung der Monopole in den verschiedenen Ländern wird vorbereitet und im Winter 1910—1911 zur Herausgabe gelangen.

Unser internationales Auskunftsbureau wird in der Lage sein, über soziale und kulturelle Erfahrungen aller Länder Bescheid zu geben, und steht für Anfragen den Abonnenten zur Verfügung, die sich dieserhalb an unser Hauptbureau, 59 Rue Claude Bernard, Paris, wenden wollen.

Vortragsserien sind für 1910 in Berlin, Frankfurt, München, Wien, Graz, Brünn, Paris, Brüssel, London geplant. — In Aussicht genommen sind im ganzen 50—100 Vorträge von Gelehrten und Politikern der verschiedenen Völker.

Für die deutschen Städte insbesondere ist die Behandlung nachstehender Probleme in Aussicht genommen:

Weltliche Schule und Moralunterricht in Frankreich.

Selbstverwaltung in England.

Arbeitslosenversicherung in Dänemark.

Freireligiöse Bewegung Indiens.

Vorbildliche Züge im chinesischen Staatsrecht.

Munizipalsozialismus in Wien.

Industriekonstitutionalismus in Australien.

Frauenstimmrecht in Finnland.

Das Schweizer Milizsystem.

Die ökonomische Zukunft der Türkei.

Sozialversicherung in Österreich.

Soziale Kunst in Frankreich.

Da die Verhandlungen mit mehreren Vortragenden noch schweben, können wir erst in unserer Januar- oder Februarnummer ein definitives Programm der Vorträge veröffentlichen. Alle unsere Abonnenten jedoch, die uns durch direktes Abonnement bekannt sind, oder, wenn sie im Wege des Buchhandels abonniert haben, uns Namen und Adresse bekannt geben, werden Einladungskarten zu den Vorträgen ihrer Stadt erhalten und auf diese Weise über Ort und Zeit verständigt werden.

Insbesondere unsere Abonnenten in Wien und Berlin werden gebeten, uns möglichst bald ihre Adressen nach Paris, rue Claude Bernard 59 anzugeben, da bereits in den ersten Tagen des Januar mehrere Vorträge in beiden Städten stattfinden sollen.

Da wir den Vorträgen möglichst großen Widerhall in der öffentlichen Meinung sichern wollen, haben wir uns entschlossen, den Zutritt zu diesen Vorträgen so sehr als möglich zu erleichtern. Alle Abonnenten der Dokumente des Fortschritts werden ihnen beiwohnen dürfen ohne irgendwelche ergänzende Zahlung zu leisten. Einladungskarten werden an sie ausgefolgt, sofern sie Namen und Adresse unserm Hauptbureau bekannt geben. Auch in Zukunft soll ein Jahresbeitrag von 10 Mark das doppelte Recht auf Bezug der Dokumente und Zutritt zu den Vorträgen verleihen.

Ein Jahresbeitrag von 15 Mark (Deutschland), 18 Kronen (Österreich) und 18 Mark (Ausland) wird neben diesen Berechtigungen den Bezug aller anderen Publikationen des Institutes und den Genuß aller andern Vergünstigungen gewährleisten. Für eine spätere Zukunft behalten wir uns vor, in jenen Städten, die eine größere Anzahl von Hörern unserer Vorträge besitzen, autonome Ortsvereine ins Leben zu rufen, die Diskussionen über Probleme des Fortschritts veranstalten und an unserem Werke mitarbeiten sollen.

Wir bitten alle die, welche sich für unser Unternehmen interessieren, uns ihren Beitritt (in der Sprache ihres Landes) an unser Hauptbureau, 59 rue Claude Bernard, Paris, bekannt zu geben und ihren Abonnementsbetrag einzusenden.

Wir hoffen, daß es uns mit Unterstützung all unserer Freunde gelingen werde, die sozialen und kulturellen Erfahrungen aller Nationen wechselseitig für ihre fortschrittliche Entwicklung heranzuziehen.

Wir haben uns entschlossen, zur Unterstützung unseres Unternehmens einen internationalen Ehrenausschuß bedeutender Persönlichkeiten aller Völker zu bilden und werden in unserer nächsten Nummer alle diejenigen nennen, die sich zum Beitritt bereit erklärten. Bereits heute jedoch wollen wir die Namen einiger Persönlichkeiten, deren Antworten bereits eingelaufen sind, bekannt geben.

Deutschland:

Dr. Lamprecht, Professor an der Universität zu Leipzig.
Dr. W. Ostwald, Professor an der Universität zu Leipzig.
Dr. W. Toennies, Professor an der Universität zu Kiel.
Graf v. Hoensbroech.
Dr. Meyer, Kammergerichtsrat, Berlin.
Dr. David, Mitglied des Reichstags.

Österreich-Ungarn:

Engelbert Pernerstorfer, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.
Dr. Karl Grünberg, Professor an der Universität Wien.
Baron von Hock, Mitglied des Reichsrats.
Dr. Heilingner, Mitglied des Reichsrats.

Baronin Bertha v. Suttner.

Professor Vambéry, Professor an der Universität in Budapest.

Frankreich:

Paul Deschanel, Mitglied der französischen Akademie, ehemal. Präsident des Parlaments, Paris.

Jean Richepin, Mitglied der französischen Akademie.

Ferdinand Buisson, Parlamentsmitglied, Paris.

Marcel Sembat, Parlamentsmitglied, Paris.

England:

Th. Longh, ehemal. Minister.

W. T. Stead, Direktor der „Review of Reviews“.

John Cockburn, ehemal. Ministerpräsident in Südastralien.

M. Maddison, Mitglied des britischen Parlaments.

Patrik Geddes, Professor an der Universität in Aberdeen.

RuBland:

Professor Kowalewsky, Mitglied des russischen Reichsrats.

Dr. R. Blank, St. Petersburg.

Belgien:

Emil Vandervelde, Parlamentsmitglied, Brüssel.

Italien:

Lino Ferriani, Generalprokurator, Como.

Schweiz:

Jean Sigg, Abgeordneter, Genf.

Dr. Stephan Bauer, Professor an der Universität Basel.

Norwegen:

Dr. Castberg, Staatsminister, Christiana.

Spanien:

Nicolas Salmeron y Garcia, Madrid.

Australien:

Hutchinson, ehemal. Minister, Melbourne.

Oberst Reay, Melbourne.

Neuseeland:

Sir Robert Stout Wellington, Ministerpräsident.

Südamerika:

Dr. Jaguaribe, Rio de Janeiro, ehemal. Mitglied des brasilianischen Parlaments.

Japan:

Dr. Sonoda, Präsident der Universität Kyoto.

Dr. Sakunoshin Motoda, Tokio.

China:

Dr. Scié-Ton-Fa, Präfekt, Nanking.

Indien:

Ramananda Chatterjes, Herausgeber der „Modern Review“, Calcutta.

J. Sriramulu, Rajamandri.

Paris, im November 1909.

Rodolphe Broda.



ENGELBERT PERNERSTORFER, VIZEPRÄSIDENT DES ÖSTERREICHISCHEN ABGEORDNETENHAUSES, WIEN: DIE NATIONALITÄTENFRAGE IN ÖSTERREICH.



OCH immer ist im Auslande Österreich ein wenig bekanntes Land trotz seines Alters als Reich, trotz seiner Größe, trotz seiner für die europäische Gesamtpolitik wichtigen Stellung. Selbst im benachbarten Deutschen Reiche, dem ja in Österreich über zehn Millionen Nationsgenossen leben, das außerdem über dreißig Jahre mit diesem Österreich-Ungarn im regen politischen Bündnisse steht, ist die Kenntnis österreichischer Zustände und Einrichtungen recht mangelhaft. Am meisten noch hat sich von den westlichen Staaten Frankreich in der politischen Literatur mit Österreich beschäftigt und hat in den letzten Jahren manches wertvolle Buch über Österreich hervorgebracht. Es ist eine ungemein interessante Tatsache, daß die einzige umfassende Darstellung des Wesens und der Geschichte des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, die es überhaupt gibt, von einem Franzosen, dem Professor L. E i s e n m a n n in Dijon, herrührt. Wer den Ausgleich zwischen Westösterreich und Ungarn, der die Grundlage des Dualismus ist, studieren will, muß zu diesem umfänglichen Werke greifen. Nach der Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen ist die dualistische Staatsform nur noch durch die österreichisch-ungarische Monarchie repräsentiert. Außerdem interessiert die französischen Politiker die Nationalitätenfrage der Monarchie mit Hinsicht auf die Möglichkeit, ob das starke slavische Element nicht zu einer Auflösung des österreichisch-deutschen Bündnisses führen könne.

Gerade die Mannigfaltigkeit der Nationen in Österreich hat übrigens seit dem Beginn der russischen Revolution auch sehr die Aufmerksamkeit der russischen Revolutionäre hervorgerufen. Auch Rußland beherbergt in sich viele Nationen, viel mehr als Österreich. Die Revolution hat in Rußland auch das nationale Problem lebendig gemacht. Es war natürlich, daß man zu erforschen suchte, wie das seit mehr als einem Menschenalter mit einer Konstitution begabte Österreich sich mit diesem Problem auseinandergesetzt hat. So kam es, daß die russische Publizistik und die russische Revolutionsliteratur sich mit Österreich beschäftigte. Dabei kam man zu der Überzeugung, daß es Österreich bisher nicht gelungen ist, dieses Problem zu bewältigen, daß aber gerade die letzten Jahre bei uns vorerst freilich nur theoretische Diskussionen hervorgerufen haben, die aber zweifellos den Kern endgültiger Lösungen schon in sich bergen.

Hatte Österreich seit 1897 die allgemeine Aufmerksamkeit durch die schweren parlamentarischen Krisen hervorgerufen, die zuerst in Wien, dann aber auch in Budapest die Parlamente zu zerstören drohten und die von krankhaften Konvulsionen und lärmenden Gewalttätigkeiten begleitet waren, so konnte es doch nicht fehlen, daß das Ausland, von den Symptomen ausgehend, nach den Ursachen forschte. Heute weiß alle Welt, daß die schwere Krankheit Österreichs in der Nationalitätenfrage liegt.

Der Traum kosmopolitischer Menschenfreunde, daß die Nationalitätenfrage infolge des wachsenden internationalen geistigen und physischen Verkehrs immer mehr an Schärfe verlieren werde, hat sich nicht erfüllt. Dieser Traum wird jeden Tag durch das Gebahren der Nationen gestört. Die Nationen beweisen sich immer mehr als harte Realitäten, die nicht zu

überwinden sind durch agitatorische Redensarten, die vielmehr Respekt fordern. Erst, wenn man ihnen die gebührende Reverenz erweist, läßt sich mit ihnen reden. Nicht einmal die Sprache garantiert die Einheit der Nation. Vor unseren Augen entstehen drei neue angelsächsische Nationen in Amerika, Australien und Afrika.

Wie harte Realitäten die Nationen sind, sieht man nirgends besser als in Österreich, wo die Nötigung des täglichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens besteht und wo die einzelnen national verschiedenen Teile zu einer organischen Staatseinheit zusammengefaßt werden sollen. Wenn in den national einheitlichen Staaten natürlich überall Klassen herrschen und herrschen müssen, so lange der Sozialismus nicht gesiegt hat, so ist in ihnen doch die Existenz der Nation nicht gefährdet. Sie ist gesichert wenigstens in den äußeren groben Formen. Anders ist es in Ländern, wie in Österreich, in denen mehrere Nationen, dazu noch solche, die einander in materieller und geistiger Kultur sehr fern stehen, zusammenleben und immer fürchten und fürchten müssen, von einer anderen Nation unterdrückt oder wenigstens in ihrer nationalen Entwicklung gehemmt zu werden. Die an historischer Macht oder in der Kultur höher stehenden werden sich leicht verleiten lassen, Vorrechte zu verlangen. Die durch Menschenalter hindurch zurückgedrängten werden im Kampfe um die Gleichberechtigung leicht zu Übertreibungen neigen, und so wird ein Zustand gegenseitigen Mißtrauens, unerträglicher Reibungen und schließlich erbitterter wirtschaftlicher und politischer Kämpfe entstehen, deren Toben den Staat aufs äußerste erschüttert und deren Ausgang höchst unsicher ist.

In diesem Zustande lebt Österreich seit einem halben Jahrhundert. Am Ende des 18. Jahrhunderts mochte noch mancher meinen, die Monarchie werde in der Hauptsache nach und nach ein deutscher Staat werden. In den sogenannten böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren, Schlesien), den Ländern der heiligen Wenzelskrone war das Tschechische zu ein erarmen Bauernsprache herabgesunken. Aber schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts änderte sich die Sache. Es entstanden literarische Strömungen unter den tschechischen und slovakischen Slaven, die einen panslavistischen Charakter an sich trugen. Sie bewirkten die Wiedererstehung eines starken slavischen und dann speziell tschechischen Bewußtseins, und im Jahre 1848 sind sie nicht bloß mehr literarisch-kulturell, sie äußern sich schon sehr stark national-politisch. Jenseits der Leitha hatten die Magyaren nie aufgehört, Ungarn als ein selbständiges Reich mit einer selbständigen alten Konstitution anzusehen. Die siegreiche Reaktion nach 1848 konnte die Nationen in ihrem Drange nach Entwicklung und Selbständigkeit nicht mehr aufhalten. Anfangs wendete sie offene Gewalt an. Aber in diesem Punkte unterlag sie. Nach dem unglücklichen Kriege von 1866 mußte sie den Ungarn wieder ihre Konstitution geben. Zugleich wurde Westösterreich eine Verfassung erteilt. Wohl mochte, wie es wenigstens oft ausgesprochen worden ist, damals die Vorstellung herrschen, die Neugestaltung Österreichs werde zwei Staaten schaffen, die jeder einer Nation die Vorherrschaft über die anderen Nationen gebe, drüben den Magyaren, hüben den Deutschen. In Ungarn ist es in der Tat so geworden. Die Magyaren üben über die andern im Lande lebenden Nationen eine brutale Gewaltherrschaft aus. Ihr Sinnen und Trachten geht darauf hinaus, alle Völker Ungarns zu magyarisieren. Sie machen aber trotz aller offiziellen Statistik noch nicht die Hälfte der Bevölkerung Ungarns aus.

Die deutschzentralistischen Regierungen Österreichs litten rasch Schiffbruch. Während es die Magyaren außer den nur zwei Millionen Deutschen mit lauter Nationen und Nationssplittern zu tun hatten, die noch nicht zu nationalem Selbstbewußtsein gekommen waren (Slovaken, Rumänen, Serben), standen den Deutschen Österreichs, die außerdem nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, alte Kulturationen wie die Italiener und Polen und die mächtig aufstrebenden Tschechen gegenüber. Diese setzten einer übrigens nur teilweise versuchten Germanisierung aktiven und passiven Widerstand entgegen und erkämpften sich in immer steigendem Maße Gleichberechtigung.

Den Mittelpunkt dieser Kämpfe um Gleichberechtigung bildet der deutsch-tschechische Konflikt. Er ist das mächtigste Hindernis einer halbwegs geordneten Entwicklung Westösterreichs. Ob wir in den nächsten Jahren einen solchen innerpolitischen Zustand haben werden, daß wir endlich an die Lösung gewisser eigentlich unabweisbarer Forderungen des kulturellen Fortschrittes kommen werden, hängt lediglich davon ab, ob ein leidlicher nationaler Ausgleich oder Waffenstillstand zwischen den Deutschen und Tschechen in nächster Zeit zustande kommt. Die Aussichten eines solchen Ausgleiches sind nicht groß. Immerhin kann plötzlich eine für einen wenigstens provisorischen Ausgleich günstige Konstellation kommen. Insbesondere könnte eine noch steigende wirtschaftliche Not, die ohnehin schon da ist, Friedensbestrebungen fördern. Es muß aber hervorgehoben werden, daß ein solcher wenn auch für längere Zeit geschlossener Waffenstillstand zwischen Deutschen und Tschechen das Nationalitätenproblem nicht endgültig löst. Denn weder würde er eine dauernde Gestaltung des Verhältnisses der beiden Nationen zu einander herbeiführen, noch würde dadurch der Kampf zwischen Polen und Ruthenen, zwischen Slovenen und Deutschen, zwischen Italienern und Kroaten, noch der Kampf um das Trentino beseitigt. Dabei spreche ich nur von Westösterreich. Aber auch in Ungarn entwickeln sich die Nationen und wachsen ihre Ansprüche. Sowohl die wirtschaftlich und kulturell tüchtigen Deutschen, die sich bisher den gesamten Interessen Ungarns bis beinahe zur nationalen Selbstaufopferung untergeordnet haben, rühren sich, auch das reine Bauernvolk der Slovaken bekommt immer mehr nationales Selbstbewußtsein, und die der lateinischen Völkerfamilie angehörigen Rumänen, die bisher am zähesten allen Versuchen der Magyarisierung Widerstand geleistet hatten, streben stärker als je nach nationaler Gleichberechtigung. Das Selbstgefühl der im Süden Ungarns wohnenden Serben und das Ungarn angegliederte Kroatien mit seiner kroatisch-serbischen Bevölkerung hat sich durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina mit zwei Millionen stammesverwandter Einwohnerschaft mächtig gehoben. Überhaupt darf man bei Beurteilung der Nationalitätsverhältnisse der Monarchie nie außer acht lassen, daß diese heute schon die Mehrzahl des serbischen Volkes in sich vereinigt. Im Süden Ungarns wohnen reine Serben, in Kroatien Serben und Kroaten, welche letztere sich von jenen nur durch die lateinische Schrift und die katholische Religion unterscheiden, in Dalmatien, Istrien, Triest und dem Küstenlande Kroaten, endlich in Krain, Südsteiermark und einigen Teilen Kärntens Slovenen, die dem serbokroatischen Stamme enge verwandt sind. Die große und zukunftsreiche südslavische Frage ist so in eminentem Sinne auch eine österreichische Frage geworden.

Um aber eine konkrete Übersicht über die Zahlenverhältnisse zu haben, ist es nötig, die offiziellen Ergebnisse der letzten Volkszählung in runden Ziffern anzugeben. Es betragen in Westösterreich:

die Deutschen	9 171 000
die Tschechen	5 955 000
die Polen	4 259 000
die Ruthenen	3 376 000
die Slovenen:.....	1 193 000
die Italiener	727 000
die Serbokroaten.....	711 000
die Rumänen	231 000
die Magyaren	10 000

Zusammen ...25 633 000

Völlig genau sind diese Angaben nicht. Die Zählung wird in Österreich nach der Umgangssprache gemacht. Von den Slaven wird die Angabe der Muttersprache verlangt. Aber im allgemeinen dürften die angeführten Ziffern ein richtiges Bild geben mit einer allerdings beachtenswerten Ausnahme. In Galizien gibt es fast eine Million Juden, die die offizielle Zählung durchgängig den Polen zuzählt. Gerade unter diesen Juden aber gibt es eine starke nationale Bewegung (Zionismus). Sie wollen weder Polen noch Ruthenen, aber auch nicht Deutsche sein, zu denen man sie in früheren Zeiten rechnete.

In Ungarn sind

die Magyaren	9 437 000
die Rumänen	2 915 000
die Deutschen	2 131 000
die Kroaten u. Serben ..	2 870 000
die Slovaken	2 076 000
die Ruthenen	455 000
andere	383 000

Zusammen ...28 257 000.

Diese Angaben sind, obwohl amtlich, völlig unzuverlässig. Die Regierung sucht die Ziffer der Magyaren auf jede Weise in die Höhe zu schnellen. Sie ist sehr übertrieben, vielleicht um ein volles Drittel. Demgemäß sind die übrigen Nationen höher zu schätzen, insbesondere die Rumänen, die sicherlich $3\frac{1}{2}$ Millionen ausmachen.

Ich habe schon erwähnt, daß auch in Ungarn die Nationen aufwachen. Seit 1905 ist von der Krone das allgemeine Wahlrecht versprochen worden, und wenn es die Magyaren auch verstehen werden, es so zu fälschen, daß die Nationen lange nicht die ihnen gebührende Zahl von Abgeordneten bekommen werden, so wird es doch ein weiterer Hebel für den nationalen Befreiungskampf werden.

Sollte es aber in Westösterreich zur Einführung der nationalen Autonomie (von der ich noch sprechen werde) kommen, also zu einer wirklichen organischen dauernden Lösung des Nationalitätenproblems, und es muß früher oder später dazu kommen, wenn nicht Zerfall oder Versumpfung eintreten soll, dann müßte diese Tatsache auch einen gewaltigen Einfluß auf Ungarn ausüben. Dann wäre der Anfang des Endes der Gewaltherrschaft der Magyaren gekommen, dann stünde Österreich vielleicht vor einer völligen Neugestaltung seines staatlichen Organismus, und zwar um so früher, je kräftiger und selbständiger bei allen Völkern der Gedanke der Demokratie siegreich zum Durchbruche käme.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es nicht eine müßige Spielerei, wenn wir nunmehr die obigen Ziffern in beiden Reihen zusammenzählen:

Deutsche	11 302 000
Magyaren	9 447 000
Tschechen u. Slovaken ..	8 031 100
Südslaven (Serben, Kroaten, Slovenen) ..	4 764 000
Polen	4 259 000
Ruthenen	3 831 000
Rumänen	3 146 000
Andere.....	383 000

Zusammen 45 890 000.

Wir haben es also im ganzen Reiche mit sieben Nationen zu tun, deren jede Nationsgenossen diesseits und jenseits der Leitha hat. Die damit gegebene Perspektive brauche ich nicht zu erläutern.

Nun hat schon im Jahre 1848 Palacký, der der Vater der tschechischen Nation genannt wird, einen Plan vorgelegt, nach dem Österreich-Ungarn in seine nationalen Bestandteile zerlegt und zu einem Föderativstaate umgestaltet werden sollte. Die Reaktion fegte diesen Vorschlag mit anderen lebensfähigen Keimen weg, und der Absolutismus beließ es bei der alten historischen Landeseinteilung. Nur sollten die in einer gewissen minderen Selbständigkeit fortbestehenden Länder zentralistisch von Wien aus regiert werden. Das Jahr 1867 brachte die Zweiteilung, und bald beherrschte die Nationalitätenfrage das Reich und die national gemischten Länder. Und heute ist es für Westösterreich jedem Kundigen klar, daß die Lösung des Nationalitätenproblems über Tod und Leben des Staates entscheidet. In verhältnismäßig wenigen Jahren wird dasselbe auch für Ungarn klar werden.

Worin liegt nun die besondere Schwierigkeit des Problems. Säße jede Nation eng geschlossen auf ihrem Territorium, so könnte man sich vielleicht rasch einigen. In den sogen. Sudetenländern (Böhmen, Mähren, Schlesien) wohnen Deutsche und Tschechen, im mährischen und schlesischen Osten auch Polen (hauptsächlich als Bergwerksarbeiter). Zwar sitzen in Böhmen die Deutschen am Nord- und Westrand, in Mähren im Norden (anschließend an die den Westen Schlesiens bewohnenden Deutschen), überall im geschlossenen Gebiet. Aber sie haben Nationsgenossen in Prag und in zahlreichen Sprachinseln Böhmens, Mährens und Schlesiens. Auch die Tschechen haben geschlossene Sprachgebiete in allen drei Ländern, aber auch sie haben in den deutschen Gebieten tschechische Minderheiten, insbesondere in den Bergwerksbezirken. Territoriale Gliederungen wären hier nicht gerade unmöglich, aber immerhin schwierig. Jedenfalls müßte auf beiden Seiten der Schutz der nationalen Minderheiten garantiert werden. Aber einer solchen vernünftigen Regelung stehen zwei Dinge im Wege. Erstlich streben die Tschechen immer noch die Errichtung eines tschechischen Staates, wenn auch innerhalb der Gesamtmonarchie, an. Sie denken dabei an die staatsrechtliche Gestaltung Ungarns. Dieser neue möglichst selbständige Staat soll die Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien (die Länder der historischen Wenzelskrone) umfassen. In diesem Gebiete würden neben sechs Millionen Tschechen über zwei einhalb Millionen Deutschen wohnen, denen jene allerdings die vollständige nationale Selbständigkeit und Gleichberechtigung versprechen. Die Deutschen sind aber so entschiedene Widersacher dieses Planes,

daß seine Ausführung vollständig ausgeschlossen ist. Hier stehen sich zwei Parteien völlig unversöhnlich gegenüber. Zum zweiten aber haben die Tschechen ein starkes Expansionsbedürfnis. Aus den tschechischen Teilen Böhmens und Mährens, der wesentlich agrarisch ist, geht eine starke Auswanderung nach Wien, nach dem übrigen Niederösterreich, nach Oberösterreich und den übrigen deutschen Gebieten Österreichs. Schon die ersten Nachkommen der Einwanderer gehen im deutschen Meere unter. Diese nun ihrer Nation zu erhalten, ist der Tschechen große Sorge. Ihr Hauptaugenmerk lenken sie auf Wien, wo sie, bisher vergeblich, die Errichtung öffentlicher Volksschulen mit tschechischer Unterrichtssprache verlangen. Die Folge dieser tschechischen Doppelpolitik ist, daß die in den tschechischen Ländern wohnenden Deutschen in ihrer Abwehr auch die entschiedene Unterstützung der übrigen Deutschen genießen, da diese fürchten, daß jeder siegreiche Vorstoß der Tschechen in Böhmen auch ihre Expansionsbestrebungen stärken und schließlich die Gleichberechtigung der Tschechen auch in den rein-deutschen Kronländern herbeiführen würde.

Den ganzen nationalen Streit zwischen den einzelnen Nationen untereinander und gegen den Staat führen fast ausschließlich die bürgerlichen Parteien. Die in den letzten Jahrzehnten in Westösterreich mächtig angewachsene sozialdemokratische Arbeiterbewegung war von Anfang an international und ist es bis heute geblieben. Aber auch sie hat die nationalen Realitäten nicht weglegen können, ja in richtiger Erkenntnis der Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer proletarischen Politik hat sich die Sozialdemokratie Österreichs auf dem Parteitage in Wien 1897 eine neue Verfassung gegeben. Es gibt heute in Österreich sechs völlig selbständige sozialdemokratische Parteien: eine deutsche, eine tschechische, eine polnische, eine italienische, eine slovenische und eine ruthenische. Sie sind zu einer Einheit zusammengefaßt durch das gemeinsame Programm, durch die Gesamtexekutive und durch periodische Gesamtparteitage. Auf dem Gesamtparteitag in Brünn 1899 hat nun die österreichische Sozialdemokratie aller Zungen ihrem Standpunkt in der Kardinalfrage der innerösterreichischen Politik, in der Nationalitätenfrage, einen programmatischen Ausdruck gegeben. Hier wurde zum ersten Male der Gedanke der nationalen Autonomie in immerhin so bestimmter Form ausgesprochen, daß er in den zehn Jahren seither immer mehr Anhänger auch in den bürgerlichen Parteien gefunden hat. Sicherlich ist die in Brünn gegebene Grundlage die auf die Dauer befriedigende Lösung des schweren und immer mehr lastenden Nationalitätenproblems in Österreich. Sie erfordert freilich, daß der alte historische Plunder der Selbständigkeit der Kronländer aufgegeben und an deren Stelle die Selbstständigkeit und autonome demokratische Selbstverwaltung der Nationen gesetzt werde. Was die Brünner Resolution noch unentschieden gelassen hatte, mußte vorher natürlich beschlossen werden: ob die Autonomie auf dem Prinzip der Territorialität oder der Personalität aufgebaut werden soll, d. h. ob die Nationen, jede für sich, das von ihr geschlossen bewohnte Territorium als ein nationales Privilegialgebiet besitzen solle oder ob jeder einzelne an jedem einzelnen Orte des Reiches nicht nur ein bloßes gemindertes Minoritätsrecht, sondern das volle ungeschmälerte Nationsrecht haben solle.

Diese Entscheidung, so wichtig und schwierig sie auch sein wird, ist völlig nebensächlich neben der Lösung des großen Problems. Wohl wird man zu ihr nicht unmittelbar kommen, sondern gewisse Zwischenformen durchschreiten müssen. Haben aber einmal die Nationen

Österreichs bewußt und besonnen diesen Weg betreten, so ist es nicht unmöglich, daß dieses alte und manchem schon greisenhaft erscheinende Land das Beispiel einer internationalen Regelung geben wird, wie es die Welt bisher nicht gesehen hat.



EMIL VANDERVELDE, MITGLIED DES BELGISCHEN PARLAMENTS, BRÜSSEL: DIE RESULTATE DES PROPORTIONALWAHLRECHTS IN BELGIEN.



BELGIEN ist das erste größere Land, welches das Proportionalwahlrecht eingeführt hat, und sein Beispiel ist darum von ausschlaggebender Bedeutung, wenn wir die möglichen Ergebnisse einer solchen Wahlreform kennen lernen wollen. Gerade jetzt steht eine solche bekanntlich in Frankreich auf der Tagesordnung und wird die Einführung des Proportionalwahlrechts von einer mächtigen Volksströmung gefordert. Auch in Deutschland, England und den andern großen parlamentarischen Staaten kann es leicht früher oder später zu gleicher Zuspitzung kommen, wenn man öffentlich einsehen gelernt haben wird, wie töricht es ist, daß der Zufall weniger Stimmen und die Geschicklichkeit weniger Agitatoren über das Stärkeverhältnis der Parteien im Parlament entscheide und ganz zwecklos Leidenschaft und Kraft darauf verschwendet wird, den Gegner um weniger Wähler Stimmen zu überflügeln.

In Belgien waren es allerdings nicht bloß solche theoretische Gründe, die zur Einführung des Proportionalwahlrechts führten, sondern die praktische Erkenntnis von den schweren Schäden des alten Systems der unbedingten Majorisierung. Vorher bestand in Belgien das Listenskrutinium, d. h., das Land war in eine Reihe größerer oder kleinerer Wahlkreise eingeteilt, die jeder mehrere Deputierte wählten. Drei Parteien standen sich gegenüber: Liberale, Sozialisten und Klerikale, und die bessere Disziplin und das einheitliche Vorgehen der letzteren gewann ihnen immer wieder im Kampfe mit den beiden anderen, getrennt marschierenden Parteien die Oberhand. Während die Zahl der klerikalen Wähler ungefähr gleich groß war wie die Gesamtzahl der beiden anderen Parteien, besaß die klerikale Partei doch im Parlamente 112 Sitze gegen bloß 40 Sitze der beiden Gegenparteien.

Andererseits war auch die klerikale Regierung vor einer Wendung des Wahlglücks nicht sicher, denn die Erbitterung der beiden in die Minderheit gedrängten Parteien konnte leicht zu einer Koalierung derselben und damit wieder zu einem völligen Bruch der klerikalen Herrschaft im Parlamente führen. So zog die klerikale Regierung vor, freiwillig ein Gerechtigkeit verbürgendes Wahlrecht zu akzeptieren: Das Proportionalwahlrecht wurde Gesetz.

Betrachten wir dessen Bestimmungen:

Im Sinne des Gesetzes vom 29. Dezember 1899 werden Sitze in der Deputiertenkammer und im Senate unter die verschiedenen Parteien in gerechter Proportion zu ihrer Wählerzahl aufgeteilt. Die alten Wahlkreise bleiben bestehen und wählen nach wie vor jeder eine größere Anzahl von Abgeordneten, aber nicht mehr das Mehr oder Minder einiger weniger Stimmen

entscheidet darüber, ob alle 21 Deputierte klerikal oder fortschrittlich sein sollen, sondern jede Partei erhält ihre entsprechende Anzahl Abgeordnete und kann ihre Kandidaten für die ihr zufallende Anzahl von Sitzen selbständig vorschlagen.

Daß das neue System in gewissem Sinne ein Ideal der Gerechtigkeit verkörpert und eben darum auch die Volksleidenschaft kühlt und allgemeine Befriedigung hervorrief, ist eine Tatsache. Andererseits will man gewisse Nachteile gefunden haben, und auch sie müssen wir untersuchen, um eine klare Beleuchtung der Frage, ob das Proportionalwahlsystem in anderen Ländern eingeführt werden solle, zu gewinnen. Man wirft dem System vor:

1. daß es zu kompliziert sei und die Wähler verwirre,
2. daß es keine billigeren Resultate als das Majoritätssystem abgebe,
3. daß es einen Zerfall der großen politischen Parteien herbeiführe,
4. daß es eine Stagnierung des parlamentarischen Lebens, eine Schwächung der um Geltung ringenden Kräfte verursache, weil es eben den Besitzstand zu sehr sichere.

ad 1. Der Einwand verwechselt eine gewisse technische Schwierigkeit, die für die Mitglieder der Wahlkommission erwächst, mit einer Schwierigkeit für die Wähler. Diese letzteren stimmen einfach für die Kandidaten ihrer Partei, haben keinerlei schwierige Überlegung zu leisten. Im übrigen beschränkt sich auch die Arbeit für die Kommissionsmitglieder auf einige arithmetische Operationen, die jeder Schulknabe ausführen könnte. Nirgends hat sich eine Unfähigkeit, dieses Problem zu lösen, vorgefunden.

ad 2. Unsere obige Darlegung hat gezeigt, um wieviel gerechter sich heute die Stärkeverhältnisse der Parteien im belgischen Parlamente gestaltet haben als ehemals. Unter dem alten System besaßen die Katholiken 112 Sitze gegen 40 der Gegenpartei; heute besitzen sie nur 87 gegen 79 (ohne daß sich im Verhältnis der Stimmenzahl etwas Wesentliches geändert hätte; nur gibt das Wahlsystem die politischen Schichtungsverhältnisse des Landes getreuer wieder).

ad 3. Dieser Einwand ist etwas ernster zu nehmen. In der Tat wird es selbständigen Kandidaten relativ leicht gemacht, den Aufmarsch ihrer Partei zu stören und die Wahl der offiziellen Kandidaten zu verhindern. In Belgien aber hat sich trotzdem nur selten wirklicher Nachteil ergeben, die politischen Parteien sind für wesentliche Abspaltungen solcher Art zu fest organisiert. In Frankreich mag das Proportionalwahlsystem andere Folgen nach sich ziehen: Die losen Gruppen des französischen Parlaments, die mit deutschen, englischen oder belgischen „Parteien“ kaum verglichen werden können, mögen wirklich in ihrer Kohäsion noch weiter geschwächt werden; in Deutschland aber mit seinen festen Parteiquadern ist derartiges gewiß nicht zu befürchten. Bekanntgemacht mag werden, daß sich in Belgien vielfach der folgende Fall ergab: Die klerikale Partei wußte, daß die sozialistische nur gerade über die notwendige Stimmenzahl verfüge, um einen Kandidaten durchzubringen. Sie bestach nun irgendein ehemaliges Mitglied der Arbeiterorganisation, sei es durch Anbieten einer Geldsumme oder eines anderen Vorteils, damit der Betreffende als „Arbeiterkandidat“ sich den Wählern vorstelle und einige Stimmen, seien es auch nur 50 oder 100, an sich locke, der sozialistischen Partei sie aber dadurch entziehe. Da es keine Stichwahl gibt, so konnten die Sozialisten tatsächlich einige Sitze verlieren. Trotzdem wird im Auge behalten werden müssen, daß solche Manöver nur schwer

in der Verborgenheit durchzuführen sind, daß ihre Aufdeckung schwerste Kompromittierung der schuldigen Partei mit sich bringt, daß solche Versuche also im großen und ganzen nur selten vorgenommen werden und das Gesamtbild also nicht verändern können.

ad 4. Man sagt auch — und das ist der ernsteste Einwand —, daß das Proportionalwahlssystem zur Stagnierung des politischen Lebens führe, daß in den meisten Wahlkreisen (von dem oben geschilderten Ausnahmefall abgesehen) jede Partei im vorhinein einer gewissen Reihe von Vertretern sicher sei und sich daher wenig oder gar nicht anstrengt, die Zahl ihrer Wähler zu erhöhen. Besonders für Wahlkreise, die nur zwei bis drei Abgeordnete wählen, trifft das zu; vielfach steht es für sie ganz außer Zweifel, daß je ein sozialistischer, liberaler und klerikaler Kandidat gewählt wird, und naturgemäß geben sich die Parteien dann auch keine Mühe, eine Erhöhung ihrer Stimmenzahl zu erzielen. Das wieder mag den Einfluß der Wahl auf die politische Erziehung der Massen vermindern.

Auch hier ist jedoch zu bemerken, daß das Geschilderte nur für die ganz kleinen Wahlkreise zutrifft; in den größeren Städten, die eine bedeutendere Anzahl von Abgeordneten wählen, würde solche Untätigkeit immerhin zum Verlust, sagen wir, eines Abgeordneten führen, und jede Partei tut ihr Bestes, ihren Anhängerkreis zu erweitern.

In der Kammer selbst kann es jetzt allerdings nicht mehr zu plötzlicher Umwälzung in der Mehrheitsherrschaft kommen; die politischen Entwicklungen setzen sich nur langsam, wenn auch um so sicherer, durch. So vollzog sich in den letzten Jahren ein unzweideutiger Zug nach links; bei jeder Wahl müssen die Klerikalen zwei oder drei Sitze an die fortschrittlichen Parteien abgeben, und der Tag, da diese zur Herrschaft gelangen werden, läßt sich somit mathematisch vorausberechnen.

Ob denn aber der r a s c h e Wechsel der Mehrheiten in der Kammer und der Regierung ein Vorteil sei, möchte ich bezweifeln, und ob auch gesagt werden mag, daß das Proportionalwahlssystem mit seiner Begünstigung der Zentrumsschichten, die zwischen den gleich starken extremen Parteien den Ausschlag geben, in gewissem Sinne eine konservative Barriere darstelle, so erwidere ich: es besitzt so viele Vorteile, daß dieses eine Moment gern in Kauf genommen werden kann, besonders, da es an sich auch Gutes enthält, indem es die Stetigkeit einer wenn auch langsamen Fortschrittsentwicklung verbürgt.

Fassen wir die belgischen Erfahrungen zusammen, so kommen wir zum Schlusse, daß das Proportionalwahlrecht allerdings bedeutende Vorteile gebracht hat und eben solche Vorteile auch im Auslande bringen würde. Wesentliche technische Schwierigkeiten haben sich nicht ergeben; dem Gerechtigkeitssinne des Volkes wurde Genüge geleistet; das politische Leben ist weniger verbittert, darum aber nicht minder intensiv geworden, es führt weniger oft zu Exzessen, was gewiß nicht zu bedauern, und häufiger zu ernster, planmäßiger Aufklärungsarbeit der Massen, was gewiß zu begrüßen ist. Die belgische Erfahrung kann für andere Staaten nur ein aufmunterndes Beispiel sein.



DR. HARDT, NEAPEL: ZUR REFORM DES JUGENDSTRAFRECHTS.

DASS unser heutiges Strafrecht dem jetzigen Kulturzustande Deutschlands nicht mehr entspricht, daß auch der Strafprozeß Härten und Absurditäten aufweist, daß zudem die Judikatur eine bedenkliche Neigung zeigt, in das Formalistisch-Spitzfindige überzugehen und sich dadurch von dem gesunden Rechtsempfinden der Allgemeinheit entfernt, — — über alle diese Fragen herrscht Einstimmigkeit.

Auch sind sich die Eingeweihten klar, daß der Strafvollzug nicht im entferntesten das erfüllt, was der Gesetzgeber von ihm erwartete, und jede Einheitlichkeit auf diesem Gebiete zum Nachteile einer gleichmäßigen Durchführung der Freiheitsstrafen fehlt. Auch für den Tadel, daß unsere Strafrichter und Staatsanwälte durchaus nicht aus Klasse I des verfügbaren Juristenmaterials hervorgehen und ihre Ausbildung eine schematische und ungenügende ist — auch hierfür würde sich unter den Ehrlichen eine Majorität finden.

Darum erschallt denn auch seit Jahren aus allen Lagern das Feldgeschrei: Reform — Reform des gesamten Strafrechtes!

Über die Reformbedürftigkeit sind sich alle einig — aber über das, wie geholfen werden kann und soll, darüber gehen die Meinungen noch sehr auseinander.

Inzwischen ist nun auch der erste Schritt auf dem Saumpfade der Reform gemacht worden: eine Kommission zur Vorberatung einer Reform des Strafprozeßrechts ist eingesetzt und hat ihre Vorarbeiten beendet. Aber von den Vorarbeiten bis zum Entwurf, vom Entwurf bis zum fertigen Gesetz — — welcher Weg!

Ich glaube, nicht zu schwarz zu sehen, wenn ich fürchte, daß vor zehn Jahren uns die Segnungen eines neuen Strafgesetzbuches und der damit zusammenhängenden Strafprozeßordnung nicht beschert sein werden. Und soll diese langen Jahre gar nichts geschehen, kann nicht wenigstens bei dem oder jenem Punkte reformatorisch schon jetzt eingesetzt werden?

Es könnten natürlich nur solche Materien schon jetzt in Angriff genommen werden, über deren Reformbedürftigkeit sowohl, wie über die Art deren Reform eine einheitliche Anschauung herrscht; zudem müßte auch der Gesichtspunkt berücksichtigt werden, daß die Singularreform nicht aus dem Rahmen der zu erwartenden Gesamtreform herausfällt.

Nach meiner Meinung gibt es schon jetzt eine Materie, die reformatorisch so geregelt werden könnte — die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen Kriminellen. Damit kommt man zugleich auf die Quellen, aus denen die Erkenntnis einer Notwendigkeit der Strafrechtsreform geschöpft wird.

Die Kriminalstatistik ergibt mit nicht wegzudiskutierender Deutlichkeit, daß im Gegensatz zu einer — wenn auch unbedeutenden — Abnahme der schweren Gelegenheitsverbrechen die Kriminalität der Jugendlichen in bedrohlichem Maße zunimmt und ebenso die Zahl der Rückfälligen stetig steigt.

Nicht allein die Zahl der erstmaligen Bestrafungen Jugendlicher, sondern auch die Zahl der jugendlichen Rückfälligen wächst, und der grauenhafte Zusammenhang der Jugendkriminalität mit dem Rückfall und dem Gewohnheitsverbrecher ist mit Evidenz festgestellt. Und da die hauptsächliche Strafe für jugendliche Kriminelle die kurzzeitige Freiheitsstrafe ist, so dürfte der

Schluß, den man aus den beiden Tatsachen zieht, wohl der richtige sein, daß nämlich die kurzzeitige Freiheitsstrafe auf die Abnahme der Straffälligkeit gar keinen Einfluß ausgeübt hat — mit anderen Worten —, daß die von uns seit Jahren angewandte Art der Bestrafung gänzlich irrationell ist. Denn das durch die Bestrafung erhoffte Ziel ist eine Verminderung der Kriminalität, und wenn diese nicht eintritt, müssen doch wohl auch die Mittel die unrichtigen sein.

Durch die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Deutschland in den letzten 20—25 Jahren ist die Entwicklung der nachwachsenden Jugend, im ganz besonderen Maße der Jugend der arbeitenden Klasse, in einer fast einzig zu verzeichnenden Art beeinflusst worden. Der Zudrang nach den großen Erwerbszentren, oftmals noch verbunden mit einem Aufgeben des Familienzusammenhanges, die anstrengende körperliche Arbeit in maschinellen Betrieben, die durch den immerhin höheren Verdienst bedingte, durch nichts eingeschränkte Vergnügungs-Fähigkeit und Gelegenheit am Abend und Sonntags, das Aufdrängen einer neuen Daseinsauffassung des 4. Standes, das Schwinden von bisher mächtigen ethischen und religiösen Anschauungen — das alles und noch ungezählte Einzelercheinungen haben einen vollständig ausgeprägten Neutypus des Nachwuchses geformt. Einsichtige und weitblickende Sozialpolitiker haben auch diese neue Generation in ihren Grundeigentümlichkeiten erfaßt und nach Kräften dafür gesorgt, daß sie, die in einer Zeit der körperlichen und geistigen Entwicklung in die volle Verantwortlichkeit eines selbständigen Erwerbslebens gedrängt ist, besonderen Schutz staatlicherseits genießt; der Staat trägt ja in letzter Instanz den Schaden, den das Individuum an Körper und Geist erleidet, sei es nun ihm gegenüber direkt oder Dritten gegenüber, die durch jene geschädigt werden.

Aus diesem Gesichtspunkt ist die Fürsorge auf dem Gebiete des gewerblichen und industriellen Schutzes, der Fortbildungsschule und der Fürsorgeerziehung zu erklären. Manches ist getan, aber noch vieles ist zu tun, und manches, was gesetzgeberisch gut gemeint ist, muß auch erst in der Praxis weise gehandhabt werden, um volle Früchte zu tragen (man denke z. B. an die laxer Handhabung der Fürsorgeerziehung).

Aber wie gesagt, der Staat hat wenigstens auf diesem Gebiete seine Verpflichtungen erkannt. — Auf dem Gebiete des Strafrechtes herrscht noch Schweigen!

Und doch ist auch schon legislatorisch die Notwendigkeit einer besonderen strafrechtlichen Behandlung der jugendlichen Kriminellen — eben wegen ihrer Jugend, ihrer physischen und psychischen Unreife — anerkannt worden. Aus diesen Gedanken heraus sind die Bestimmungen der §§ 56, 57 d. StrGB. zu erklären.

Das Strafgesetzbuch kennt zwei Altersstufen, die der absoluten Strafunmündigkeit bis zum 12. Lebensjahre und die relative Strafmündigkeit, vom 12. bis 18. Lebensjahre. § 57 d. StGB. bestimmt, daß bei jugendlichen Kriminellen, im Alter von 12 bis 18 Jahren, bestimmte Strafarten (Todesstrafe, Zuchthaus und jede lebenslängliche Freiheitsstrafe, ebenso ehrenrechtliche Nebenstrafen) nicht in Anwendung kommen sollen, daß auch bei zeitigen Freiheitsstrafen eine bestimmte Reduktion der Strafe eintreten soll, und sieht sub Ziffer 4 eine besondere Strafart für besonders leicht geartete Fälle von Vergehen und Übertretungen vor: den Verweis. Bestimmt dann noch im Schlußsatz, daß die gegen Jugendliche erkannte Freiheitsstrafe in besonderen Anstalten oder doch wenigstens in gesonderten Räumen verbüßt werden soll.

§ 56 knüpft die Verurteilung jugendlicher Personen an die ausdrückliche Feststellung, daß der jugendliche Täter bei Begehung der Tat die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seines Tuns erforderliche Einsicht besaß; wenn das Gericht diese verneint, so soll der jugendliche Täter freigesprochen werden, kann aber durch das Urteil einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt überwiesen werden, um dort nach Ermessen der mit der Aufsicht über diese Anstalt betrauten Behörde, — nicht aber über das 20. Jahr hinaus — behalten zu werden.

Dies sind die allgemeinen Bestimmungen, die unser Strafgesetzbuch über eine besondere Behandlung der jugendlichen Kriminellen aufweist. Ist hiermit genug getan? — — Durchaus nicht!

Es ist zunächst unbedingt erforderlich, die Grenze der Altersmündigkeit hinaufzuschieben. Es hat ja immer etwas Schematisches an sich, die Strafmündigkeit an ein bestimmtes Alter zu binden, denn diese ist durch eine gewisse psychische und physische Reife bedingt, und diese tritt bei dem einen früher, bei dem anderen später ein. Aber der Gesetzgeber kann nicht eine bestimmte, scharf präzierte Grenze der absoluten Strafmündigkeit entbehren. Es fragt sich nur, welchem Alter dieses Danaergeschenk bescheert werden soll. Jedenfalls ist das 12. Lebensjahr zu niedrig gegriffen. In diesem Alter ist die Entwicklung des Individuum noch nicht so vorgeschritten, daß man ihm eine strafrechtliche Verantwortlichkeit aufbürden darf. Das Individuum ist noch Kind und befindet sich unter normalen Verhältnissen in einem bestimmten sozialen Milieu, der Familie und der Schule. Diesen ist auch das Korrektiv zu überlassen. Schule und Strafgericht vertragen sich schlechterdings nicht. Wer die Bekanntschaft mit dem Gericht oder wohl gar mit dem Gefängnis gemacht hat, ist jedem weiteren günstigen Einfluß der Schule entrückt: Zurückweichen oder neugierig lüsternes Ausforschen durch die Mitschüler, mißtrauisches Zurückhalten des Lehrers; das Kind ist gezeichnet, steht abseits. Es ist empörend und beschämend, ein Kind auf der Anklagebank zu sehen!

Man hat sich jetzt auf das 14. Jahr geeinigt. Wohl hauptsächlich aus äußeren Gründen: Mit dem 14. Jahr erreicht die Volksschule ihren Abschluß, die Konfirmation tritt ein, und dem Jugendlichen wird ein größeres Maß von Freiheit auf der einen Seite und Verantwortlichkeit auf der anderen Seite gegeben. Dieser Zeitabschnitt ist daher nicht unlogisch gewählt. Die meisten neueren Strafgesetzbücher haben diese Altersgrenze adoptiert oder wenigstens in den Entwürfen vorgesehen, so Schweden, Norwegen und die Schweiz. Die Niederlande haben die Grenze sogar bis zum 18. Jahr hinaufgerückt. Das ist m. E. allerdings zu hoch gegriffen.

Daß eine derartig fixierte Altersgrenze schematisch ist, wurde schon hervorgehoben. Um nun Ungerechtigkeiten bei Anwendung dieses allgemeinen Grundsatzes vorzubeugen, verlangt der Gesetzgeber, daß der Richter bei jedem einzelnen Angeklagten in dem Alter von 12 bis 18 Jahren die Zurechnungsfähigkeit besonders nachprüft und feststellt. Sehr weise — aber was soll als Kriterium dieser Zurechnungsfähigkeit gelten? Ein gekünstelter, einem fremden Rechte entlehnter Begriff — *le discernement*.

Der Richter soll nachprüfen, ob der jugendliche Angeklagte imstande gewesen ist, die Strafbarkeit seines konkreten Tuns zu erkennen, ganz unerheblich, ob er zu erkennen vermochte, daß seine Tat dem Sittengesetz widerspricht (so das Reichsgericht). Es soll also kontrolliert werden, ob der Angeklagte genügend — intellektuell — entwickelt ist, daß er bei der Ausführung der Tat sich sagen konnte — eben auch nur sagen k o n n t e — er mache sich strafbar! — Ja, aber das will gar nichts sagen. In der Praxis wird die Bestimmung noch

schematischer gehandhabt: Frage des Vorsitzenden: „Du weißt doch, daß du nicht stehlen darfst, nicht wahr?“ — Ein schüchternes „Ja“ — Urteilsgründe: — — — Der Angeklagte wird verurteilt — mit der zur Erkenntnis der Strafbarkeit seines Handelns erforderlichen Einsicht. — — Fertig! Ich habe in meiner Praxis noch nicht erlebt, daß der Angeklagte diese natürlich auch noch suggestiv gestellte Frage verneint hätte, und möchte mal das Gesicht des Vorsitzenden sehen, wenn ein Angeklagter mit „Nein“ antworten würde, er würde wohl keinen Glauben finden! Es ist denn auch der Prozentsatz der wegen mangelnder Erkenntnis Freigesprochenen ein sehr geringer, z. B. wurden 1899 47 512 Jugendliche verurteilt und nur 1926 wegen mangelnder Einsicht freigesprochen. Wenn man dabei berücksichtigt, daß unter diesen alle Jugendlichen bis 18 Jahre eingerechnet sind, daß dagegen die Kriminalität vor allem innerhalb der Altersstufen 15 bis 18 besonders groß ist, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, wieviel Prozent solcher jugendlicher Missetäter und Missetäterchen zwischen 12 und 14 Jahren wegen mangelnder Einsicht freigesprochen werden. Ich glaube, daß es sich bei den meisten dieser 1926 Freigesprochenen auch noch vorwiegend um solche handelt, die an der Grenze der allgemein strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit (§ 51 d. StGB.) stehen, die mindestens vermindert zurechnungsfähig sind.

Dieser Begriff des discernement ist denn auch von allen Seiten auf das entschiedenste angegriffen worden. Und mit Recht — wenigstens im Rahmen des geltenden Strafgesetzbuches. Man muß immer daran erinnern, daß das jetzt geltende Strafrecht auf dem Boden der Willensfreiheit steht und damit an dem Begriff der moralischen Verantwortlichkeit festhält. Und bei einer derartigen Grundlage ist es durchaus unlogisch und ungerecht, einem Kinde die strafrechtliche Verantwortung für sein Tun schon um deswillen aufzubürden, weil es vielleicht mal gehört hat „Wenn du stiehlest, kommst du ins Gefängnis“. Nein damit ist nichts gewonnen! Zu fordern würde sein der Nachweis der Fähigkeit, sowohl das ethisch-moralisch Verwerfliche des Handelns erkennen zu können, wie die moralische Kraft und Reife, einem auftauchenden derartigen Gelüst widerstehen zu können — wenn man, wie gesagt, auf dem Boden der Willensfreiheit steht.

Aber auch, wenn man die Willensfreiheit verneint und damit die sittliche Verantwortlichkeit aus dem Kausalzusammenhange zwischen Handeln und Strafe eliminiert, oder wenn man den unerquicklichen, rein theoretischen Streit um das liberum arbitrium ganz unberührt läßt und sich auf den Boden der Vorstellungstheorie stellt — auch für diese Anschauungen ist die Erkenntnisfähigkeit der Strafbarkeit der § 56, unhaltbar. Wenn wir mit den Positivisten sagen, jede Handlung verursacht durch sich allein eine Reaktion von seiten des Betroffenen, und wenn diese Handlung antisozial ist, dann reagiert der Staat durch das Mittel der Strafe — wenn der Handelnde die Folgen seines Handelns übersehen konnte (Vorstellungstheorie) — dann ist bei Jugendlichen, antisozial Handelnden die Feststellung erforderlich, daß er soweit entwickelt war, daß er sich über sein Handeln und dessen Folgen klar war, oder wie Seuffert (Ein neues StGB. für Deutschland, 1902) sich ausläßt, so weit erzogen (im weitesten Sinne natürlich) wurde, daß er durch das Gesetz, das er übertrat, bestimmt werden konnte.

Also weg mit diesem nichtssagenden Begriff „discernement“ und Ersatz durch ein anderes Postulat, das dem Richter ermöglicht, bei der Frage, ob strafrechtlich verantwortlich, oder nicht, der Handlung des Jugendlichen tiefer nachzugehen.

Einen Schritt weiter: Der jugendliche Angeklagte ist über 14 Jahre alt, die Erfordernisse des § 56 liegen vor — ergo ist der Angeklagte zu verurteilen, und zwar zu einer Strafe, die gemäß § 57 des StGB. zu bestimmen ist.

Der unter Ziffer 4 für besonders leichte Fälle von Vergehen oder Übertretungen vorgesehene Verweis ist durch die Praxis fast ganz ausgeschaltet, auch ist seine Anwendbarkeit durch das Gesetz sehr eingeschränkt. Welcher Strafrichter faßt eine deliktische Handlung als einen besonders leichten Fall eines Vergehens auf? Wo doch dumme Jungen von 12 Jahren, die für ihre Kaninchen aus dem Nachbargrundstück Krautköpfe stibitzten, durch Übersteigen als schwere Einbrecher auf Wochen ins Gefängnis wandern! Unter der Herrschaft dieser Anschauungen gibt es keine, als besonders leichte Fälle zu betrachtende Delikte.

Geldstrafe kommt verhältnismäßig auch selten zur Anwendung, da einesteils bei einer großen Anzahl von Vergehen diese Straftart leider gar nicht vorgesehen ist — wo sie sehr wohl am Platze wäre, z. B. beim Diebstahl, bei der schweren Körperverletzung — und andererseits das Gericht in Fällen, wo der jugendliche Verurteilte gar nichts besitzt und noch nicht selbst erwirbt, sich scheut, auf eine Geldstrafe zu erkennen, deren Uneinbringlichkeit — wenigstens unter den geltenden Vorschriften über den Strafvollzug bei Geldstrafen — von vornherein vorauszusehen ist.

Also bleibt als hauptsächliche Straftart die Freiheitsstrafe, und bei dieser wiederum — da Zuchthaus ganz wegfällt, Festungshaft wenigstens tatsächlich auch, und die Haftstrafe bei nur wenigen Delikten vorgesehen ist — die Gefängnisstrafe. Und diese kommt gleichmäßig zur Anwendung, ganz gleichgültig, ob die Handlungsweise des jugendlichen Täters auf größtmögliche Verwahrlosung, auf Leichtsinns, Unüberlegtheit, Affekt oder niedrige Gesinnung zurückzuführen ist. — Allen stehen die Tore des gastlichen Gefängnisses offen, nur in der Dauer der Detenierung wird differenziert.

Das ist ein unduldbarer Zustand! Und jedes Jahr weiter wirtschaften mit dieser irrationellen Strafe heißt, sich an der heranwachsenden Jugend versündigen und den Acker selbst fruchtbar zu machen, auf dem die Saat der Rückfälligen, der schweren und erbitterten Gegner der sozialen Ordnung groß wächst.

Und dabei haben wir ein vorzügliches Äquivalent für die kurzzeitige Freiheitsstrafe, das sich zudem schon in anderen Ländern ganz hervorragend bewährt hat, dessen Spuren sogar bis zum Strafgesetzbuch selbst reichen — die Zwangserziehung.

Die Zwangserziehung ist das einzige Korrektivmittel im weiteren Sinne, welches uns zur Verfügung steht, um noch im letzten Augenblicke mit Erfolg die kriminelle Jugend zu retten, mindestens in allen denjenigen Fällen, in denen die Rechtsbrüche der Jugendlichen sich als Folgen in einer häuslichen und wirtschaftlichen Verwahrlosung darstellen.

Wer sich nur etwas mit den einschlägigen Fragen befaßt hat, kennt den engen Zusammenhang zwischen Verwahrlosung und Verbrechen. Dem Gedanken der Zwangserziehung ist ja auch Rechnung getragen in den §§ 55 und 56 Abs. 2: Es können nämlich noch nicht Strafmündige oder solche, die wohl strafmündig sind, aber denen die erforderliche Einsicht gefehlt hat — die also freigesprochen werden müßten — Erziehungsanstalten oder auch ordentlichen Familien überwiesen werden. Der Gedanke des § 55 ist dann noch weiter ausgedehnt worden durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch bzw. durch die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Fürsorgeerziehung, insofern, als

Kinder und Jugendliche derartigen Erziehungsanstalten überwiesen werden können, wenn sie noch nicht irgendeinen Rechtsbruch begangen haben, aber doch derartig verwahrlost sind, daß zu befürchten steht, daß sie über kurz oder lang irgendeine strafbare Handlung begehen werden. Der Vorteil und die Notwendigkeit der Zwangserziehung wird also anerkannt, aber man scheut sich noch, sie als „Strafe“ anzuerkennen. Nun sind ja glücklicherweise die modernen Anschauungen über die Strafe so erstarkt und haben sich so große Geltung schon erkämpft, daß man wohl die Vergeltungstheorie, die wollüstige Mutter dieses Gedankens, ad acta legen kann. Damit entfällt aber auch der Charakter der Sühne, die nach der Vergeltungstheorie die Strafe als solche haben soll.

Das Verbrechen ist ein Angriff auf die bestehende Rechtsordnung, und diejenigen, die sich innerhalb dieser Ordnung gestellt haben, sind berechtigt, vom Staat, dem äußeren Hüter dieser Rechtsordnung, Schutz vor derartigen Angriffen zu verlangen. Der Staat reagiert daher auf diese Angriffe, indem er zugleich bezweckt, Wiederholungen vorzubeugen, daher muß die Art der Reagenz (Strafe) eine derartige sein, daß der Zweck erreicht werden kann, sie muß teils bessernd, teils abschreckend wirken, je nachdem dieses Mittel angebracht erscheint; in den Fällen, in denen eine Wiederholung dieses Angriffes erfahrungsgemäß anzunehmen ist, wo eine unausrottbare antisoziale Gesinnung vorliegt, soll der Staat den Rechtsbrecher dauernd unschädlich machen.

Das in ganz großen Zügen die moderne Auffassung über Verbrechen und Strafe, auf die das neue StGB. aufgebaut werden soll.

In diesen Rahmen paßt ausgezeichnet als staatliches Reagenzmittel die Zwangserziehung. England, Frankreich, Belgien haben ganz hervorragende Erfolge mit der Zwangserziehung erzielt.

Wir finden also in dieser ein vorzügliches Mittel, einen Ersatz für die — kurzzeitigen — Freiheitsstrafen. Ich wollte erst sagen, für die Freiheitsstrafen im allgemeinen, aber muß mich doch einschränken, wenn ich für praktische Resultate eintreten will.

Wenn man nämlich an dem Grundgedanken festhält, in den Fällen, in denen die Rechtsverletzung sich als Folge einer Verwahrlosung darstellt und die Hoffnung begründet ist, daß durch geeignete Mittel eine Besserung herbeigeführt werden kann, in diesen Fällen als einzig geeignetes Mittel für Jugendliche Zwangserziehung von längerer Dauer eintreten zu lassen, wenn man, wie gesagt, an diesem Gedanken festhält, so ist kein Grund vorhanden, warum nicht auch dann der jugendliche Kriminelle einer Anstaltserziehung überwiesen werden soll, wenn an sich eine längere Freiheitsstrafe nach dem Gesetz eintreten müßte. Worin besteht denn der Unterschied in der Erscheinung zwischen einem verwahrlosten Jungen, der auf dem Jahrmarkt kleinere Budendiebstähle ausübt (§ 242), und dem, der eine Kommode mit einem falschen Schlüssel öffnet, um Geld zu entwenden (§ 243,3), und vielleicht demjenigen, der auf der menschenleeren Straße einem Kinde einige Groschen abnimmt (250,3)? Als Symptome sind sie gleichwertig und alle drei Rechtsbrecher derselben Behandlungsweise zu unterwerfen, trotzdem im Falle einer Verurteilung zu Gefängnisstrafe diese von ganz verschiedener Dauer sein würde, ist doch beim einfachen Diebstahl (§ 242) das Minimum 1 Tag, bei schwerem Diebstahl (§ 243) drei Monate und im Falle des qualifizierten Raubes (§ 250,3) ein Jahr Gefängnis.

Doch hat der Gedanke der Vergeltung zu lange die Geister umnachtet, die Strafe zu lange als Sühnopfer gegolten, als daß ich hoffen könnte, daß schon

jetzt die Zwangserziehung für alle Arten von Rechtsbrüchen — unter der Voraussetzung der kausalen Verwahrlosung — in das Strafrecht aufgenommen werden und daß für ihre Zulässigkeit die Höhe der im konkreten Falle ausgeworfenen Freiheitsstrafe nicht in Frage gezogen würde.

Und da ich mit diesen Vorschlägen mich ganz auf den Boden der gegenwärtig durchführbaren Realpolitik stelle und nicht nur Vorschläge in majorem gloriam einer idealeren späteren Strafrechtspflege machen will, so muß ich schon eine zeitliche Begrenzung für die Zulässigkeit der Zwangserziehung annehmen. Nur möchte ich dringend raten, diese Begrenzung nicht zu eng zu bemessen.

Nach meinem Dafürhalten soll aber die Überweisung an eine Zwangserziehung nicht davon abhängig gemacht werden, daß es sich um den ersten Rechtsbruch handelt, der den Jugendlichen mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt bringt, der Wortlaut des Gesetzes muß ganz allgemein gehalten werden, so daß es dem Gericht auch möglich ist, Jugendliche auch bei weiteren Verfehlungen einer Anstaltserziehung zu überweisen, selbst wenn etwa ein Verweis oder eine Geldstrafe vorausgegangen sein sollte.

Diese Fälle werden ja die Ausnahme bilden, aber im Gesetz soll die Möglichkeit offen gelassen sein, auch derartige Ausnahmefälle einzuschließen — außer wenn die schon erlittene Strafe in einer Gefängnisstrafe bestanden hat. Denn das Zusammenleben von Zwangszöglingen mit solchen, die schon mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht haben, soll unter allen Umständen vermieden werden. Auch nur ein solcher Mitschüler wirkt wie Gift.

Damit wäre aber auch zugleich eine andere Frage negativ entschieden: Kann die Überweisung an eine Anstalt mit einer Freiheitsstrafe kumuliert werden? Wenn der Fall überhaupt symptomatisch ist für ein Verwahrlosungsdelikt, so soll eben nur die dagegen wirksame Medizin — die Zwangserziehung — angewendet werden. Hat man es mit einem besonders renitenten Bürschken zu tun, so hat die Anstalt genügende Disziplinarstrafen zur Verfügung, um solche Bockbeinigkeit zu brechen. Und der Intensität der Verwahrlosung und demzufolge der Stärke der antisozialen Gesinnung kann durch die Länge der Dauer der Anstaltserziehung Rücksicht getragen werden. Ich möchte hierbei hervorheben, daß in England — dem klassischen Lande der Zwangserziehung — die Gesetzgebung, die früher die Kumulierung zugelassen hatte, diese jetzt nachdrücklich ausschließt.

Auf wie lange soll nun die Überweisung erfolgen? Bei einem Korrektivmittel, das, wie die Zwangserziehung, einzig und allein von dem Zweckgedanken der Besserung getragen wird, richtet sich die Dauer der Anwendung des Mittels lediglich nach dem Erfolg: Der Zwangszögling ist zu entlassen, wenn er so weit erzogen ist, daß man annehmen kann, er werde sich jetzt im Leben zurechtfinden. Wann dieser Erfolg eintreten wird, kann nicht voraus berechnet werden, am wenigsten kann es der Richter voraussehen, wenn er die Überweisung ausspricht. Hierüber haben die zu begutachten, die den Zwangszögling täglich beobachten — die Anstaltsleiter. Deshalb ist es zu empfehlen, die Dauer der Zwangserziehung nicht im Urteil festzulegen, sondern allgemein auf Überweisung zu erkennen. Derselbe Grundsatz ist auch im § 56 anerkannt für die Überweisung derjenigen, die mangels der erforderlichen Einsicht zwar freigesprochen, aber einer Erziehungsanstalt überwiesen wurden. — Ja, aber bei Ihrem Vorschlag handelt es sich doch um eine vom Gericht ausgeworfene Strafe, nicht um eine Sicherungsmaßregel, wie im § 56. — Sehr richtig, aber ich hoffe, daß die Animosität gegen die sogen. unbestimmten

Strafurteile, die indeterminate sentences im allgemeinen, keinen der Gegner verleiten wird, im Falle der Zwangserziehungs-Strafe, die doch ganz einzig geartet ist aus Prinzip sein Veto einzulegen. Ich hoffe sogar, daß die praktischen Resultate, die man mit den unbestimmten Strafurteilen im Falle der Überweisung an eine Zwangserziehungsanstalt machen wird, dazu beitragen werden, die Gegner zusammenzubringen.

Unbedingt zu empfehlen ist, vor der definitiven Entlassung aus der Anstalt eine solche auf Widerruf eintreten zu lassen, den allgemein für alle Freiheitsstrafen geltenden Grundsatz der vorläufigen Entlassung gerade hier möglichst oft anzuwenden. In dem Falle der vorläufigen Entlassung geht die Aufsicht und Verantwortlichkeit der Anstalt auf denjenigen über, in dessen Obhut der Zwangszögling gestellt ist. Zeigt es sich, daß der betreffende noch nicht genügend gehärtet ist, dann kann seine Zurückführung in die Anstalt erfolgen. Ist er einmal definitiv entlassen, so hat die Anstalt keine Macht mehr über ihn.

Dies würden die Grundsätze sein, welche für die Einführung der Zwangserziehung als Strafmittel gegen jugendliche Kriminelle in das Strafgesetzbuch geltend gemacht werden können. Über die Ausführung, die einzelnen Arten der Anstalten, über die Beschäftigung in denselben usw. kann ich mich bei dem Raume, der mir hier zur Verfügung gestellt werden konnte, nicht weiter auslassen, würde auch über den Rahmen der mir selbst gestellten Ausführung hinausgehen. Vielleicht findet sich dazu Gelegenheit bei einer späteren Vergleichung der englischen, französischen und deutschen Zwangserziehungs-Anstalten.

Wir haben also für diejenigen jugendlichen Verbrecher, deren Handlung sich als Folge wirtschaftlicher oder sittlicher Verwahrlosung zeigt, in der Zwangserziehung ein wirkungsvolles und zugleich humanes Korrektivmittel gefunden.

Wie wollen wir uns aber denjenigen gegenüber verhalten, deren Rechtsbrüche wir auf eine derartige Ursache nicht zurückführen können?

Ich habe hierbei vornehmlich die Fälle im Auge, bei denen aus Nachlässigkeit oder Unüberlegtheit gehandelt wurde, an Handlungen gedacht, die im Affekt, im Zustande von Kopflosigkeit begangen werden, ferner an Fahrlässigkeitsdelikte, — an die große Rubrik der „Dummenjungensteiche“, Fälle, durch die die Rechtsordnung in erheblichem Maße nicht verletzt wird, bei denen der Richter der ganzen Sachlage nach überzeugt ist, daß der jugendliche „Missetäter“ nicht zum zweiten Male mit dem Gerichte in Konflikt kommen wird. Ja — alles schön und gut — aber nach dem bestehenden Gesetz muß verurteilt werden.

Hier soll die Verurteilung mit bedingtem Strafaufschub — in schlechtem Juristendeutsch „bedingte Verurteilung“ genannt — eintreten.

Kein anderes Postulat, das die Positivisten auf ihr Programm gesetzt haben, ist so scharf und zäh angefeindet worden, wie die „bedingte Verurteilung“. Die Gegner sehen schon die gesamte Strafrechtspflege zusammenbrechen. Eine staatliche Sanktionierung des frivolen Wortes „einmal ist einmal“, ein Freibrief für Rechtsverletzungen usw. — Wirklich? — Die Verurteilung mit bedingtem Strafaufschub besteht darin, daß wohl eine Verurteilung gemäß dem verletzten Gesetzesparagraphen ausgesprochen wird, dagegen von der Strafvollstreckung zunächst abgesehen werden soll aus dem oder jenen in der Urteilsbegründung ausgeführten Gründen, und daß für den Fall, daß der Verurteilte innerhalb einer bestimmten Frist sich bewährt, dann die Verurteilung als nicht geschehen angesehen werden soll.

Der Haupteinwand ist ein prinzipieller, wieder ausgehend von den Anhängern der Vergeltungstheorie: Jede Missetat soll ihre Vergeltung finden. Mit diesen Moralantiquaren wollen wir nicht rechten, ein Bekehren ist aussichtslos. Es ist aber hervorzuheben, daß durch die Verurteilung mit bedingtem Straferlaß sogar dieses Prinzip an sich nicht verletzt wird: Es erfolgt ja eine prinzipielle Sühne — die Verurteilung. Der Staat dokumentiert dadurch, daß er auf den Rechtsbruch reagiert und den Rechtsbrecher für schuldig erkennt, seine Tätigkeit als Wächter des öffentlichen Rechtes. Wenn er dann aus Billigkeitsgründen, um eine ungebührliche Schädigung des Rechtsbrechers zu verhindern, von dem weiteren Übel — dem Strafvollzug — zunächst abieht und das auch nur unter bestimmten Voraussetzungen, so ist das keine Schwäche des Staates, kein Augezudrücken der Justiz, sondern nur eine weise erwogene Milde. Dasselbe, was der Krone verfassungsgemäß im Gnadenwege zugestanden ist. Die prinzipielle „Sühne“ liegt in der Verurteilung.

Aber noch weiter: Die Aufregung einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, die Tatsache, für schuldig befunden zu sein, ist schon für viele ein tiefempfundenes Strafübel.

Und andererseits liegt darin, daß über dem Haupte des Verurteilten beständig das Damoklesschwert der Strafvollstreckung schwebt, der allerwirksamste Antrieb für ihn, so zu leben, daß er mit dem Strafgesetzbuch nicht wieder in Konflikt gerät. Ist dieses Moment nicht besonders hoch einzuschätzen? Es paßt vollkommen in den Rahmen der Besserungs- sowohl wie der Abschreckungstheorien.

Und nun stelle man sich das Absurde vor, das darin liegt, jemanden einzusperren, ihn für das ganze Leben zu brandmarken, ohne Hoffnung auf irgendwelchen vorteilhaften Einfluß auf den Detenierten, ohne jeden sozialen Nutzen, nur des Prinzipes willen! Ja, man lache nicht über das alte Wort: Fiat justitia, pereat mundus. Unzählige Male findet man auch noch heute dessen Bestätigung!

Über das Aufkommen des Gedankens der bedingten Verurteilung sei nur kurz folgendes erwähnt: Nachdem einige Staaten Nordamerikas (Massachusetts 1869, New York 1878) diesen Gedanken aufgenommen hatten, gab ihm England 1887 Gesetzeskraft, dann folgte 1888 Belgien, 1891 Frankreich und 1892 Luxemburg und Portugal. Norwegen, die Schweiz, Österreich-Ungarn und die Niederlande haben den Gedanken in den Entwürfen zu dem neuen Strafgesetzbuch aufgenommen. Nicht in allen Gesetzen ist der Gedanke bis in die Einzelheiten gleich durchgeführt, aber der von mir angegebene Grundgedanke kommt überall zum Ausdruck.

Die amtlichen Berichte geben glänzende, ja man kann fast sagen, über Erwarten glänzende Resultate. Einerseits ist der Prozentsatz derjenigen Fälle ein sehr bedeutender, in denen definitiv nach Ablauf der Bewährungsfrist der Vollzug der Strafe unterbleiben konnte, andererseits hat auch der Richter von dem Nutzen der Neueinrichtung sich überzeugen lassen, was aus der immer häufigeren Anwendung der bedingten Verurteilung am besten hervorgeht.

Durch diese Resultate sind die weiteren Einwendungen, die gegen die bedingte Verurteilung erhoben wurden und die in der Hauptsache auf Befürchtungen über Schwierigkeiten in der gleichmäßigen Handhabung des Strafmittels basierten, überzeugend entkräftet worden.

Am schwächsten wurde die bedingte Verurteilung in ihrer Anwendbarkeit auf jugendliche Kriminelle befehdet. Selbst in dem schroff ablehnenden Gut-

achten der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Oberstaatsanwälte, das der Preuß. Justizminister einforderte kurz nachdem die Internationale Kriminalistische Vereinigung auf dem Brüsseler Kongreß 1889 zu der Frage befürwortend Stellung genommen hatte, fanden sich Stimmen, welche wenigstens einen Versuch bei den jugendlichen Verbrechern anheimstellten.

Hier ist denn auch weiter gebaut worden: Seit 1895 haben 26 der deutschen Bundesstaaten im Wege der Landesgesetzgebung Einzelverordnungen erlassen, welche den Gedanken der bedingten Verurteilung aufnahmen, allerdings im anderen Gewande, dem der bedingten Begnadigung. In vielen Einzelbestimmungen sind die Verordnungen verschieden, aber in den Grundzügen stimmen sie überein, sind sogar so weit gefaßt, daß ein humaner Richter viel segensreiche Arbeit damit schaffen könnte. Ist doch z. B. anerkannt — wenigstens als Grundsatz —, daß die Höhe der erkannten Freiheitsstrafe und die Art derselben den bedingten Strafaufschub nicht ausschließen, ebenso wenig, daß er nur zugunsten von first offenders zur Anwendung kommen soll, ja sogar nicht allein nur bei Jugendlichen.

Wir sehen, dieser legislatorische Gedanke ist reif, um als Reichsrecht in das System der strafrechtlichen Behandlung wenigstens der Jugend aufgenommen zu werden. Damit ist aber auch implicite eine Änderung verbunden: die Verwandlung einer bedingten Begnadigung in eine bedingte Verurteilung. Die bedingte Begnadigung ist ja, wie der Name schon sagt, ein Ausfluß des der Krone vorbehaltenen Gnadenrechts, und das Gericht hat nur das Recht, zu befürworten. Das Gnadenrecht kann aber gesetzlich nicht beeinflußt werden, am allerwenigsten reichsrechtlich für die einzelnen Bundesfürsten bindend.

Abgesehen hiervon, sprechen gegen die bedingte Begnadigung auch noch zwei gewichtige Gründe: Erstens ist diese Form unbedingt die schwerfälligere, umständlichere, zeitraubendere: Urteil — Gutachten des Gerichts, Bericht der Staatsanwaltschaft — Allerhöchste Entschließung —, da können Monate vergehen. Und während dieser Zeit befindet sich der Verurteilte in einem Zustande der peinvollsten Schwebe. Demgegenüber der einfache und schnelle Weg der bedingten Verurteilung: das Urteil mit dem Beschluß auf Aussetzung der Strafe.

Ich würde empfehlen, diesen Beschluß auf Strafaussetzung als integrierenden Teil des Urteils aufzufassen, so daß er nur mit diesem zusammen durch die Rechtsmittel (Berufung, Revision) angefochten werden kann, nicht wie Seuffart a. a. O. empfiehlt, getrennt vom letzteren durch sofortige Beschwerde, wodurch die Staatsanwaltschaft die Entschließung des Gerichts beeinträchtigen würde und der Dualismus zwischen beiden Faktoren leicht zu Verschleppungen führen könnte. Das Urteil kann lauten: „Der Angeklagte wird gemäß §§ . . . zu einer Strafe von . . . verurteilt, dagegen soll nach §§ (die betreffenden neuen §§ über die bedingte Verurteilung) von der Strafvollstreckung Abstand genommen werden, sofern der Angeklagte innerhalb einer Frist von . . . nicht wieder zur Verurteilung kommt.“ Ist die Staatsanwaltschaft mit der Strafaussetzung nicht einverstanden, so kann sie das Urteil mit der Berufung anfechten, genau so, als wenn sie an der Strafausmessung Aussetzungen macht.

Ist diese Bewährungsfrist verstrichen, und der Angeklagte nicht wieder verurteilt worden, dann ist die erste Verurteilung als nicht geschehen anzusehen — wie nach dem belgischen Gesetze — und aus dem Strafregister zu löschen. Der zukünftige Richter, der später vielleicht über den Betreffenden zu Gericht sitzt, soll ganz unbefangen sein und von der ersten Verurteilung

keine Kenntnis erhalten, so nur ist der Sinn der bedingten Verurteilung voll gewährt. Kommt dagegen der Betreffende innerhalb der Bewährungsfrist wiederum zu einer Verurteilung, so hat der Richter von der ersten Verurteilung Kenntnis, da diese im Strafregisterauszug noch nicht gelöscht ist, und die erste Strafe tritt neben der neu ausgeworfenen Strafe in Kraft, eine Zusammenrechnung findet nicht statt.

Zwei Fragen sind noch zu beantworten, einmal: „Wie lange soll die Bewährungsfrist dauern?“

Am einfachsten ist sie zu bemessen nach der Verjährung der Strafvollstreckung und, da es sich im Rahmen dieser Vorschläge doch nur um Verurteilungen zu kürzeren Freiheitsstrafen handelt, könnten die Bestimmungen des § 70, Ziffer 5 und 6 Platz greifen: eine fünfjährige Frist für Verurteilungen zu Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren, und eine solche von zwei Jahren, wenn die Verurteilung erfolgte zu Haft oder Geldstrafe.

Die zweite Frage ist die: Soll ausschlaggebend sein für die nachträgliche Strafvollziehung nur eine weitere Verurteilung oder schon ein Lebenswandel des Verurteilten, der ihn einer Strafaussetzung unwürdig erscheinen läßt? Das ideale Verlangen würde sein, den letzteren Gesichtspunkt für maßgebend zu erachten. Aber hier wirkt die menschliche Unfertigkeit in gerechter Wertschätzung des Tuns anderer zu niederdrückend. Wir können dieses Kriterium in der Praxis nicht anwenden. Es würde zu leicht religiösen und politischen Strömungen Rechnung getragen, die Objektivität getrübt werden. Wir müssen uns, vor allem wegen einer möglichst gleichmäßigen Handhabung der Bestimmungen, schon für ersteres Erfordernis entscheiden — die nachträgliche weitere gerichtliche Verurteilung. Es müßte aber berücksichtigt werden, daß nur eine weitere Freiheitsstrafe die vorausgegangene ausgesetzte Freiheitsstrafe wieder aufleben läßt (so auch *Seuffardt*), nicht etwa schon eine Geldstrafe. Das würde zu großen Härten führen. Man konstruiere nur den Fall: Ein Jugendlicher wird wegen Diebstahls — der sich nach der spitzfindigen Judikatur des Reichsgerichtes noch als schwerer Diebstahl charakterisiert — zu mehreren Monaten Gefängnis bedingt verurteilt. Der Betreffende läßt sich dies zur Warnung dienen und nichts wieder zu schulden kommen, da, gegen Ende der Bewährungsfrist gerät er mit jemand in Streit. Es kommt zu Tötlichkeiten. Es wird gegen ihn Privatklage erhoben, und er wird wegen leichter Körperverletzung zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es wäre doch geradezu widersinnig, sollte diese neuerliche Verurteilung zu einer geringfügigen Geldstrafe die bedingt erkannte Gefängnisstrafe von vielleicht 4 bis 5 Monaten wieder aufleben lassen. Deshalb muß im ersten Urteil, natürlich nur insofern es auf Freiheitsstrafe lautet, diese einschränkende Bestimmung mit aufgenommen werden. Bei denjenigen Delikten, bei denen Freiheitsstrafe wahlweise mit Geldstrafe vorgesehen ist (z. B. Betrug, Unterschlagung) würde das Gericht wohl kaum auf Geldstrafe bei einer zweiten Verurteilung erkennen, schon um deswillen, weil der Angeklagte schon einmal mit Gefängnis bestraft worden und der neuerlichen Milde nicht würdig ist. Oder, wenn das Gericht doch auf Geldstrafe unter Annahme mildernder Umstände erkennt, dann ist es eben nur ein Zeichen dafür, daß der Fall ganz besonders leicht geartet ist und dann wäre es eine Härte, die frühere Strafe nur deswillen wieder aufleben zu lassen.

Wir sind am Schluß der Betrachtungen angelangt. Ich fasse nochmals kurz zusammen: Hinaufrücken der Altersgrenze der Strafmündigkeit auf das vollendete 14. Lebens-

jahr (§ 55 StGB.). Ein anderes Kriterium für den Begriff der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht (§ 56) — Zwangserziehung für die Fälle der kausalen Verwahrlosung — bedingte Verurteilung für andere Fälle, wenn der Richter die Tatsache der Verurteilung an sich für genügend erachtet.

Die Vorschläge sind praktisch durchführbar. Und wenn später nach vollendeter Reform des Strafrechtes und der Strafvollstreckung auch noch die Geldstrafe und deren Vollzug reformiert sein wird, so kann diese auch häufiger angewendet werden und viel Gutes schaffen.

Noch ein Wort über die legislatorisch-technische Frage der Vorschläge.

Empfiehl es, sich diese Bestimmungen ergänzend in das Strafgesetzbuch aufzunehmen (wie dies schon mehrmals durch Novellen zum StGB. geschehen ist), oder empfiehlt sich der Erlass eines Interimsgesetzes betr. die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen Kriminellen? — Ich würde mich für letzteres entscheiden, weil da zugleich die Ausführungsbestimmungen möglichst ausführlich mit aufgenommen werden könnten. Die Bestimmungen könnten dann später in das neue Strafgesetzbuch eingereiht werden. Aber wie gesagt, das ist eine rein technische Frage, auf die ich nicht so großes Gewicht legen möchte.



DR. JUR. LUDWIG WERTHEIMER, FRANKFURT A. M.: UNLAUTERER WETTBEWERB.



S. gibt einen brutalen Mammonsdiens! Dieses Wort Nietzsches könnte als Devise für den Kampf dienen, der gegen unlautere, illoyale Machenschaften im Handel und Verkehr geführt werden muß. Um denselben wirksam zu gestalten, bedurfte es in Deutschland eines besonderen Gesetzes, im Gegensatz zu Frankreich, wo eine schöpferische Rechtsprechung aus dem einen Satze des Code civil: „Tout fait quelconque de l'homme, qui cause à autrui un dommage, oblige celui par la faute duquel il est arrivé à le réparer“ ein lückenloses System zur zivilrechtlichen Bekämpfung der Concurrence déloyale zu bilden verstanden hat. Am 1. Juli 1896 trat dieses Gesetz in Wirksamkeit; seine Geltung übte einen außerordentlich heilsamen Einfluß auf die geschäftliche Moral aus. Sein Fehler war nur, daß es in kasuistischer Weise versuchte, der Hydra des unlauteren Wettbewerbs Herr zu werden; so war es von Anfang an unvollkommen. Denn: „le législateur en effet ne peut codifier une matière, dont les éléments présentent une extrême diversité sans qu'un lien suffisant les réunisse car la concurrence déloyale est fertile en ressources“ *).

Es ergab sich daher bald die Notwendigkeit an eine Ergänzung des Gesetzes zu denken, und die oben erwähnten Schwierigkeiten gaben den Anlaß, in das neue Gesetz v. 7. VI. 1909 eine das ganze Gebiet des unlauteren Wettbewerbs umfassende und dasselbe beherrschende General-

*) Allart, Traité théorique et pratique de la concurrence déloyale Paris 1892, Seite V.

klausel zu schaffen, um auch alle die Fälle zu treffen, auf welche die Bestimmungen des Spezialgesetzes nicht anwendbar sind. Danach kann jeder, der im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbes eine Handlung vornimmt, die gegen die guten Sitten verstößt, auf Unterlassung derselben und Ersatz des hierdurch veranlaßten Schadens in Anspruch genommen werden, und zwar kann der Anspruch auf Unterlassung nicht nur von jedem Gewerbetreibenden geltend gemacht werden, der Waren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in geschäftlichen Verkehr bringt, sondern auch von Verbänden, welche die Förderung gewerblicher Interessen bezwecken. Ein weiteres Fanal hat das Gesetz dadurch errichtet, daß es das Gewähren und die Annahme von Schmiergeldern für sittenwidrig erklärte. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark oder mit einer dieser Strafen bedroht es denjenigen, der im geschäftlichen Verkehr zu Wettbewerbszwecken den Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebes Geschenke oder andere Vorteile (z. B. auch Zuwendungen an die Ehefrau) verspricht oder gewährt, um bei dem Bezuge von Waren oder gewerblichen Leistungen durch unlauteres Verhalten der Angestellten oder Beauftragten für sich oder einen andern eine Bevorzugung zu erlangen. Die gleiche Strafe soll den Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebes treffen, der im geschäftlichen Verkehre Geschenke oder andere Vorteile fordert, solche sich versprechen läßt oder annimmt, damit er durch unlauteres Verhalten bei dem Bezuge von Waren oder gewerblichen Leistungen einem andern im Wettbewerbe eine Bevorzugung verschaffe. Erfolgt eine Bestrafung wegen einer solchen Angestelltenbestechung, so hat das Gericht im Urteile auszusprechen, daß das Empfangene dem Staate verfallen oder dessen Wert dem Staate zu zahlen sei. Indem der Gesetzgeber in den Tatbestand dieses neuen Delikts der Angestelltenbestechung das Moment des unlauteren Verhaltens des Angestellten aufnahm, wollte er zum Ausdruck bringen, daß nicht jedes Geschenk, das ein Lieferant dem Angestellten seines Kunden macht, als Bestechung angesehen werden soll, daß vielmehr harmlose Zuwendungen, die zur Förderung des Warenumsatzes und glatteren Abwicklung der Geschäfte dienen sollen, nicht als strafbare Angestelltenbestechung anzusehen ist. Auch zivilrechtlich kann auf Grund der Gewährung von Schmiergeldern gegen die Beteiligten vorgegangen werden, indem einmal auf Unterlassung, dann auch — dies nur bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Handlungsweise — auf Schadensersatz geklagt werden kann. Der Unterlassungsanspruch ist auch gegen den Prinzipal eines Angestellten begründet, der das Verbot des Gebens von Schmiergeldern übertreten hat. Eine weitere und sehr bemerkenswerte Neuerung des Gesetzes vom 7. Juni 1909 besteht darin, daß der Schutz gegen unlautere Reklame eine Erweiterung erfahren hat. Dieselbe besteht darin, daß nun auch unrichtige Angaben über die Menge der zum Verkauf gestellten Vorräte verboten sind, dann gibt auch allgemein jede unrichtige Angabe über geschäftliche Verhältnisse, die den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen geeignet ist, Anlaß zu einer Unterlassungsklage. Diese Formulierung des Gesetzes weist gegenüber dem bisherigen Rechtszustande einen Unterschied insofern auf, als diese Angaben nicht mehr „tatsächlicher Art“ sein müssen. Durch die Streichung dieser beiden Worte wird erreicht werden, daß eine ganze Reihe unrichtiger Angaben, die bisher nicht faßbar waren, nunmehr der Ahndung unterliegen. Auch die Strafbestimmungen, welche sich gegen die unlautere Reklame richten, sind erheblich verschärft

worden. Ferner kann der Inhaber eines geschäftlichen Betriebes auf Unterlassung dann verklagt werden, wenn seine Angestellten oder seine Beauftragten sich eine Handlung zuschulden kommen lassen, die sich als unlautere Reklame qualifiziert; er ist auch, wenn dieselbe mit seinem Wissen erfolgt ist, in gleicher Weise wie die Angestellten selbst und neben diesen strafbar. Wie bekannt, erfuhr der reelle Geschäftsbetrieb dadurch erhebliche Schädigungen, daß das Publikum durch die Ankündigung von trügerischen Konkurswarenverkäufen oder Ausverkäufen in den Glauben versetzt wurde, seine Bedürfnisse in besonders vorteilhafter Weise befriedigen zu können. Auch hiergegen machte der Gesetzgeber Front, indem er vorschrieb, daß die öffentlichen Bekanntmachungen oder Mitteilungen klar erkennen lassen müssen, ob die zum Verkauf gestellten Waren noch zum Bestande der Konkursmasse gehören oder sich bereits in andern Händen befinden. Eine Bezugnahme auf die Herkunft der Waren aus einer Konkursmasse ist, falls diese Waren nicht mehr der Verfügung des Konkursverwalters unterstehen, verboten, und Zuwiderhandlungen sind für strafbar erklärt worden. Eine Klage auf Schadensersatz und Unterlassung ist vorgesehen; letztere auch gegen den Prinzipal, dessen Angestellte derartige Ankündigungen vorgenommen haben. Mit zu den wichtigsten neuen Bestimmungen gehört die Regelung des Ausverkaufswesens. Das Gesetz steht auf dem Standpunkte, daß ein Ausverkauf eine an sich zulässige geschäftliche Maßnahme ist. Handelt es sich doch, wie man mit einem physiologischen Vergleiche zutreffend wird sagen können, bei dem Ausverkaufe um möglichst schnelle und schädliche Ausscheidung von krankhaften, weil im regulären Geschäftsgange nicht abzustoßenden Ansammlungen im Geschäftskörper. Das Gesetz will deshalb nur die spekulativen Mißbräuche des Ausverkaufswesens beseitigen. Es schreibt daher vor, daß bei jeder Ankündigung eines Ausverkaufs der Grund angegeben werden soll, der zu seiner Veranstaltung Anlaß gegeben hat. Bemerkenswert ist, daß die Wahl des Ausdrucks in der Ankündigung des betreffenden Verkaufs für unerheblich erklärt wird, falls die Ankündigung einen Ausverkauf von Waren wegen Beendigung des Geschäftsbetriebs, Aufgabe einer einzelnen Warengattung oder Räumung eines bestimmten Warenvorrates aus dem vorhandenen Bestande betrifft. Durch diese Bestimmung werden der Bezeichnung „Ausverkauf“ Ankündigungen wie „Totalverkauf“, „Räumungsverkauf“, „schneller und billiger Verkauf“, „Räumungspreise“, „nur noch kurze Zeit“ gleichgestellt. Die höhere Verwaltungsbehörde ist für berechtigt erklärt worden, für gewisse Arten von Ausverkäufen nach Anhörung der zuständigen gesetzlichen Gewerbe- und Handelsvertretungen anzuordnen, daß bei einer von ihr zu bezeichnenden Stelle vor Beginn des Ausverkaufs der Grund und der Zeitpunkt des Beginns desselben angezeigt, sowie daß ein Verzeichnis der auszuverkaufenden Waren eingereicht wird. Gegen die Nichtbefolgung dieser Vorschriften richten sich Strafandrohungen (Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft). Erheblichere Strafen sollen dahingegen denjenigen treffen (Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 5000 M. oder eine dieser Strafen), der im Falle der Ankündigung eines Ausverkaufs Waren zum Verkaufe stellt, die nur für den Zweck des Ausverkaufs herbeigeschafft worden sind. Damit ist das Nachschieben von Waren sowie die Beschaffung solcher lediglich zur Veranstaltung eines Ausverkaufs ausdrücklich untersagt. Gegen eine Überschreitung dieses Gebots kann mit Schadensersatz- und Unterlassungsklage vorgegangen werden; mit letzterer auch gegen den Prinzipal, dessen Leute sich in der gedachten Richtung ver-

gangen haben. Eine Sonderstellung hat das Gesetz den Saison- und Inventurausverkäufen eingeräumt, die in der Ankündigung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftsverkehr üblich sind. Dieselben sollen durch die eben erwähnten Bestimmungen nicht getroffen werden, jedoch können sie eine Reglementierung insofern erfahren, als die höhere Verwaltungsbehörde über Zahl, Zeit und Dauer derselben Bestimmungen treffen kann.

Eine bei dem money-making mob sehr beliebte Art des unlauteren Wettbewerbs ist es im geschäftlichen Verkehr, einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäftes, eines gewerblichen Unternehmens oder einer Druckschrift in einer Weise zu benutzen, die geeignet ist, Verwechslungen mit solchen Individualisierungsmitteln hervorzurufen, zu deren Gebrauch ein anderer befugt ist. Eine Unterlassungsklage ist gegen den gegeben, der die Möglichkeit einer derartigen Verwechslung herbeiführt, nicht wie früher erst dann, wenn aus der mißbräuchlichen Art der Benutzung die Absicht erhellt, Verwechslungen hervorzurufen. In diesem Falle soll nach dem neuen Gesetz der Verletzte auch noch Schadensersatzansprüche erheben können. Der Kreis der geschützten Kennzeichen eines gewerblichen Unternehmens ist dadurch erweitert worden, daß Geschäftsabzeichen und sonstige zur Unterscheidung des Geschäfts von anderen Geschäften bestimmten Einrichtungen, die innerhalb der beteiligten Verkehrskreise als Kennzeichen des Erwerbsgeschäftes gelten, dem gleichen Schutze unterstellt worden sind. Hierher gehören: die Ausstattung der Geschäftswagen, Livreen und sonstige besondere Kleidungsgegenstände der Angestellten, Embleme, Bilder und „sonstiger Aufputz“ an Geschäftshäusern, die eigenartige Ausstattung der Preislisten, Zirkulare und anderer Geschäftspapiere. Einen zweckmäßigen Ausbau haben auch die Bestimmungen gefunden, die sich gegen die zu Wettbewerbszwecken erfolgte Behauptung bzw. Verbreitung von Tatsachen richten, die geeignet sind, den Betrieb des Geschäftes oder den Kredit des Inhabers zu schädigen. Beweist der Verbreiter solcher Behauptungen nicht deren Wahrheit, dann ist er dem Verletzten zum Ersatze des diesem entstandenen Schadens verpflichtet, wie dieser auch verlangen kann, daß künftighin eine Weiterverbreitung dieser Tatsachen zu unterbleiben habe. Zum Schutze des kaufmännischen Auskunftswesens ist die weitere Bestimmung hinzugefügt worden, daß, wenn es sich um vertrauliche Mitteilungen handelt, an welchen nur die Beteiligten ein berechtigtes Interesse haben, so ist der Anspruch auf Unterlassung nur dann zulässig, wenn derjenige, über den die Behauptung aufgestellt worden ist, beweist, daß diese Behauptung der Wahrheit zuwider geschehen ist. Auch kann er Schadensersatz nur dann verlangen, wenn der Mitteilende die Unrichtigkeit der Tatsachen kannte oder kennen mußte. Die Inhaber des Geschäftsbetriebes können für die diesbezüglichen Verfehlungen ihrer Angestellten oder Beauftragten dann für strafbar erklärt werden, wenn eine solche Handlung mit ihrem Wissen geschah.

In den Kreisen der Stickerei- und Spitzenindustrie wurde lebhaft Klage über den Mißbrauch geführt, welcher von den Unternehmern mit den ihnen von den Fabrikanten zur Ausführung übergebenen Schablonen dadurch getrieben wurde, daß dieselben auf eigene Rechnung darnach Waren herstellten. Dies war der Anlaß, eine neue Bestimmung in das Gesetz einzufügen, um anvertrauten Interessen und Rechtsgütern aller Art einen Schutz gegen unlautere Ausnützung zu gewähren. Es soll darnach derjenige mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 5000 M. oder mit einer dieser Strafen belegt werden, der die ihm im geschäftlichen Verkehr anvertrauten

worden. Ferner kann der Inhaber eines geschäftlichen Betriebes auf Unterlassung dann verklagt werden, wenn seine Angestellten oder seine Beauftragten sich eine Handlung zuschulden kommen lassen, die sich als unlautere Reklame qualifiziert; er ist auch, wenn dieselbe mit seinem Wissen erfolgt ist, in gleicher Weise wie die Angestellten selbst und neben diesen strafbar. Wie bekannt, erfuhr der reelle Geschäftsbetrieb dadurch erhebliche Schädigungen, daß das Publikum durch die Ankündigung von trügerischen Konkurswarenverkäufen oder Ausverkäufen in den Glauben versetzt wurde, seine Bedürfnisse in besonders vorteilhafter Weise befriedigen zu können. Auch hiergegen machte der Gesetzgeber Front, indem er vorschrieb, daß die öffentlichen Bekanntmachungen oder Mitteilungen klar erkennen lassen müssen, ob die zum Verkauf gestellten Waren noch zum Bestande der Konkursmasse gehören oder sich bereits in andern Händen befinden. Eine Bezugnahme auf die Herkunft der Waren aus einer Konkursmasse ist, falls diese Waren nicht mehr der Verfügung des Konkursverwalters unterstehen, verboten, und Zuwiderhandlungen sind für strafbar erklärt worden. Eine Klage auf Schadensersatz und Unterlassung ist vorgesehen; letztere auch gegen den Prinzipal, dessen Angestellte derartige Ankündigungen vorgenommen haben. Mit zu den wichtigsten neuen Bestimmungen gehört die Regelung des Ausverkaufswesens. Das Gesetz steht auf dem Standpunkte, daß ein Ausverkauf eine an sich zulässige geschäftliche Maßnahme ist. Handelt es sich doch, wie man mit einem physiologischen Vergleiche zutreffend wird sagen können, bei dem Ausverkaufe um möglichst schnelle und schälliche Ausscheidung von krankhaften, weil im regulären Geschäftsgange nicht abzustoßenden Ansammlungen im Geschäftskörper. Das Gesetz will deshalb nur die spekulativen Mißbräuche des Ausverkaufswesens beseitigen. Es schreibt daher vor, daß bei jeder Ankündigung eines Ausverkaufs der Grund angegeben werden soll, der zu seiner Veranstaltung Anlaß gegeben hat. Bemerkenswert ist, daß die Wahl des Ausdrucks in der Ankündigung des betreffenden Verkaufs für unerheblich erklärt wird, falls die Ankündigung einen Ausverkauf von Waren wegen Beendigung des Geschäftsbetriebs, Aufgabe einer einzelnen Warengattung oder Räumung eines bestimmten Warenvorrates aus dem vorhandenen Bestande betrifft. Durch diese Bestimmung werden der Bezeichnung „Ausverkauf“ Ankündigungen wie „Totalverkauf“, „Räumungsverkauf“, „schneller und billiger Verkauf“, „Räumungspreise“, „nur noch kurze Zeit“ gleichgestellt. Die höhere Verwaltungsbehörde ist für berechtigt erklärt worden, für gewisse Arten von Ausverkäufen nach Anhörung der zuständigen gesetzlichen Gewerbe- und Handelsvertretungen anzuordnen, daß bei einer von ihr zu bezeichnenden Stelle vor Beginn des Ausverkaufs der Grund und der Zeitpunkt des Beginns desselben angezeigt, sowie daß ein Verzeichnis der auszuverkaufenden Waren eingereicht wird. Gegen die Nichtbefolgung dieser Vorschriften richten sich Strafandrohungen (Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft). Erheblichere Strafen sollen dahingegen denjenigen treffen (Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 5000 M. oder eine dieser Strafen), der im Falle der Ankündigung eines Ausverkaufs Waren zum Verkaufe stellt, die nur für den Zweck des Ausverkaufs herbeigeschafft worden sind. Damit ist das Nachschieben von Waren sowie die Beschaffung solcher lediglich zur Veranstaltung eines Ausverkaufs ausdrücklich untersagt. Gegen eine Überschreitung dieses Gebots kann mit Schadensersatz- und Unterlassungsklage vorgegangen werden; mit letzterer auch gegen den Prinzipal, dessen Leute sich in der gedachten Richtung ver-

gangen haben. Eine Sonderstellung hat das Gesetz den Saison- und Inventurausverkäufen eingeräumt, die in der Ankündigung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftsverkehr üblich sind. Dieselben sollen durch die eben erwähnten Bestimmungen nicht getroffen werden, jedoch können sie eine Reglementierung insofern erfahren, als die höhere Verwaltungsbehörde über Zahl, Zeit und Dauer derselben Bestimmungen treffen kann.

Eine bei dem money-making mob sehr beliebte Art des unlauteren Wettbewerbs ist es im geschäftlichen Verkehr, einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Erwerbsgeschäftes, eines gewerblichen Unternehmens oder einer Druckschrift in einer Weise zu benutzen, die geeignet ist, Verwechslungen mit solchen Individualisierungsmitteln hervorzurufen, zu deren Gebrauch ein anderer befugt ist. Eine Unterlassungsklage ist gegen den gegeben, der die Möglichkeit einer derartigen Verwechslung herbeiführt, nicht wie früher erst dann, wenn aus der mißbräuchlichen Art der Benutzung die Absicht erhellt, Verwechslungen hervorzurufen. In diesem Falle soll nach dem neuen Gesetz der Verletzte auch noch Schadensersatzansprüche erheben können. Der Kreis der geschützten Kennzeichen eines gewerblichen Unternehmens ist dadurch erweitert worden, daß Geschäftsabzeichen und sonstige zur Unterscheidung des Geschäfts von anderen Geschäften bestimmten Einrichtungen, die innerhalb der beteiligten Verkehrskreise als Kennzeichen des Erwerbsgeschäftes gelten, dem gleichen Schutze unterstellt worden sind. Hierher gehören: die Ausstattung der Geschäftswagen, Livreen und sonstige besondere Kleidungsgegenstände der Angestellten, Embleme, Bilder und „sonstiger Aufputz“ an Geschäftshäusern, die eigenartige Ausstattung der Preislisten, Zirkulare und anderer Geschäftspapiere. Einen zweckmäßigen Ausbau haben auch die Bestimmungen gefunden, die sich gegen die zu Wettbewerbszwecken erfolgte Behauptung bzw. Verbreitung von Tatsachen richten, die geeignet sind, den Betrieb des Geschäftes oder den Kredit des Inhabers zu schädigen. Beweist der Verbreiter solcher Behauptungen nicht deren Wahrheit, dann ist er dem Verletzten zum Ersatze des diesem entstandenen Schadens verpflichtet, wie dieser auch verlangen kann, daß künftighin eine Weiterverbreitung dieser Tatsachen zu unterbleiben habe. Zum Schutze des kaufmännischen Auskunftswesens ist die weitere Bestimmung hinzugefügt worden, daß, wenn es sich um vertrauliche Mitteilungen handelt, an welchen nur die Beteiligten ein berechtigtes Interesse haben, so ist der Anspruch auf Unterlassung nur dann zulässig, wenn derjenige, über den die Behauptung aufgestellt worden ist, beweist, daß diese Behauptung der Wahrheit zuwider geschehen ist. Auch kann er Schadensersatz nur dann verlangen, wenn der Mitteilende die Unrichtigkeit der Tatsachen kannte oder kennen mußte. Die Inhaber des Geschäftsbetriebes können für die diesbezüglichen Verfehlungen ihrer Angestellten oder Beauftragten dann für strafbar erklärt werden, wenn eine solche Handlung mit ihrem Wissen geschah.

In den Kreisen der Stickerei- und Spitzenindustrie wurde lebhaft Klage über den Mißbrauch geführt, welcher von den Unternehmern mit den ihnen von den Fabrikanten zur Ausführung übergebenen Schablonen dadurch getrieben wurde, daß dieselben auf eigene Rechnung darnach Waren herstellten. Dies war der Anlaß, eine neue Bestimmung in das Gesetz einzufügen, um anvertrauten Interessen und Rechtsgütern aller Art einen Schutz gegen unlautere Ausnützung zu gewähren. Es soll darnach derjenige mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 5000 M. oder mit einer dieser Strafen belegt werden, der die ihm im geschäftlichen Verkehr anvertrauten

Vorlagen oder Vorschriften technischer Art, insbesondere Zeichnungen, Modelle, Schablonen, Schnitte, Rezepte zu Zwecken des Wettbewerbs unbefugt verwertet oder an andere mitteilt *).

Der Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb ist praktisch so lange bedeutungslos, als hierfür nicht Mittel zu Gebote stehen, welche die unlauteren Machinationen raschestens zu unterdrücken gestatten. Deshalb hat man in allen Fällen, in denen das Gesetz den Anspruch auf Unterlassung gewährt, bestimmt, daß der Erlaß einstweiliger Verfügungen auch zulässig sein soll, wenn die sonst hierfür von der Zivilprozeßordnung aufgestellten Voraussetzungen nicht vorliegen.

Hiermit dürfte der Inhalt des Gesetzes vom 7. Juni 1909, soweit derselbe Neuerungen betrifft, in großen Zügen geschildert sein. Man wird daraus erkennen, daß diese neuen Bestimmungen in Verbindung mit dem, was bereits früher Gesetz war, nunmehr auch in Deutschland eine wirksame Bekämpfung aller Arten des unlauteren Wettbewerbes ermöglichen, besonders da unsere Rechtsprechung zu § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches gezeigt hat, daß man nicht mehr ganz allgemein den Vorwurf gegen den deutschen Richter erheben kann, seine Judikatur sei zu formalistisch und doktrinär.



DR. ROBERT MAYER, PRIVATDOZENT, SEKRETÄR DER BRÜNNER HANDELSKAMMER: DIE ALTERS- UND INVALIDENVERSICHERUNG DER KLEINGEWERBETREIBENDEN UND KLEINBAUERN IN ÖSTERREICH.



Unter den verschiedenen Zweigen des Arbeiterschutzes ist die obligatorische Arbeiterversicherung verhältnismäßig am spätesten aufgetaucht und sie hat sich bisher auch nur in den wenigsten Staaten einen Wirkungskreis erobert. Die obligatorische Krankenversicherung für Arbeiter hat bisher bloß Deutschland und Österreich-Ungarn, die obligatorische Alters- und Invalidenversicherung bloß Deutschland verwirklicht. Einen größeren Umfang hat lediglich die obligatorische Unfallversicherung angenommen. Maßgebend hierfür ist die in allen Staaten anerkannte Haftpflicht des Unternehmens für sein Verschulden, das Bestreben, die verbitternden und kostspieligen Haftpflichtprozesse zu vermeiden, endlich, und gewiß nicht zuletzt, das rein menschliche Moment der Augenfälligkeit.

Als Muster und Vorbild auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist das Deutsche Reich vorausge-

*) Es sei gestattet darauf hinzuweisen, daß diese umfassende, den Interessen des gesamten Geschäftslebens dienende Formulierung dieser Gesetzesbestimmung von der Reichstagskommission auf eine ihr von dem Verfasser unterbreitete Anregung hin vorgenommen worden ist. Über die weitergehende urheberrechtliche Bedeutung dieser Bestimmung vgl. Wertheimer, Leipziger Zeitschrift Band 3 Seite 297.

gangen. Die Erfolge der deutschen Arbeiterversicherung sind unzweifelhafte, wenngleich die Organisation manches zu wünschen übrig läßt. Es ist gewiß irrationell, wenn im Deutschen Reiche fast 25 000 Arbeiterkrankenkassen, 93 Unfallversicherungsanstalten und nicht weniger als 40 Invalidenkassen bestehen, und es ist daher begreiflich, wenn man in Deutschland um eine Vereinfachung des gesamten Versicherungswesens, eventuell eine Verschmelzung der drei Versicherungszweige, sich bemüht. Diese Bestrebungen haben bisher noch zu keinem greifbaren Resultate geführt. Der eben vorgelegte Entwurf einer deutschen Reichsversicherungsordnung begnügt sich mit Teilreformen auf den einzelnen Gebieten der Versicherung und einem Ausbau der Invaliden- und Altersversicherung.

In Österreich, das die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung seit nahezu zwei Jahrzehnten für die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft verwirklicht hat, ist im Jahre 1904 die Regierung Koerber mit einem wohldurchdachten Reformprogramm aufgetreten, das alle kleinen Krankenkassen beseitigen und die großen als Unterbau für die gesamte Versicherung benützen wollte. Die Krankenversicherung sollte auf die landwirtschaftlichen Dienstboten ausgedehnt, für diese und die Industriearbeiterschaft eine Alters- und Invalidenversicherung geschaffen werden. Die Krankenkassen hätten das gesamte Meldewesen und die Beitragsabstattung für alle drei Versicherungszweige zu konzentrieren, neben die autonomen Vorstände der Krankenkassen sollte ein staatlicher Beamter treten, der außer den eigentlichen Geschäften der Krankenversicherung auch noch die Agenden des übertragenen Wirkungskreises für die Unfall- und Invalidenversicherung besorgt. Sämtliche Versicherungszweige sollten durch Einführung von sechs Lohnklassen eine gemeinsame Lohngrundlage erhalten, den mindestbemittelten Gewerbetreibenden sollte lediglich der freiwillige Beitritt zur Altersversicherung unter einschränkenden Bedingungen offenstehen. Der Gedanke eines einheitlichen Aufbaues bei gesonderter Stellung der drei Versicherungszweige und der Einführung von Lohnklassen fand allgemeine Zustimmung. Lebhaft angefochten wurde die Stellung des staatlichen Beamten bei der Krankenkasse und die Bestimmung, wonach die kleinen Betriebs- und Genossenschaftskrankenkassen aufgehoben werden sollten. Seitens des Gewerbestandes wurde eine eifrige Agitation eingeleitet, auch den minderbemittelten Gewerbetreibenden eine Alters- und Invalidenversicherung zu schaffen, Bestrebungen, die namentlich in dem Gutachten der vereinigten Handels- und Gewerbekammern und des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs wirksame Unterstützung fanden.

Nach vierjähriger Pause, nachdem alle wirtschaftlichen Körperschaften hinreichend Gelegenheit gefunden hatten, zu dem Reformprogramme Stellung zu nehmen, ist die österreichische Regierung am 3. November 1908 mit einem fertigen Gesetzentwurfe hervorgetreten, der manche Überraschungen brachte. Die Regierungsvorlage des Freiherrn von Beck beschränkt sich nicht mehr auf die Arbeiterversicherung im engeren Sinne, sie beabsichtigt ein Reformwerk der Sozialversicherung auf breiter Grundlage. Die Kranken- und Invalidenversicherung wird auf alle gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, im weitesten Umfange auch auf Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende ausgedehnt, für die minderbemittelten Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft eine Altersversorgung geschaffen. Die

kleineren Krankenkassen sollen bestehen bleiben, dafür werden als Unterbau der Sozialversicherung eigene Bezirksstellen für die Sozialversicherung geschaffen. Die zweite Instanz sollen die Unfallversicherungsanstalten sowie neu geschaffene „Landesstellen“ bilden, welchen hauptsächlich ein Einfluß auf die Vermögensanlage zusteht, das stolze Gebäude eine Invalidenkasse in Wien krönen.

Die entscheidende Neuerung in der Regierungsvorlage 1908 bietet die Ausdehnung der geplanten Altersversicherung auch auf die mindestbemittelten Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft. Die bisherige Arbeiterversicherung erweitert sich dadurch zu einer Sozialversicherung. Versicherungspflichtig sollen Gewerbe- und Handeltreibende sowie Bauern sein, wenn ihr steuerpflichtiges Jahreseinkommen 2400 K. nicht übersteigt oder sie nicht mehr als zwei Hilfsarbeiter dauernd beschäftigen. Die Beiträge für Selbständige werden mit 1 K. monatlich, für jene, deren Jahreseinkommen weniger als 480 K. beträgt, mit 50 Hellern monatlich bemessen. Für diese Prämien bietet die Regierungsvorlage nach Ablauf einer Wartezeit von 200 Beitragswochen eine mit dem 65. Lebensjahre fällige Altersrente, welche sich einschließlich eines Staatszuschusses von 90 K. auf 150 K. bis 250 K. jährlich stellt. Der Staatszuschuß wird jedoch nur an jene Versicherten gewährt, deren personalsteuerpflichtiges Einkommen 2400 K. jährlich nicht übersteigt. Die Höhe der Renten bei regelmäßiger, ununterbrochener Einzahlung veranschaulicht folgende Tabelle:

Beitrags- leistung monatlich K.	Grundbetrag der Rente einschließlich 90 K. Staatszuschuß K.	Rente nach Ablauf von Jahren				
		4	10	20	30	40
		K.	K.	K.	K.	K.
1,—	150,—	159,60	174,—	198,—	222,—	246,—
0,50	120,—	154,80	162,—	174,—	186,—	198,—

Überdies gewährt das Gesetz Kapitalsabfertigungen an die Hinterbliebenen: für die Witwe 150 K., für jede minderjährige Waise 75 K. Ein Recht auf die Invalidenrente steht den Selbständigen im Gegensatz zu den Unselbständigen nicht zu. Die Regierung begründet dies vor allem mit finanziellen Rücksichten, dann damit, daß für die Selbständigen die Frage der Altersrente in erster Reihe steht, die Invalidenrente keine so große Rolle spiele. Der Begriff der Invalidität sei auf Selbständige nur schwer anwendbar. Das Erträgnis eines gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmens sei von der physischen Arbeitskraft des Besitzers nicht so unmittelbar abhängig wie das Einkommen des Lohnarbeiters. Der selbständige Gewerbsmann oder Landwirt betätige sich in der Leitung, im Verkehre mit den Kunden und weniger unmittelbar durch eigene manuelle Arbeit. Wenn demnach den Selbständigen eine Invalidenrente nicht zugestanden wird, so ergebe sich für sie eine wesentliche Erleichterung aus der Herabsetzung der Wartezeit für die Altersrente auf bloß 200 Beitragswochen. Von größter Wichtigkeit ist die Bestimmung des Entwurfes, daß jeder Versicherte, demnach auch der Kleingewerbetreibende oder Kleinbauer berechtigt ist, Einlagen über das gesetzliche Maß hinaus bis zum Betrage von 100 K. jährlich bei der Invalidenkasse zu leisten und sich hierdurch eine Invalidenrente, eine höhere Altersrente, den Anfall der Altersrente schon mit 55 Jahren, oder höhere Kapitalsabfertigungen für die Hinterbliebenen zu sichern. Zur Förderung derartiger frei-

williger Versicherungen können auch Widmungen, insbesondere in Gestalt perzentueller Zusatzprämien, aus öffentlichen Mitteln erfolgen.

Von den zahllosen Bestimmungen des Gesetzentwurfes hat vornehmlich die Einbeziehung der Selbständigen in die Versicherung von vielen Seiten lebhafteste Anfechtungen erfahren. Es ist darauf hingewiesen worden, daß für die Versicherung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern ein innerer Anlaß nicht vorliege. Die Einfügung der Selbständigenversicherung in den Rahmen der Arbeiterversicherung sei systematisch und versicherungstechnisch ein arger Fehler. Die Kleingewerbetreibenden würden durch ihre Beiträge für die gewährten Leistungen nicht aufkommen, sondern die Unselbständigen und Dienstgeber belasten, endlich die gesamte Verwaltung komplizieren, die Einziehung der Versicherungsbeiträge erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Zumindest sei eine gesonderte Organisation der Selbständigenversicherung, getrennt von der allgemeinen Arbeiterversicherung zu schaffen. Von gewerbefreundlicher Seite ist andererseits betont worden, daß die Versicherungsleistungen des Gesetzes verhältnismäßig bescheiden seien und eine Aufbesserung der Versicherungsleistungen unbedingt anzustreben wäre.

Um Überschätzungen und Unterschätzungen des in der österreichischen Regierungsvorlage Gebotenen vorzubeugen, muß man auf die Erfahrungen in anderen kontinentalen Staaten zurückgreifen.

Großbritannien hat bekanntlich durch das Gesetz vom 1. August 1908 Alterspensionen eingeführt, auf die jedermann ohne irgendwelche Einzahlungen ein Recht hat, der wenigstens seit 20 Jahren britischer Staatsangehöriger ist, das siebzigste Lebensjahr erreichte und ein Jahreseinkommen unter 31 £ 10 sh = 756 K. ausweist. Der jährliche Pensionsbetrag beläuft sich bei Anrechnung von 50 Wochen bei einem Jahreseinkommen bis 21 £ = 504 K. auf 12 £ 10 sh = 300 K. und fällt in Abstufungen bis auf 50 sh = 60 K. jährlich bei einem Jahreseinkommen zwischen 28 £ 17 sh 6 d und 31 £ 10 sh, d. i. zwischen 693 K. und 756 K. Das englische Gesetz bietet weit weniger als der österreichische Entwurf. Die Altersrente beginnt in England erst mit dem 70., in Österreich mit dem 65. Lebensjahre. Jede staatliche Leistung hört bei einem Einkommen über 756 K. auf, während in Österreich ein Staatszuschuß von 90 K. jährlich jedem Versicherten mit weniger als 2400 K. Jahreseinkommen gewährt werden soll. Aber ungeachtet der geringen Rentenhöhe sind die Anforderungen an das englische Staatsbudget enorme und die kurze zur Verfügung stehende Zeit zeigt, daß das Erfordernis in England weitaus unterschätzt wurde.

Während England von jeder Versicherung völlig absieht und gewissermaßen bloß eine Armenversorgung für Greise, ohne Unterschied ob selbständig oder unselbständig, systemisiert, hat Belgien einen sehr interessanten Versuch auf versicherungstechnischer Basis gemacht. In Belgien besteht seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts unter staatlicher Garantie und Leitung, eine Altersrentenkasse, bei der jedermann sich durch beliebige Einzahlungen eine Altersrente unter Umständen auch eine Invalidenrente sichern kann. Bis zum Jahre 1900 waren die Erfolge wenig günstig. Ein bemerkenswerter Aufschwung datiert erst seit den Gesetzen vom Jahre 1900 und 1903, in welchen der Staat sich verpflichtet, allen Minderbemittelten Zuschüsse zu ihren Einzahlungen zu leisten. Der Staatszuschuß beträgt von einem Franc Einzahlung höchstens 60 Centimes und nicht mehr

als 9 Francs jährlich. Staatszuschüsse werden nur insolange gewährt, bis die Rente höchstens 360 Francs jährlich beträgt. Die Erfolge dieser staatlichen Unterstützung der freiwilligen Versicherung sind nicht unbeträchtliche, denn fast ein Neuntel der Gesamtbevölkerung ist, dank der Werbetätigkeit, welche schon in den Volksschulen und auch beim Militär geübt wird, auf Altersrente versichert. Der Anteil der Kleingewerbetreibenden an der Versicherung ist jedoch gering; unter den Versicherten überwiegt weitaus die Arbeiterschaft.

In Deutschland erstreckt das Gesetz vom 22. Juni 1889, das erste Gesetz, das die obligatorische Alters- und Invalidenversicherung einführt, die Versicherungspflicht bekanntlich lediglich auf die Unselbständigen im Gewerbe und in der Landwirtschaft. Der Bundesrat hat zwar das Recht, die Versicherungspflicht auf Inhaber kleinerer Betriebe mit höchstens einem Lohnarbeiter auszudehnen; dies ist jedoch bisher nicht geschehen. Nach dem deutschen Gesetze sollen ferner Gewerbe- und Handeltreibende, welche nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen, berechtigt sein, sich vor Eintritt des 40. Lebensjahres freiwillig zu versichern. Auch von dieser Gestattung des Gesetzes ist nur in ganz vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht worden. Eine Altersrente wird erst mit dem 70. Lebensjahre — in Österreich mit dem 65. Lebensjahre — gewährt, der Staatszuschuß beträgt 50 M = 60 K., in Österreich soll er 90 K. betragen. Ein Vergleich mit den Gesetzgebungen der ausländischen Staaten, die Österreich an Kapitalkraft und finanzieller Leistungsfähigkeit vielfach überragen, kann somit, was die Leistungen der Versicherung anlangt, gewiß nur zu Gunsten des österreichischen Reformprojektes ausfallen.

Von maßgebender Seite wird in Österreich der Gedanke propagiert, die obligatorische Versicherung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern fallen zu lassen und eine freiwillige Versicherung etwa nach belgischem Muster einzuführen. Hiegegen spricht vor allem der Umstand, daß die Lage des unbemittelten Gewerbetreibenden und Kleinbauern um nichts besser, ja oft wesentlich schlechter ist, als jene des Arbeiters. Es liegt wohl kein Grund vor, diese Kreise, bei welchen überdies oft ein Wechsel zwischen selbständiger und unselbständiger Stellung vorkommt, von der Wohltat der obligatorischen Versicherung mit Staatszuschuß auszuschließen und die vereinigten Handels- und Gewerbekammern Österreichs, Körperschaften, welche gewiß einen klaren Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse besitzen, haben sich seinerzeit entschieden für die Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden in die obligatorische Versicherung ausgesprochen. Hiefür sprechen auch die schlechten Erfahrungen mit der freiwilligen Versicherung des Gewerbestandes. Es ist oben erwähnt worden, daß in Belgien Gewerbetreibende nur zum kleinsten Teile Mitglieder der Altersrentenkasse sind. In Österreich hat das an sich ausgezeichnete Gesetz betreffend die registrierten Hilfskassen fast keine Erfolge gezeitigt. Ungeachtet des Hochdruckes, mit welchem die Genossenschaftsinstruktoren sich für diese Kassenform bei den Gewerbetreibenden einsetzten, ungeachtet namhafter Unterstützungen seitens der verschiedensten Korporationen, sind die erzielten Resultate nur verschwindende. Der Bericht der vereinigten Handelskammern zum Reformprogramm sagt, daß es diesen zwerghaften Ge-

bilden mit ihrer bescheidenen Leistungsfähigkeit angesichts der Indolenz ihrer Mitglieder nur mit Mühe gelingt, die dürftigsten Leistungen einer Krankenfürsorge zu bestreiten und daß sie eine brauchbare Grundlage für die Invaliden- und Altersversicherung des Kleingewerbestandes unmöglich bieten können. Auch die Erfahrungen mit dem Kaiser-Franz-Josef I.-Landesversicherungsfonds in Böhmen sind nicht sehr erfreuliche. Dieser im Jahre 1888 aus Anlaß der Feier des 40jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers gegründete Fonds soll den unbemittelten oder gering bemittelten Klassen eine Rentenversicherung auf das 55. Lebensjahr, bei Frauen auf das 50. Lebensjahr gewähren. Die Versicherung arbeitet unentgeltlich und gewährt namhafte Vorteile. Ungeachtet dessen und trotz der rastlosen Arbeit der Genossenschaftsinstruktoren sind in ganz Böhmen von einer Gesamtzahl von rund 280 000 Kleingewerbetreibenden nur 13 000 versichert. Zieht man in Erwägung, daß diese höchst bescheidenen Resultate einer geradezu ungeheueren aufopfernden Aneiferungstätigkeit bedurft haben, so wird man, wie der Bericht der Kammern sagt, wohl einsehen müssen, daß zumindest in Österreich eine freiwillige Versicherung der Gewerbetreibenden absolut unzureichend ist, um eine auch nur halbwegs befriedigende Lösung dieses Versicherungsproblems herbeizuführen.

Der Grundgedanke der Regierungsvorlage, die Kleingewerbetreibenden in die obligatorische Altersversicherung einzubeziehen, ist zweifellos ein richtiger. Die Verbindung zwischen Zwang zu bestimmten Minimalleistungen und Gestattung freiwilliger Mehrleistungen ist eine überaus glückliche; ebenso muß auch dem Gedanken der gemeinsamen Organisation von Selbständigen- und Unselbständigen-Versicherung beigestimmt werden. Es liegt auf der Hand, daß die Schaffung einer eigenen Institution für Handel- und Gewerbetreibende einen umfangreichen Apparat und große Kosten erfordern würde, und es widerspricht gewiß den Interessen der zu Versichernden, die Verwaltungskosten, die ja leider bei jeder Versicherung einen großen Teil der Beiträge aufzehren, über das allernotwendigste Maß zu vermehren. Die getrennte Verwaltung einer Altersversorgung für den Handels- und Gewerbestand würde auch bei den zahlreichen Wechselbeziehungen zwischen Selbständigen und Unselbständigen, bei den regelmäßigen Fällen des Überganges aus dem Stande der Unselbständigen in den Stand der Selbständigen, insbesondere bei jedem Wechsel zwischen selbständiger und unselbständiger Beschäftigung die größten Schwierigkeiten in verwaltungstechnischer und versicherungstechnischer Hinsicht bereiten. Hingegen kann wohl mit Recht die Forderung erhoben werden, daß die Gewerbetreibenden einerseits, die Kleinbauern, deren Alterszusammensetzung für die Versicherung eine wesentlich ungünstigere ist, andererseits je für ihr versicherungstechnisches Erfordernis voll aufkommen und daß jede Belastung der einen Gruppe durch die andere und insbesondere jede Belastung der Unselbständigen durch die Versicherung der Selbständigen unbedingt vermieden werden muß. Von maßgebender Seite wird daher gefordert, daß die Aufarbeitung des statistischen Materiales für die Selbständigen im Gewerbe und Handel einerseits, der Land-

wirtschaft andererseits gesondert erfolge und schon im Gesetze dafür Bürgschaft geboten werde, daß aus den Ergebnissen dieser Statistik nach Ablauf einer gewissen Beobachtungsperiode auch die vollen Konsequenzen gezogen werden. Die Einhebung der Versicherungsbeiträge bei den Gewerbetreibenden mit der Erwerbssteuer, bei den Kleinbauern mit der Grundsteuer soll überdies den möglichst billigen und verlässlichen Eingang an Versicherungsbeiträgen verbürgen. Die genaueste Durchführung dieser Forderungen dürfte geeignet sein, die wichtigsten gegen die Einbeziehung der Selbständigen vorgebrachten Bedenken zu beseitigen.

Leider stößt die Durchführung des Beckschen Programms auf ernste Hindernisse finanzieller Art. Mit einem Sprunge will Österreich alle übrigen Staaten auf dem Gebiete der Versicherung überholen. Seit nahezu 20 Jahren besitzt Österreich eine Unfall- und Krankenversicherung, welche einen jährlichen Baraufwand von zusammen beiläufig 80 Millionen Kronen erfordern. Jährlich nehmen rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Personen die Krankenversicherung in Anspruch, und die Unfallversicherungsanstalten zahlen heute dauernd etwa 100 000 Renten aus. Wird die Versicherungspflicht, wie der Regierungsentwurf dies vorschlägt, auf alle Unselbständigen in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft und auf die Selbständigen mit einem Mindesteinkommen bis zu 2400 K. ausgedehnt, so werden 10 Millionen Menschen in Österreich, ein Drittel der Gesamtbevölkerung, der Invaliden- und Altersversicherung unterliegen. Die Krankenversicherung wird zirka $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, die Unfallversicherung 2 Millionen umfassen. Von den 10 Millionen, welche der Alters- und Invalidenversicherung unterliegen, entfallen mehr als 5 Millionen auf die Land- und Forstwirtschaft, fast 4 Millionen auf Industrie, Handel und Gewerbe, mehr als $\frac{1}{2}$ Million auf häusliche Dienstboten und freie Berufe. Die Zahl der Selbständigen, welche der Alters- und Invalidenversicherung unterliegen, beläuft sich auf fast 3 Millionen, davon 1 800 000 in der Land- und Forstwirtschaft.

Die Kosten der Krankenversicherung werden mit 111 Millionen Kronen jährlich beziffert, die Kosten der Unfallversicherung mit 48 Millionen Kronen. In der Invaliden- und Altersversicherung berechnet die Regierung die Beiträge der Gewerbetreibenden und Kleinbauern für ihre eigene Versicherung auf 28 Millionen Kronen, die Beiträge der Dienstgeber für die Unselbständigen auf 55, die Beiträge der versicherten Unselbständigen auf 46 Millionen. Die Prämien zur Arbeiterversicherung werden weitaus jene im Deutschen Reiche übersteigen. In allen drei Versicherungszweigen werden Dienstgeber und Versicherte 288 Millionen Kronen aufzubringen haben. Zu diesen Versicherungsbeiträgen kommen noch die staatlichen Leistungen für Alters- und Invalidenrenten, welche sich im Anfang auf einen Zuschuß zu den Verwaltungskosten von 2 Millionen Kronen jährlich beschränken, durch die Rentenzuschüsse von je 90 Kronen zu jeder Invaliden- und Altersrente aber nach 40 Jahren im Beharrungszustand auf fast 100 Millionen Kronen steigen.

Diese enormen Kosten sollen vornehmlich Industrie, Handel und Gewerbe tragen, welchen nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar durch Bevorzugung der Landwirtschaft in zahlreichen Detailbestimmungen der Regierungsvorlage Lasten aufge-

bürdet werden. Es ist mehr als fraglich, ob Österreich diese enormen Belastungen auf sich nehmen kann, ohne die schwersten Schädigungen zu erleiden. Eine unglückselige einseitig agrarische Interessen berücksichtigende Handelspolitik sperrt Österreich seit Jahren von seinen natürlichen Absatzgebieten, den Balkanstaaten ab und lähmt unseren Export nach diesen aufnahmefähigen Ländern. Die militärischen Rüstungen im Vorjahre haben einen Millionenaufwand verursacht, der ebenso der Deckung bedarf, wie die stets steigenden, durch Rücksichtnahme auf die notwendige Schlagfertigkeit von Heer und Marine gerechtfertigten Kredite. Die Finanzwirtschaft der Länder und der Großstädte, die ein stets wachsendes Defizit aus eigenen Mitteln nicht einzudämmen vermögen, macht ein Eingreifen des Staates in allernächster Zeit zur unumgänglichen Notwendigkeit, und Österreich wird daran gehen müssen, einen weitgreifenden Finanzplan zu entwickeln, der ihm neue ertragreiche Einkommensquellen erschließt.

Die österreichischen Versicherungsfachmänner haben in der Regierungsvorlage ein Werk geschaffen, das ungeachtet aller Kritiken im Detail eine legislatorische Arbeit allerersten Ranges darstellt. Theorie und Praxis, eine reiche wissenschaftliche Literatur, alle wirtschaftlichen Körperschaften bemühen sich um die gründlichste Durcharbeitung des Entwurfes. Am österreichischen Parlamente und an der österreichischen Regierung wird es liegen, durch eine vernünftige Handels-, Finanz- und Steuerpolitik Österreich die wirtschaftliche Kraft zu verleihen, um ein Reformwerk von solcher Tragweite nicht nur guten Mutes zu beginnen, sondern auch mit gutem Erfolge zu Ende zu führen.



JULES LEFEBURE, PARIS. DAS NEUE FRANZÖSISCHE GESETZ ZUR ERLEICHTERUNG DES GRUNDERWERBS DURCH STÄDTISCHE UND LÄNDLICHE ARBEITER.



AS Problem des ländlichen Proletariats beschäftigt mehr und mehr auch Frankreichs öffentliche Meinung. Im Lande der großen Revolution mit ihrer Demokratisierung der Grundbesitz-Verteilung ist man weniger, denn irgendwo, geneigt, die Existenz einer weiten, auf dem Lande lebenden und doch jeden Grundbesitzes ermangelnden Klasse als möglich und vernünftig hinzunehmen. Nicht der Großgrundbesitz, mag er noch so viele technisch beispielgebende Züge aufweisen, sondern nur der Kleingrundbesitz oder aber die ländliche Genossenschaft gelten als ökonomisches Ideal. Diese Auffassung hat jüngst zu zwei bedeutenden gesetzgeberischen Reformen geführt: sie schuf das Gesetz vom 10. April 1908 für Landerwerb durch ländliche Arbeiter und das Gesetz vom 12. Juli 1909 für Errichtung von Heimstätten, welche einer Veräußerung und Zerteilung

nicht anheimfallen können. An dieser Stelle soll von ersterem Gesetz die Rede sein.

Die Befürworter des Gesetzes gingen von einer statistischen Tatsache aus, von der Beobachtung, daß der aller kleinste ländliche Grundbesitz auch in Frankreich der Zahl nach zurückgehe. Wohl erhält sich die eigentliche ländliche Demokratie aufrecht, der Kleinbauernstand verteidigt sich mit Erfolg gegen die Konkurrenz des Großgrundbesitzes; aber der eigentliche Landarbeiter verliert immer mehr den Besitz einer jener kleinen Parzellen, über die er noch vor wenigen Jahrzehnten häufig verfügte. Im Jahre 1862 besaßen 1 100 000 von einer Gesamtzahl von 4 000 000 Landarbeitern ein eigenes Stück Grund und Boden, im Jahre 1882 nur 730 000 von einer Gesamtzahl von 3 500 000 und im Jahre 1892 nur 558 000 von einer Gesamtzahl von 3 051 000 Landarbeitern. Dieser Entwicklungstendenz, die nicht als naturnotwendig, die als verderblich betrachtet wird, will man entgegenarbeiten. Vielfache staatliche Begünstigungen sollen dem Landarbeiter wieder zu seinem Stück eigenen Landes verhelfen.

Die Initiative zu dem neuen Gesetz ging keineswegs bloß von radikaler oder sozialpolitischer Seite aus, es waren vielmehr zwei konservative Republikaner, Ribot und Siegfried, die aus dem konservativen Interesse an einer landbesitzenden, zufriedenen, staats erhaltenden ländlichen Bevölkerung heraus die bezüglichen Maßregeln vorschlugen. Vorher schon, am 12. April 1906, war ein Gesetz zustande gekommen, das die Erwerbung billiger Wohnungen durch industrielle Arbeiter begünstigen sollte; hieran reihte man nun neue Bestimmungen, um dem Landarbeiter auch den Besitz von Gartenland bis zur Maximalgröße eines Hektar mit Maximalwert von 1200 Frs. erreichbar zu machen. Schon die vorhergehenden Gesetze hatten den Arbeitern Erleichterungen für den Ankauf von Gärten im Umfange bis zu 5 Ar geboten; aber das hatte naturgemäß bloß für städtische Arbeiter, die allenfalls in ihren Feierstunden einige Rüben pflanzen wollten, Interesse. Ein wirklicher Lebensunterhalt kann durch so kleine Gärten nicht geboten werden; der Landarbeiter braucht weitaus mehr Terrain, wenn er seine Existenz dadurch verbessern soll. Das neue Gesetz begrenzt zunächst sorgfältig den Kreis der Personen, die davon Vorteil ziehen sollen, es bezieht sich nur auf das eigentliche ländliche Proletariat. Ferner muß der Erwerber sich verpflichten, das zu erwerbende Terrain selbst zu bebauen, denn nur dem Landarbeiter will man beistehen, nicht der Spekulation Vorschub leisten. Andererseits beansprucht man doch eine gewisse Garantie, daß der Betrieb des Landstücks tatsächlich mit Erfolg begonnen werden könne; es werden also nur Personen berücksichtigt, die einen Besitz von 240 Frs. aufweisen können.

Betrachten wir nun die Begünstigungen, die solchen Bewerbern zuteil werden. Der Staat gibt gewissen ländlichen Kreditgenossenschaften Darlehen, für die er eine Verzinsung zu bloß 2 % ansetzt, und diese Genossenschaften wieder sind verpflichtet, Hypothekendarlehen an oben genannte Landarbeiter zu geben, wenn diese Grund erwerben und etwa auch Bauten vornehmen wollen. Auch genießen die eigentlichen Baugenossenschaften, welche den Wohnungsbau in genossenschaftlicher Weise durchführen, Kredit auf diese staatlichen Gelder. Die Rückzahlung der Darlehen hat in jährlichen Raten zu erfolgen, und ein eigener Versicherungsvertrag deckt den Kreditverein gegen vorzeitiges Ableben des Schuldners. Letztere Bestimmung ward durch die Erwägung hervorgerufen, daß in solchem Falle Frau und Kinder des Verstorbenen oft nicht in der Lage wären, die jährlichen Raten

fortzuführen und dann erst recht mit der Zwangsversteigerung des Anwesens ins Elend kämen. Durch die Versicherung erlischt die Verpflichtung mit dem Tode des Erwerbers.

Erst 18 Monate sind seit Erlaß des Gesetzes vergangen, und doch können wir seine Ergebnisse bereits in gewissem Grade überblicken. Sie sind nicht sehr bedeutend; nur in wenigen Landstrichen Frankreichs haben sich tatsächlich Kreditvereine gebildet, die vom billigen Kredit des Staates Gebrauch machen und ihrerseits die oben genannten Hypothekendarlehn ausgeben. Auch wo sich solche Vereine fanden, hat die Bestimmung, daß jeder Erwerber einen Besitz von 240 Frs. nachweisen müsse, wohl allzuvielen ausgeschlossen; in der Tat kann ein verheirateter Landarbeiter kaum je daran denken, eine solche Summe von seinen Löhnen zu ersparen, nur einer, der als Lediger keine Familienlasten zu tragen hat, kann das. Da bisher solche junge Leute gewöhnt waren, eine gewisse Summe, meist mehrere Hundert Francs, zwecks Gründung eines Hausstandes zurückzulegen, so kommen sie, indem sie einen Teil dieser Summe nun zum Erwerb eines Feldes benutzen, als mögliche Erwerber in Frage.

Eine sehr wesentliche und, wie ich fürchte, unglückliche Einschränkung ist aber die, welche das Maximum des Bodenwertes, dessen Erwerbung durch den billigen Kredit begünstigt wird, auf Frs. 1200.— festsetzt. Bei halbwegs gutem Land trifft dieser Wert auf höchstens $\frac{1}{2}$ ha zu und von einem solchen Landstück kann eine Familie nicht leben. Das Gesetz kann also nur den Wert haben, daß Landarbeiter, die weiter für einen Großgrundbesitzer arbeiten wollen, gleichzeitig ein gewisses Landstückchen zur Ergänzung ihres Lebensunterhalts erwerben, daß sie somit einen erneuten Anreiz erhalten, an der Scholle haften zu bleiben. Das Gesetz kann derart die Landflucht eindämmen, aber die wirkliche Verteilung des Grundes und Bodens an selbst arbeitende Besitzer, die Demokratisierung des Landbesitzes, kann es nicht zuwege bringen.

Immerhin mag eingeräumt werden, daß das Gesetz einen Schritt vorwärts darstellt; daß die öffentliche Meinung durch die so gemachten Erfahrungen mehr und mehr für weitergehende Maßregeln vorbereitet und sie selbst einst wirklich die Zerteilung der Großgrundbesitzungen unter die bisherigen Arbeiter, die Schaffung intensiver Kleinbetriebe und einer selbst arbeitenden Kleinbauernklasse herbeiführen werde. Damit würde dann das Werk der französischen Revolution: die Schaffung eines französischen Bauerntums, wahrhaft ergänzt und vollendet werden; die ländliche Demokratie würde sich zum festen Bollwerk staatlicher und sozialer Stabilität erheben. Schon heute kann gesagt werden, daß Frankreich dank dem Überwiegen seines Kleingrundbesitzes, dank seiner zufriedenen, gebildeten und wohlhabenden Bauernklasse sozial weit besser gestellt ist als die übrigen Staaten, in denen Großgrundbesitz vorherrscht. Wollte die neue Gesetzgebung durchführen, was sie sich vornahm, und die völlige Aufsaugung der Großgrundbesitzungen veranlassen, dann wäre ein weiterer Schritt auf dem Wege getan, ein weiteres Beispiel zur Lösung der Landfrage gegeben.



JEAN SIGG, LANDTAGSABGEORDNETER, GENÈVE: DIE ERFOLGE DES SCHWEIZER MILIZSYSTEMS.



DEMOKRATISCHE Politiker aller europäischen Staaten blicken seit langem auf die Schweiz und ihre Versuche, das Problem der Landesverteidigung durch die „Nation in Waffen“ zu lösen. Viele sind der Ansicht, daß auch die großen Militärstaaten: Deutschland, Frankreich, Österreich, eine gleiche Wandlung ihres Systems allgemeiner Dienstpflicht durchführen könnten, ohne die Verteidigungsfähigkeit ihres Landes dadurch herabzusetzen. Die sozialistischen Parteien all der genannten Staaten, die deutsche Sozialdemokratie voran, haben sich bekanntlich mit großer Entschiedenheit für eine solche Nachfolge der Schweiz ausgesprochen; sie hoffen von der Einführung ihres Milizsystems eine Erleichterung der schweren finanziellen Lasten, welche mit der bisherigen Wehrpflicht verbunden waren, eine Beseitigung des politischen Einflusses, der bisher von der Armee ausging, eine Verminderung der Möglichkeit, die Wehrmacht zur Unterdrückung von Streiks wie überhaupt zur Bekämpfung des inneren Feindes, d. i. des Volkes selbst, zu verwenden. Bebel veröffentlichte vor einigen Jahren eine eingehende Studie dieser Gesichtspunkte in der „Neuen Zeit“; Jaurès hat vor kurzem von der Tribüne der französischen Deputiertenkammer aus die Nachahmung des Schweizer Vorbildes empfohlen. Von ganz anderen Standpunkten ausgehend, beginnt man auch in England der Möglichkeit näher zu treten, das bisherige System der Freiwilligen, d. h., des Söldnerwerbens, durch ein solches der allgemeinen Volksbewaffnung zu ersetzen. Das noch vor kurzem in Australien herrschende Ministerium der Arbeiterpartei hatte sich die Einführung eines der Schweizer Miliz nachgebildeten Wehrsystems zum Ziele gesetzt (militärische Sachverständige waren nach der Schweiz entsendet worden, um das Milizsystem der Schweiz an Ort und Stelle zu studieren).

Dieses allgemeine Interesse legt es nahe, die tatsächlichen Ergebnisse des Schweizer Wehrsystems in unparteiischer, nüchterner Weise zu untersuchen, zu prüfen, inwiefern dasselbe tatsächlich nachahmenswert ist, inwiefern Irrtümer zu vermeiden wären: Besser als irgendwelche theoretische Erörterung der Möglichkeiten des Milizsystems wird ein Blick auf das seit längerem bestehende System der Schweiz aufzeigen, ob eine Demokratisierung des Systems der europäischen Staaten in der von den sozialistischen Führern befürworteten Weise, eine sukzessive Verminderung der Wehrpflichtdauer und schließliche Ersetzung des stehenden Heeres durch die Volksbewaffnung, tatsächlich statthaben könnte.

Die heutige Organisation der Schweizer Wehrmacht datiert erst seit relativ kurzer Zeit. Durch alle Jahrhunderte der Schweizer Geschichte hatten die Kantone ihre eigenen Truppen besessen und ausgerüstet; erst um die Mitte dieses Jahrhunderts ward das Heerwesen dem Bund übertragen und so die Existenzmöglichkeit einer modernen Wehrorganisation in größerem Rahmen geschaffen. Der letzte Schritt ward am 3. November 1907 getan, und erst seit diesem Jahre gibt es eine wahrhaft einheitliche Schweizer Volksarmee. Betrachten wir die Bestimmungen des am 3. November 1907 angenommenen Gesetzes:

Jeder Schweizer Bürger ist von seinem zwanzigsten bis zu seinem acht- und vierzigsten Lebensjahre zu Militärdienst verpflichtet. Ist er dienstuntauglich, so hat er in Ersatz der persönlichen Dienstleistung eine jährliche

Steuer zu zahlen, die erst mit seinem vierzigsten Lebensjahre erlischt. Die Dienstpflicht selbst umfaßt mehrere Verpflichtungen, zunächst die, sich der Rekrutenausbildung zu unterziehen, anschließend daran die Pflicht, im Kriegsfall an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen sowie im Fall von Unruhen an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung mitzuwirken; ferner sich zu gewissen Kontrollversammlungen, die besonders zur Prüfung der Uniformen und der Bewaffnung dienen, zu stellen sowie endlich an den obligatorischen Schießübungen teilzunehmen.

Während der Zeit der Rekrutenausbildung sowie sonstiger aktiver Dienstleistung erhält der Soldat den unentgeltlichen Unterhalt, freie Fahrt vom und zum Orte der Dienstübung sowie seinen Sold. Seit dem Jahre 1901 existiert ferner ein Gesetz, welches die obligatorische Kranken- und Unfall-Versicherung der Soldaten vorsieht. Alle Soldaten, die innerhalb drei Wochen nach Beendigung ihrer Dienstübung von einer Krankheit befallen werden, die nach Ansicht des Arztes gewiß oder auch nur vermutlich vom Dienst herrührt, haben die gleichen Rechte. In der Regel tritt Spitalsbehandlung ein, in gewissen Fällen aber auch Krankenbehandlung zu Hause und beziehen die Offiziere während solcher Zeit eine tägliche Entschädigung von 3 Frs., die Unteroffiziere und Soldaten beziehen 2,50 Frs.

Wird ein Soldat während der Dienstübung krank oder von einem Unfall betroffen, so gebührt ihm noch über die Dauer des Dienstes hinaus eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst und zwar den Offizieren 5 Frs. pro Tag, den Unteroffizieren und Soldaten 3 Frs. Tritt dauernde Arbeitsunfähigkeit ein, so werden lebenslängliche Pensionen gezahlt.

Ebenso erhalten auch die Familien der zum Dienst berufenen Wehrmänner gewisse Unterstützungen. Gerade diese Bestimmung des neuen Wehrgesetzes vom Jahre 1907 hat überaus viel zur Popularität desselben beigetragen. Eine Summe von 400 000 Frs. pro Jahr, bedeutend für ein so kleines Land, ward für diese Zwecke bereitgestellt.

Die militärische Volkserziehung beginnt schon in der Knabenzeit. In den Schulen werden Turnkurse abgehalten und die Grundregeln des Waffengebrauchs gelehrt; Knabenvereine, welche sich der körperlichen Ausbildung widmen, werden in jeder Weise unterstützt. Jede Gemeinde soll ein Lokal für Turn- und Waffenübungszwecke unterhalten. Anschließend daran wird den jungen Leuten zwischen 16 und 20 Jahren in mehreren Kantonen ein militärischer Vorunterricht erteilt; die zu diesem Zweck eingerichteten Kurse wurden im Jahre 1908 freiwillig von 10 950 jungen Leuten besucht.

Mit dem zwanzigsten Jahre setzt die eigentliche Rekrutenausbildung ein. Sie ist verschieden lang für die verschiedenen Waffengattungen: 67 Tage für die Infanterie; 92 für die Kavallerie; 75 für die Artillerie und die Genietruppen; der Rekrutenausbildung folgen 11 Jahre der Reserve mit sieben Waffenübungen zu 11 Tagen; die Leute von 33 bis 40 Jahren gehören der Landwehr an, sie leisten nur mehr eine Waffenübung von gleichfalls 11 Tagen; daran schließt sich der Landsturm von 41 bis 48 Jahren. Für die Offiziere sind die einzelnen Zeitmaße noch höher, sie treten erst mit 52 Jahren aus dem Heeresverbände aus.

Die Rekrutierung der Kavalleristen mit ihrer längeren Dienstzeit wird durch gewisse Bestimmungen erleichtert. So sind alle Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten dieser Truppe gehalten, ständig ein Reitpferd zu haben; dasselbe wird nach Wahl des Mannes von ihm oder dem Staate gekauft und im ersteren Falle die Hälfte des Preises ihm vergütet; im letzteren

Falle ist er verpflichtet, die Hälfte des Preises selbst zu zahlen. Außerhalb der Dienstübungszeiten steht das Tier zur privaten Verfügung seines Herrn, nur muß er es in gutem, dienstfähigem Zustande erhalten, widrigenfalls es ihm entzogen wird. Nach 10 Jahren wird das Pferd Eigentum des Mannes.

In ähnlicher Weise ist vorgesehen, daß jeder Soldat Eigentümer seiner Ausrüstung und Uniform wird, wenn er den Dienst verläßt, sofern er allen seinen Militärpflichten genügt und sein Benehmen ein gutes gewesen.

Die Offiziere besorgen selbst ihre Uniformen; die Kosten werden ihnen vom Staate vergütet; eine Bestimmung, die ständiger Opposition seitens der vorgeschrittenen politischen Parteien begegnet. Diese fordern, daß auch die Uniformierung der Offiziere durch den Staat geschehe, und zwar in schlichter Weise unter Ausschluß all des heutigen Aufwandes und seiner Geschmacksverirrungen.

Ein wesentliches Augenmerk wird darauf gelegt, die Schießfertigkeit der Soldaten durch die Jahre der Reserve hindurch aufrechtzuhalten. Es wird den Wehrhaften zur Pflicht gemacht, sich alljährlich in einem Schützenverbände eine gewisse Zeitlang zu üben. Diese Verbände erhalten Subsidien des Staates, die sich im Jahre 1908 auf über 500 000 Frs. belaufen haben. Von Verbänden bestanden damals 3856 mit 227 741 Mitgliedern. Gerade der weite Spielraum, welcher der privaten Initiative in diesen Schießübungen gelassen wird, die jeder eigentlichen Militärdisziplin entrückte Freiheit und Selbstverwaltung der Verbände, machen diese den Soldaten teuer und wert und erhalten das Interesse an den Waffenübungen.

Augenblicklich gehören von den 3 300 000 Einwohnern der Schweiz 138 000 der Reserve, 68 000 der Landwehr und 54 000 dem Landsturm an; somit stehen im ganzen 260 000 Mann für den Ernstfall zur Verfügung. Die Leitung der Armee liegt in Händen der Bundesverwaltung; alle Mobilisierungs- und Feldzugspläne sind bereits in Friedenszeiten sorgfältig ausgearbeitet; nach dieser Richtung unterscheidet sich die Schweizer Heeresorganisation nicht von der der anderen Staaten.

Seit die moderne Einrichtung der Schweizer Volksarmee besteht, hat sich noch keine Gelegenheit geboten, sich mit einem äußeren Feinde zu messen, und so bedeutend auch die Kriegseleistungen der alten Schweizer Milizen durch die Jahrhunderte hindurch im Licht der Geschichte dastehen, läßt sich hieraus wohl kein zuverlässiger Schluß auf den relativen Gefechtswert der heutigen Schweizer Miliz im Vergleich zu den modernen Armeen der modernen Militärmächte ziehen. Der modernen Schweizer Armee fehlte bis jetzt das Schlachtfeld, um zu beweisen, daß sie in der Initiative, dem Patriotismus, der Schußgeübtheit und dem Intellekt der Soldaten derart wichtige Vorzüge vor anderen Armeen besitze, daß die notwendig geringe Einübung militärischen Drills, wie sie der geringen Dauer der Rekrutenausbildung entspricht, demgegenüber in den Hintergrund tritt. Die Manöver, die jährlich veranstaltet werden, und das Urteil aller mit dem Land vertrauten Sachverständigen scheinen solche Hypothese allerdings zu rechtfertigen.

Was ferner die sozialen Seiten des Problems anlangt, so sind fast alle Kreise der Bevölkerung mit dem bestehenden Militärsystem zufrieden; nur ganz kleine anarchistische und antimilitaristische Gruppen halten mit ihrer Zustimmung zurück — jedenfalls ist die Stimmung ganz anders als in den heutigen Militärstaaten mit ihrer stets mehr und mehr anschwellenden anti-

militaristischen Bewegung der gesamten Arbeiterschaft. Der Schweizer lernte einsehen, daß die Armee zur Hütung seiner eigenen Freiheit und Unabhängigkeit da ist, und daß ihr keine zwecklose Erniedrigung noch Mühewaltung des einzelnen Mannes entspreche, sondern bloß eine Anstrengung gefordert werde, die nötig ist, um den Beschützten zugleich zu seinem Beschützer zu machen, vor allem zu einem Manne, der die ihm anvertraute Waffe zu handhaben versteht.

Trotzdem mag angemerkt werden, daß die fortschrittlichen demokratischen und sozialistischen Schichten eine gewisse Reform verlangen: Die sozialistische Partei der Schweiz faßte auf dem Oltener Kongreß im Jahre 1908 ihren Standpunkt dahin zusammen, daß der demokratische Geist in der Armee noch mehr als bisher zur Geltung kommen müsse; daß der Abstand, der heute noch den Offizier von dem Soldaten trennt, verringert und die Entlohnung der einen wie der anderen, die ja in gleicher Weise Schweizer Bürger sind, ausgeglichen werden möge, ferner daß Offizier und Unteroffizier von den Soldaten zu erwählen seien: Ebenso fordert die Partei eine Einschränkung des Militärbudgets, das das kleine Land allzu sehr belaste.

Wir sehen, daß auch das Schweizer System noch nicht einen Entwicklungsendpunkt, sondern eine Entwicklungsstufe darstellt; nehmen wir aber auch bloß seinen derzeitigen Stand, so können wir uns nicht verhehlen, daß es überaus große nationale und demokratische Vorzüge gegenüber den Armeen der Nachbarstaaten in sich schließt. Die Wehrpflicht des Schweizer Bürgers ist keine mürrisch ertragene Last, sie leitet nicht zu erheuchelter Demut, erzwungenem Gehorsam, sie stärkt den Mann körperlich und geistig, gibt ihm das freudige Gefühl, seinem Vaterlande zu dienen und seiner Bürgerpflicht zu genügen; die Freiheit des Landes und die Integrität seiner konstitutionellen Einrichtungen sind in keiner Weise durch diese Armee bedroht; stehendes Heer und Söldnertruppen mögen als Stützen eines Staatsstreiches in Frage kommen; die Schweizer Miliz würde sich nicht dazu hergeben: Sie ist vielmehr höchste Schirmwehr der Volksfreiheit und der demokratischen Institutionen des Landes. Sie ist eine gute Schule des wahren Patriotismus, nicht der Selbstüberhebung vor anderen Völkern; sie ist eine Schule demokratischen Bürgersinns.

Das Schweizer Beispiel muß jedem, der es in all seinen Zügen erfaßt, nachahmenswert erscheinen.



CHRONIK

EINE neue Schwesterzeitschrift der Dokumente des Fortschritts. Unter dem Namen „Saprossi Schisny“ erscheint jetzt in Petersburg eine neue Wochenschrift, die in engster Verbindung

mit unserem Unternehmen steht und die gleichen Ziele verfolgt wie unsere drei Monatsschriften, die „Dokumente des Fortschritts“, „Les Documents du Progrès“ und „The International“. In ähnlicher Weise wie bisher unsere

deutschen Leser die wesentlichsten Aufsätze der französischen und englischen Ausgabe in den Dokumenten des Fortschritts fanden, werden in Zukunft auch die bedeutendsten Aufsätze der „Saprossi Schisny“ in der deutschen Ausgabe erscheinen.

Es findet also ein ständiger Austausch fortschrittlicher Erfahrungen in den vier Weltsprachen statt, so daß ein Leser der Dokumente des Fortschritts im Grunde genommen die Essenz von vier Zeitschriften, die in vier Zentren der Kultur erscheinen, in seiner deutschen Zeitschrift vorfindet.

Auch um die russische Ausgabe hat sich ein Stab hervorragender Schriftsteller gesammelt, der über alle wichtigen sozialen Probleme in dem weiten russischen Reiche berichten soll. Wir hoffen, schon einer unserer allernächsten Nummern Aufsätze der russischen Autoren einverleiben zu können, durch die wir besser als durch jede Beschreibung ein Bild von der Tätigkeit der „Saprossi Schisny“ zu geben imstande sind.

Als Herausgeber der russischen Revue zeichnen Prof. Kowalewsky, früheres Mitglied der Duma, jetzt Mitglied des Reichsrates, und Dr. Rubin Blank.



Natürliche Moral. Alle Welt ist mit der Moral von heute unzufrieden und die Versuche zur Herbeiführung der Moral von morgen mehren sich. Der Wunsch zum Zusammenschluß der Gleichgesinnten, derer, die um die gleiche Zukunft kämpfen, wird immer sicherer ausgesprochen, und bei den Kulturvölkern organisieren sich immer neue stärkere Verbände mit rein ethischen Zielen.

Als erster sei hier die „**Gesellschaft für moralische Kultur**“ genannt, die jetzt in Paris begründet wurde.

Man ging von dem Gedanken aus, daß die Natur selbst allen Lebewesen, den Menschen inbegriffen, gewisse Notwendigkeiten gesetzt, eine gewisse Rolle im All angewiesen habe; jedes Naturwesen, jeder Mensch, müsse diese Rolle erfüllen, tue er dies, so handle er moralisch.

Der Begründer der Gesellschaft, Mr. M. Deshumbert, London, der in England bereits vor einigen Jahren eine gleichgerichtete *Ethics of Nature society* ins Leben gerufen, hat seinen Gedanken in einem Buch: „*La morale de la nature*“, niedergelegt, das, von dem Grundprinzip ausgehend, moralische Regeln für alle Zweige des Lebens skizziert.

Eine große Zahl von Mitgliedern hat sich bereits von den ersten Versammlungen an um die Gesellschaft geschart, und eine rege Propaganda ist in Aussicht genommen. Während dieses Jahres sollen eine Reihe von Vorträgen über die Anwendung der Moralprinzipien auf die Erziehung gehalten werden. Anmeldungen nimmt der Präsident der Gesellschaft, Mr. Polako, Paris, 40, Avenue du Trocadéro, und der Vizepräsident, Prof. R. Broda, 59 rue Claude Bernard, Paris, entgegen. —

Gleichfalls eine große und bereits viele bedeutende Menschen als Mitglieder zählende Organisation ist der **Internationale Orden für Ethik und Kultur**, der von Professor Dr. August Forel geleitet wird und eine Art Freimaurerorden ohne religiöse Grundlagen sein will. Er will den Mitgliedern in seinen Heimen die „Gemütswärme“ bieten, die ihnen durch den Zerfall der Religionen entgeht, und er will den Mitgliedern für die Höhepunkte des Lebens, von denen bisher nur die Kirche Notiz zu nehmen verpflichtet war, an Stelle des Priesters geeignete Persönlichkeiten von hoher ethischer Bildung stellen, die eine Feier auch ohne kirchliche Mitwirkung würdig zu gestalten verstünden.

Nachfolgend ein Auszug aus dem Aufruf des Herrn Professor Forel*).

Während die Religionen (neben ihren unhaltbaren, den Geist des Menschen verödenden und den Fortschritt des Wissens, ja oft eine höhere Ethik hemmenden Glaubensdogmen) dem Gemüt, besonders in schweren Stunden, Trost und Erbauung spenden, haben bisher die reine ethische Kultur und das Freidenkertum zwar dem Geiste freie Bahn geschaffen, aber dem Gemüt keine Nahrung gegeben. Und diese Nahrung braucht der Mensch in hohem Grade.

In dieser Erkenntnis haben Ende 1908 einige Personen den Internationalen Orden für Ethik und Kultur gegründet. Er bezweckt möglichst viel ethisch sozial denkende ernste Menschen zu vereinen, die soziales Verantwortungsgefühl besitzen und den intensiven Willen haben, nicht nur in der Theorie stecken zu bleiben, sondern praktisch und tatkräftig vorzugehen. Da aber diese Arbeit hart und aufreibend ist, muß etwas geschaffen werden, woraus wir stets neue Kraft schöpfen. Dazu soll unsere Organisation helfen, die auf diesbezügliche Erfahrungen gegründet ist.

Wir gedenken deshalb auch, bei Beerdigungen, Hochzeiten und dergleichen solchen, die es wünschen, oder wo der Geistliche das Geleit verweigert, auszuhelfen und hoffen, mit der Zeit ein brennendes Bedürfnis durch Schaffung geeigneter Ansprachen und Anstellung passender Personen so zu stillen.

Ebenso wollen wir Einfluß auf die Jugenderziehung dadurch gewinnen, daß wir Lehrer und Mütter in unseren Orden hereinziehen. Daß wir im letztern den Frauen die gleichen Rechte wie den Männern gewähren, versteht sich von selbst.

* Anmeldungen für den Orden sind zu richten an Herrn Alfred Knapp, Bern, Marktgasse N. 4.

Die Zentrale der Organisation befindet sich in Bern und ist zu jeder Auskunft gern bereit.

Wir haben bereits eine größere Anzahl Männer und Frauen der Wissenschaft und der Sozialreform als Mitarbeiter gewonnen und dürfen unseres Werkes Freunde in den meisten Kulturländern grüßen. Wir wenden uns in erster Linie an jene geistig Gebildeten, die den Trieb zur sozialen Arbeit besitzen. Erst dann, wenn wir über ein ausreichendes Interessentenmaterial verfügen, können wir daran gehen, auch unter den Massen zu arbeiten.



Christlicher Sozialismus in Frankreich. Gegenüber den verschiedenen christlich-sozialen Gruppen, die die Politik der Kirche in der Richtung sozialer Reform zu beeinflussen suchen, ist in Frankreich eine neue Parteigruppe entstanden, welche das volle sozialdemokratische Programm mit Aufrechterhaltung christlicher Gesinnung verbinden will. Sie veranstaltete kürzlich ihren ersten Kongreß zu Paris und ihre Statuten besagten: Daß die sozialistischen Prinzipien die beste Verwirklichung der Lehre des Evangeliums seien und daß die Kirche, die sich nur allzusehr in den Dienst des Kapitalismus gestellt, wieder auf den Weg ihres Gründers zurückgeführt werden müsse.

Alle Mitglieder der neuen Union erhalten volle Freiheit, sich dieser oder jener sozialistischen Partei anzuschließen; die überwiegende Mehrzahl derselben steht jedoch mit der offiziellen sozialistischen Partei des Landes in Fühlung und die Kongreß-Versammlung entsandte denn auch an den sozialistischen Parteikongreß zu Toulouse eine Begrüßungs-Depesche.

Die Union hat ein Partei-Organ, die „Welthoffnung“ begründet und

predigt in ihr die Organisierung des Proletariats zwecks Eroberung der politischen Macht und Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Produktionsweise. Bei alledem bleibt sie aber streng christlichen Grundsätzen treu und hat somit die anderwärts nur so selten erreichte Versöhnung beider Weltanschauungen verwirklicht.

Jean Ouvret.



Chinesisches Familienrecht. Die Einheit staatlichen und privaten Lebens in China ist nicht die Einzelpersönlichkeit, sondern die Familie. Nicht der einzelne ist dem Staatsgesetz gegenüber verantwortlich, sondern die Familiengesamtheit. Der einzelne Chinese genießt nur wenige jener Freiheiten, wie sie in westlichen Ländern gegeben sind, in allem und jedem ist er dem Familienoberhaupt untertan und muß seinen Anordnungen gehorchen.

Andererseits ist seine Gebundenheit an staatliche Gesetze geringer, weil eben viele Funktionen des Staates auf die Familie übertragen sind.

So sehr dies den Ausländer verwundern mag, so hat es bis in die jüngste Zeit in China, weder in seinen Städten, noch in seinen Dörfern, noch in seinen offenen Landschaften, eine Polizei gegeben. Die Familien selbst sorgten für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung, und unterließ eine Störung, so wurden sie selbst kollektiv vor das Gericht des Staates geladen; konnten sie den Täter nicht selbst stellen, so mußten sie an seiner statt büßen. Das geschilderte System war dem Geist und den Sitten des Landes durchaus angepaßt, es hatte sich in Jahrtausenden entwickelt und eben infolge dieser Anpassung an die natürlichen Bedingungen rein und intakt bewahrt,

ohne daß es einer schriftlichen Fixierung bedurft hätte. Nur einige wenige geschriebene Gesetze regeln Detailfragen.

In gewissen Gegenden hat sich die Familienorganisation derart erweitert, daß ganze Dörfer von einer großen Familie bewohnt, resp. den Gesetzen des Gemeineigentums, den Gebräuchen des Kommunismus unterworfen sind. Derselbe ist in China nicht die Regel, aber eine häufige Ausnahme, die sich gerne in das Gefüge der Gesellschaft einschleibt.

Auch die Zentralregierung, auch die Dynastie wird nach Grundsätzen des Familienrechts betrachtet. Der Kaiser ist Vater seines Volkes, er hat ihm gegenüber dieselben Obliegenheiten, wie der Dorfälteste gegenüber den Dorfgemeinden, der Familienvater gegenüber den Kindern. Wie sehr die ganze Organisation sich mit dem Leben und den Sitten des Volkes verknüpfte, wie gern und willig, mit welcher freudiger Disziplin sie hingenommen wird, läßt am besten der Umstand erkennen, daß es in ganz China nur 30 000 Beamte gibt, die über die Geschicke von 400 Mill. Menschen entscheiden, ohne daß sich irgend wie häufig Unordnung ergäbe.

In den letzten Jahren beginnt ja vieles anders zu werden. Der individualistische Gedanke hat sich der chinesischen Jugend bemächtigt, die Familieneinheit wird zerbrochen, der alte Gehorsam schwindet, Freiheitsrechte werden gefordert. Schon hat die Bewegung einen Erfolg errungen: Die Neuorganisation der Schule. Die der Verwaltung ist unmittelbar bevorstehend; die Begründung eines Parlamentes versprochen.

Ebenso soll das Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit in das Strafrecht eingeführt werden, nur mehr der Schuldige selbst und nicht seine Familie soll vor dem Richter erscheinen.

Eine Jahrtausende alte Organisation tritt damit vom Boden der Erde ab, die Zukunft wird lehren; ob die modernen Einrichtungen sich ebenso lange und ebenso gut behaupten können*).

Dr. Scie-ton-Fa (Nanking).



Carnegies Bibliothek-Stiftungen.

Andrew Carnegie hat bisher 1800 öffentliche Bibliotheken gegründet und für Bibliothekszwecke Schenkungen im Gesamtbetrage von 51 596 903 Dollars gemacht. Carnegie führte diese Ziffern selbst in einem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „Colliers Weekly“ an. Die Stiftungen verteilen sich auf alle englisch sprechenden Weltteile, wie aus der Tabelle, die Carnegie seinem Artikel beifügt, erhellt. Diese Tabelle gibt über die Zahl der von Carnegie geschenkten Bibliotheksgebäude, Zweig-Bibliotheken und ihren finanziellen Wert genaue Auskunft:

	Ge- bäude	Zweig- biblio- theken	Kapital Doll.
Ver. Staaten..	959	208	34 870 745
Kanada	86	5	2 059 415
England und Wales	329	59	7 859 550
Irland	42	21	724 610
Schottland...	105	18	2 075 080
Neuseeland...	14	—	146 250
Britisch West- Indien	5	—	119 000
Australien, Tasmanien .	2	—	47 500
Südafrika ...	3	—	23 500
Seychellen- Inseln	1	—	10 000
Fidschi-Inseln	1	—	7 500
Universitäts- Bibliotheken	—	—	3 653 753
			<hr/> 51 596 903

(Dtsch. Tg.-Ztg.)



Die deutschen Krematorien. Die „Flamme“ gibt die folgende Zusammenstellung der Betriebsergebnisse der deutschen Krematorien.

Im Juni dieses Jahres fanden in den deutschen Krematorien 383 Einäscherungen gegen 318 im gleichen Monat des Vorjahres statt. Die Zahl verteilt sich auf die einzelnen Krematorien wie folgt:

	1909	1908
1. Bremen	42	21
2. Chemnitz	52	43
3. Coburg	20	10
4. Eisenach	9	6
5. Gotha	45	47
6. Hamburg	55	34
7. Heidelberg	6	11
8. Heilbronn	7	4
9. Jena	15	19
10. Karlsruhe i. B.	18	14
11. Mainz	29	26
12. Mannheim	18	18
13. Offenbach a. M.	19	12
Transport	335	265

*) In dieser Verbindung mag eines neuen Gesetzes Erwähnung getan werden, erlassen am 5. April 1909, das Erwerb und Verlust der chinesischen Nationalität regelt. Die Einzelheiten sind für den westlichen Leser wenig interessant, weil sie fast durchaus den Bestimmungen des französischen Gesetzes nachgebildet sind, aber gerade diese Nachbildung selbst ist überaus charakteristisch, zeigt sie doch, wie sehr sich in diesen letzten Jahren die juristischen Verhältnisse Chinas denen Europas angeglichen haben. Wäre dem nicht so, könnte kein identisches Gesetz auftauchen. Es sieht Erwerbung der chinesischen Staatsbürgerschaft nach zehnjährigem Wohnsitz vor, sofern der Bewerber sich über gute Sitten und ausreichende Erwerbsmittel auszuweisen in der Lage ist; weiterer 20 Jahre (10 Jahre im Falle besonderer Verdienste um das Reich) bedarf es jedoch, bis der betreffende naturalisierte Ausländer ein höheres Staatsamt bekleiden oder ins Parlament gewählt werden darf. Die letztere Bestimmung fällt auf, weil sie mit der Errichtung des Parlaments als offenbar unmittelbar bevorstehend rechnet.

	1909	1908
Transport	335	265
14. PöBneck	5	—
15. Stuttgart	19	30
16. Ulm	16	24
17. Zittau	8	—
	<hr/> 383	<hr/> 319

im Juni also ein Mehr von 64 = 20%. Im ersten Halbjahr 1909 fanden insgesamt 2451 Einäscherungen statt gegen 2089 im gleichen Zeitraum 1908, also ein Mehr von 17,3 %.



Die Zahl der öffentlichen Bibliotheken in Japan betrug im Jahre 1904 erst etwa 100, zu Beginn des Jahres 1909 bereits 213. Allerdings besteht die Verfügung, die die Kreise, Gemeinden usw. zur Anlage von Bibliotheken aus öffentlichen Mitteln ermächtigt, schon seit 1899, doch ist erst in neuerer Zeit die Möglichkeit geboten worden, modern eingerichtete Bibliotheken dieser Art im ganzen Lande einzurichten, seitdem nämlich im Jahre 1900 das Unterrichtsministerium ein Handbuch der Bibliotheksverwaltung, das der Bibliothekar an der Kaiserlichen Bibliothek in Tokio L. Tanaka verfaßt hatte, verteilen und gleichzeitig die Lehrer zur Anlage von Bibliotheken nach den darin gegebenen Anweisungen auffordern ließ. Im Sommer 1908 ließ das Unterrichtsministerium außerdem in Tokio Unterrichtskurse über Bibliotheksverwaltung und Bibliotheksbau lesen, die sehr gut besucht waren, und ließ 43 Bibliothekaren, Lehrern und Schulvorständen Kredite zu diesem Zweck bewilligen. Die Frucht dieser Bemühungen ist die Entwicklung der Zahl der japanischen öffentlichen Bibliotheken auf nun über 213, wozu natürlich auch noch eine erhebliche Anzahl nicht-öffentlicher Bibliotheken an Universitäten, Mittelschulen, Behörden usw. zu rechnen sind.

Als typisch darf die Bibliothek in Yamaguchi betrachtet werden, deren Vorstand, T. Sana, in „Public Libraries“ soeben über diesen Gegenstand berichtet hat. Sie besteht aus einem einstöckigen Holzgebäude und einem neuerdings daran angebauten zweistöckigen Büchermagazin. Der allgemeine Lesesaal enthält offene Fächer mit ungefähr 5000 Bänden. Es war der erste Versuch, der mit den offenen Fächern („open shelves“) in Japan gemacht worden ist, und er zeigte sich so erfolgreich, daß auch das neu erbaute Magazin zum Teil den Lesern zur eigenen Benutzung freigegeben werden soll. Über Neuerwerbungen wird die Öffentlichkeit durch von Zeit zu Zeit herausgegebene Mitteilungen verständigt. Während des Jahres 1908 wurde die Bibliothek in 141 543 Fällen benutzt, wovon 104 353 auf Benutzung an Ort und Stelle und 37 190 auf Entleihung nach Hause entfielen. Die Sitte des Entleihens ist also, wie man sieht, noch schwach entwickelt; doch sind die Bedingungen nicht ungünstig, indem jede im Gebiet des betreffenden Verwaltungsbezirks lebende und als vertrauenswürdig bekannte Person nach Bezahlung einer geringen Gebühr zur Entleihung von Büchern, und zwar höchstens zwei auf einmal, für einen Zeitraum von zwei Wochen bis zwei Monaten berechtigt ist. Auch andere Personen können in der gleichen Weise die Bibliotheken benutzen, wenn sie eine entsprechende Bürgschaft stellen.

Von besonderem Wert für die Ausdehnung dieses Bibliothekwesens war die Einführung von Wanderbibliotheken nach amerikanischem System; es zeigte sich auch da wieder, daß gerade diese Wanderbibliotheken die Errichtung von Bibliotheken an Ort und Stelle außerordentlich begünstigen. So waren z. B. in dem Bezirk von Yamaguchi vor der Einführung dieser Wanderbibliotheken

nur zwei feste Bibliotheken vorhanden, während ihre Zahl jetzt 29 beträgt. Auch aus anderen Gebieten des Landes wird die gleiche Erscheinung berichtet, daß diese Wanderbibliotheken die Bewohner kleinerer Städte und Gemeinden zur Errichtung fester Bibliotheken anregen; dazu mag ins-

besondere auch der Umstand beitragen, daß die Wanderbibliotheken vor allem anspruchsloseren Lesedürfnissen zu genügen suchen, während die ständigen Bibliotheken sich in weiterem Maße an ein schon vorgeschrittenes Lesepublikum wenden können.



Die privaten Stiftungen Englands. Nach dem jüngst erschienenen Bericht der Charity Commissioners wurden in England in den Jahren 1903—1907 im ganzen 1582 private

Stiftungen in der Höhe von 94 Millionen mit einem Einkommen von über 3 Millionen Mark gemacht, die sich auf folgende Zwecke verteilen:

Art der Stiftung	Anzahl	Stiftungs- vermögen	Einkommen
		„	„
Medizinische Stiftungen.....	356	18 942 280	595 900
Pensionen	39	4 388 620	152 060
Armenhäuser	79	22 689 700	738 040
Geld- oder Naturalunterstützung	386	7 593 900	236 740
Kirchliche Stiftungen.....	455	6 013 340	195 760
Für öffentliche Zwecke	59	750 700	61 940
Verschiedene	208	33 622 580	1 049 620
	1582	94 001 120	3 030 060

Die gesamten, unter der Verwaltung der Charity Commissioners stehenden privaten Stiftungen Englands betragen zurzeit eine halbe

Milliarde Mark — gegen die etwa 250 Milliarden Vermögen, die in England angesammelt sind, wahrlich keine große Summe.



Schundliteratur. Es sei hier noch einmal ausdrücklich darauf verwiesen, daß die Angaben über Umfang und Charakter der Schundliteratur im vorigen Heft, der ausgezeichneten Studie des Herrn Dr. Ernst Schultze in Hamburg-Großborstel entnommen sind. Die Schrift behandelt die Schundliteratur, ihr Vordrin-

gen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung*) und ist in jeder Hinsicht die wertvollste und vollständigste Materialsammlung zur Unterdrückung dieser moralischen Landplage.

*) Halle a. S. Buchhandlung des Waisenhauses (Preis 2 M.).



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF.-DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

.....

WAS DIE VÖLKER VONEINANDER LERNEN KÖNNEN*).



NFOLGE der Verkehrsentwicklung hat die moderne Wirtschaftsordnung sich über die ganze Erde verbreitet, rückten die Völker auch in politischer und geistiger Beziehung einander näher und näher, ergaben sich überall parallele Notwendigkeiten, gleiche Probleme.

Die Verschiedenheiten der Nationen nach Rasse, Klima und geschichtlicher Vergangenheit brachten es jedoch mit sich, daß eine vollkommenere Lösung des einen Problems zuerst hier, die andere dort gefunden wurde: Nordamerika hat zuerst all seine Wirtschaftskräfte planvoll organisiert; Australien schuf als erstes eine humane Sozialgesetzgebung und beseitigte damit die durch die Großindustrie drohende Gefahr der Rassendegeneration; England hat in seinen Kolonien das Problem der Selbstverwaltung gelöst; Deutschland hat seine Sozialversicherung in nachahmenswürdiger Weise ausgebaut; Frankreich erschloß in seiner modernen Schule und ihrem Moralunterricht neue Möglichkeiten der Jugenderziehung. Derartige Errungenschaften können und sollen früher oder später Gemeingut aller Völker werden, und deshalb ist ihre Kenntnis planmäßig zu verbreiten und zu fordern.

Im nachstehenden wollen wir versuchen, vom Standpunkt der drei Länder, in denen unsere Zeitschrift bisher erschienen (Deutschland, Frankreich und England) und an Hand der Erfahrung, die uns im ständigen Verkehr mit unseren Mitarbeitern geworden, die wichtigsten Probleme anzudeuten, welche sich dem fortschrittsuchenden Geiste in den drei Kulturgebieten zeigen, sowie die beispielgebenden Lösungen klarzulegen, welche diese Probleme in anderen Ländern gefunden haben.

1. Das deutsche Volk, freiheitsliebend, unabhängigkeitsfreudig, ja, ehemals in so viele eigenberechtigte Landschaften zerfallend, hat sich in den letzten Jahrzehnten dem entgegengesetzten Extrem, der unbedingten Zentralisierung, zugewandt. Preußen vor allem, sein führender Staat, ist zweifelsohne die best und straffest organisierte Beamtenmonarchie der Erde. All jene Ideale der Freiheit und der Selbstverwaltung, wie sie den Germanen seit uralten Zeiten eigen, mußten freilich unter diesem starren System stark verkürzt werden, und doch lebten sie weiter. Das Problem der Selbstverwaltung bleibt nach wie vor wesentlichste Frage der deutschen Zukunft. Die Lösung desselben mag in England gesucht werden, das mit seiner musterhaften parlamentarischen Verfassung, seiner Selbstverwaltung der

*) Siehe unsere Note „An unsere Leser“ am Beginn des Heftes, insbes. die Mitteilung, daß wir im Begriffe sind, ein Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen zu begründen.

Gemeinden und lokalen Körperschaften, vor allem auch mit der Selbstregierung seiner Kolonien, die ihm die Vorherrschaft gegenüber allen anderen Kolonialreichen der Welt gegeben, immer noch als leuchtendes Beispiel dasteht.

2. Das deutsche Volk hat der Welt die Reformation gegeben, die Wege geistiger Freiheit gezeigt. Heute noch sind dieselben Triebe im deutschen Volke lebendiger als je; in der realen Welt aber sind seine Schulen auf konfessioneller Grundlage organisiert, liegen bedeutungsvolle Machtfaktoren in Händen einer Staatskirche: Frankreich ist nunmehr dazu angetan, auf dem Weg der freien weltlichen Schule, der Ersetzung des Religionsunterrichts durch den weltlichen Moralunterricht, der Trennung von Kirche und Staat, die beiden Mächten freie Entfaltungsmöglichkeit verleiht, die beiden in gleicher Weise förderlich ist — als Führerin zu dienen. (Siehe Artikel von Buisson in der Oktobernummer 1909.)

3. Die ökonomische Entwicklung Deutschlands geht in der Richtung stets einheitlicherer Organisation der Volkswirtschaft voran, und doch sind die letzten Konsequenzen bis jetzt noch nicht gezogen worden: Noch wird unendlich viel wertvolle Arbeitskraft in zweckloser Konkurrenz der einzelnen Industriegruppen vergeudet: Amerika zeigt den Weg, ganze Industrien durch Vertrustung einheitlich zu organisieren, die Bodenschätze und die Arbeitsmöglichkeiten des Landes bis zu einem äußersten Maximum auszunutzen und den Volksreichtum derart ins Ungemessene zu steigern. Australien zeigt dann weiter, wie den Gefahren zu begegnen ist, die durch die immer größer werdende Machtstellung der Trusts drohen, wie deren staatliche Überwachung und schließliche Übernahme in staatlichen Besitz zu bewerkstelligen sei (siehe Artikel von Beaves über die amerikanischen Trusts in der Septembernummer 1908) und meinen Aufsatz über Lösung des Trustproblems in Australien in der Juninummer 1908.

4. Die musterhafte Ausgestaltung der Sozialversicherung bildete mit Recht lange den Stolz der deutschen Sozialpolitiker; aber Jahr um Jahr verging, seitdem das große Werk geschaffen, und andere Länder schritten nun auch voran. Ein wichtiger Zweig vor allem, der in Deutschland noch gänzlich fehlt, die Arbeitslosen-Versicherung, wurde in Dänemark verwirklicht, was dem Deutschen Reich ein Beispiel werden möge. (Siehe Artikel von Dalhoff in der Septembernummer 1908.)

Ehe wir nun weitergehen und alle die Probleme berühren, die Deutschland mit den beiden Weststaaten gemeinsam sind, wollen wir zunächst die spezifischen Probleme dieser beiden Länder, Frankreichs und Englands, erörtern.

Frankreich, die tonangebende Nation in so vielen Beziehungen der Geschmackskultur, der Kunst, demokratischer und humanitärer Reformen, hat sich in technischer, ökonomischer und sozialer Beziehung von den jüngeren Nachbarn, die sich besser den Notwendigkeiten der Jetztzeit angepaßt haben, überholen lassen. Bei all seinen Nachbarn kann es eigene Probleme gelöst und Beispiel und Anregung zu seiner weiteren Bereicherung finden.

1. Die „Retraites ouvrières“ werden seit Jahren in den Vertretungskörpern studiert; Deutschland bietet den schönen Anblick eines Landes, in dem alle hier enthaltenen Forderungen erfüllt sind: Deutschland zeigt, daß nur das Prinzip der Zwangsversicherung dauernd Gutes schaffe, daß die „mutualité“ trotz der wundervollen Entwicklung, die sie dank dem individualistischen, vorschauenden Charakter des französischen Volkes genommen,

doch in ihren Resultaten gegenüber dem ernsten Gesamtwillen des Deutschen Reiches zurückbleibt. (Siehe Artikel von Prof. Zacher in der Julinummer 1908.)

2. Auch die Einkommensteuer wird seit Jahren im Senat und in den Kammern erörtert, als ob sie einen durchaus neuartigen Vorschlag darstellte, dessen Folgen nicht abzusehen wären. England und Preußen, Bayern und Österreich besitzen sie und haben keinerlei üble Folgen, sondern nur größere Gerechtigkeit des Steuersystems, davon ausgehen sehen. (Siehe Artikel von Dr. Leiter in der Februarnummer 1909.)

3. Die französischen Beamten beklagen die Abhängigkeit vom Favoritismus der Deputierten; Amerika hat schon vor Jahrzehnten das gleiche Problem in noch größerer Schärfe sich entrollen sehen und durch Ausarbeitung eines Statuts für das „Civil Service“, das von politischen Einflüssen völlig unabhängig gemacht wurde, diese Frage gelöst.

4. Die französischen Bahnen werden nach wie vor überwiegend von Privatgesellschaften geleitet, die Betriebsmittel sind vielfach ungenügend, die Preise, speziell die der dritten Klasse, um die Hälfte höher als in Deutschland, doppelt so hoch als in Österreich, was noch verschärft wird durch den Umstand, daß die Schnellzüge überwiegend keine dritte Klasse führen und die niederen Volksklassen daher nur schwer jener schnellen Beförderung teilhaftig werden können, wie sie z. B. in Österreich und Deutschland auch den ärmeren Bevölkerungsschichten möglich ist. Wie haben diese Länder wohl dieses Problem gelöst? Durch Verstaatlichung und Betrieb der Bahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs, nicht in dem der notwendigerweise auf erhöhten Erwerb hindrängenden Aktionäre. (Siehe die Chronik in der Juninummer 1908.)

5. Die Wahlrechtsreform beschäftigt alle Gemüter, und man diskutiert und untersucht, welche Folgen sie haben könnte. Belgien zeigt hier, daß das Proportionalwahlrecht gute Folgen zeitigt, daß alle Parteien, sowie es einmal funktioniert, mit demselben zufrieden sind. (Siehe Artikel von M. Vandervelde auf S. 846.)

England ward durch seine gegenwärtige fortschrittsfreundliche Regierung vor eine Reihe von Fortschrittsproblemen gestellt, die ihm bis jetzt mehr oder minder fremd waren. So wird es aus seiner insularen Begrenztheit mehr und mehr in jene Bahnen gelenkt, die vor ihm schon die Völker des Festlandes gewandelt, mehr und mehr werden deren Beispiele auch für sein Volk bedeutungsvoll, gerade so wie Australiens Beispiel (Altersversorgung, Minimallohn für die Hausindustrie) ihm schon bisher so wertvolle Frucht getragen.

1. Das Problem der Sozialversicherung ist durch die „Old Ages Pensions“ nur angeschnitten, nicht gelöst; denn so wertvoll auch der Genuß einer Altersrente für den Greis über 70 Jahre ist, so angenehm es ihm auch erscheinen muß, jener teilhaftig zu werden, ohne jemals Beiträge dafür gezahlt zu haben, so sehr fehlt für den noch rüstigen, aber doch zu schwerer Arbeit nicht mehr fähigen alten Mann von 60 und besonders 65 Jahren ein System obligatorischer Altersversicherung mit Beiträgen der Beteiligten: Deutschland zeigt den Weg. (Siehe Artikel von Prof. Zacher in der Septembernummer 1908 der Zeitschrift.)

2. Das neue Budget mit seinen Landsteuern rollt das Problem der Bodenreform auf. Deutschland mit seiner Wertzuwachssteuer, die von so vielen Gemeinden eingeführt wurde, um die durch rein soziale Umstände gewonnene Wertsteigerung der Gesamtheit selbst zukommen zu lassen, zeigt, was sich

in dieser Richtung tun läßt. (Siehe Artikel von Damaschke in der Februar-Nummer 1908 der Zeitschrift.)

3. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit pocht jeden Winter neuerdings an die Türen der englischen Städte; Dänemark zeigt die Möglichkeit einer Arbeitslosenversicherung durch den Staat; Gent, Straßburg und Zürich die der Arbeitslosen-Fürsorge durch die Städte. (Siehe Artikel von Dalhoff in der Dezembernummer 1908.)

4. Die Schule Englands will nicht aufhören, Kampfobjekt der Parteien zu sein; jede Konfession sucht ihre Einflüsse geltend zu machen. Die einzig mögliche Lösung, die weltliche Schule, die es jeder Konfession überläßt, den Kindern in Sonntagsschulen ihren eigenen Unterricht zu geben, liegt in Amerika und Australien vor.

Betrachten wir zum Schluß die Probleme, welche allen drei Kulturstaaten gemeinsam sind, zunächst die Arbeiterfrage. Wie können die Arbeitsverhältnisse geregelt werden? Sollen sie ausschließlich dem blinden Walten des Kampfes, den Streiks und den Aussperrungen überlassen bleiben, sollen zwecklose Wertzerstörung für die Industrie, zweckloser Arbeitsentgang für die Arbeiterschaft notwendige Begleiterscheinung zur Neuregelung der Arbeitsverhältnisse bleiben? Soll jeder errungene Vorteil getreu mit Schädigung bezahlt werden, sollen die Schwachen, die sich nicht selbst hinreichend verteidigen können, sollen vor allem die Frauen, die Heimarbeiterinnen, schlimmstem Elend preisgegeben sein? Diese Fragen stehen seit Monaten auf der Tagesordnung des englischen Parlaments; sie werden gewiß früher oder später auch auf der Tagesordnung der Parlamente Deutschlands und Frankreichs zu finden sein: Australien zeigt den Weg der Lösung des Problems in seinem Minimallohn, seinen obligatorischen Schiedsgerichten und seinen Lohnkammern. (Siehe Artikel von Oberst Reay, in der Mainummer 1909.)

Es zeigt ferner, daß alle diese humanitären Reformen, vor allem die Besserung der Lage der Frau überaus begünstigt werden durch die Einführung des Frauenstimmrechts, weil nur so die Frauen über den schweren Nachteil, den die politische Entrechtung auch für ihren ökonomischen Konkurrenzkampf mit sich bringt, hinwegkommen können. Es zeigt weiter, daß das Frauenstimmrecht zur Reinigung der Vertretungskörper von moralisch nicht völlig integren Abgeordneten geführt, die Bekämpfung des Alkoholismus und den Friedensgedanken gefördert hat. Dieselbe Lehre kommt aus Finnland, wo so viele soziale Reformen auf Anregung der weiblichen Deputierten in Angriff genommen werden. (Siehe Artikel von Frl. Pärssinen in der Julinummer 1909.)


Die notwendige Vorbedingung hierzu, die geistige Hochstellung der Frau, ihr freier intellektueller Verkehr mit dem Manne, wird vielfach in Europa als schwierig angesehen; Australien und Amerika mit ihrer Koedukation, ihrer gemeinsamen Erziehung der Geschlechter, die zu harmlosem Gemeinfühlen, zur wechselseitigen Anregung derselben führt, zeigen den Weg.

Der Alkoholismus verwüstet die Körper und Seelen der breiten Volksschichten aller Länder Europas, vor allem der Jugend, züchtet die Kriminalität und bietet allen Ermahnungen zu freiwilliger Entsagung Trotz. Neuseeland, Finnland und die Südstaaten der amerikanischen Union zeigen, wie rasch ein gesetzliches Verbot all dieser Gefahren Herr wird, wie viele Gefängnisse geschlossen werden können, wenn die Branntweinbude verschwindet.

(Siehe meinen Aufsatz über Temperenzgesetzgebung in Neuseeland in der Novembernummer 1908.)

Die Militärprobleme, die Beziehungen zwischen Volk und Armee, stehen in allen Ländern Europas im Vordergrund des Interesses. Die Schweiz und Australien zeigen, wie es möglich ist, alle Maßregeln für die Verteidigung des nationalen Territoriums zu treffen und doch in völlig demokratischem Geiste jenseits aller drückenden Zwangsmaßregeln zu bleiben. (Siehe Artikel von M. Sigg in der Dezembernummer 1909). Das Schweizer Referendum zeigt im selben Sinne, wie die Heranziehung der öffentlichen Meinung, wie vor allem die politische Erziehung der Massen durch die Institution des Referendums erleichtert werden kann.

Wir sehen so, daß alle Völker von einander so sehr Vieles lernen können, daß jedes gebend auf einem Felde, nehmend auf dem anderen ist, daß die synthetische Weltkultur, die sich mehr und mehr ausbreitet, von all den Rassenkomplexen eigenartige, vortreffliche Züge entlehnen wird. Je mehr die Völker miteinander bekannt werden, je mehr sie die beispielgebenden Reformen ihrer Nachbarn sehen, destomehr zweckloses Tasten, zwecklose theoretische Diskussionen bleiben ihnen erspart, destoweniger Furcht vor dem Ungewissen, Unerforschbaren der Reform werden sie hegen. So kann die Darstellung all der beispielgebenden Reformen der verschiedenen Völker zu einer wahrhaften Führerin bewußter und planvoller Kulturpolitik werden, und wenn die Tätigkeit unserer Zeitschrift in Vergangenheit und Zukunft, wenn ferner die des Instituts, das nun begründet wird, solcher bewußten Förderung des Völker- und Menschheitsfortschritts dienen können, so ist unser Ziel erreicht.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: DIE ZUKUNFT DER STADT.



NACH am Ende des vergangenen Jahrhunderts schien die Zukunft der Stadt von heute gesichert. „Fin du siècle-Poeten“ phantasierten von der Stadt der Zukunft, von der 10—12 Millionen Stadt mit Wolkenkratzern und meilenlangen Straßenzügen. Die Mietskasernen der letzten 20 Jahre sollten verzehnfacht, verhundertfacht werden, immer neue Flächen grünen Bodens sollten unter dem Asphalt begraben werden. Glücklicherweise war die Phantasie dieser Phantasten doch lahm als die wirkliche Entwicklung.

Die Form der Stadt, die noch vor kurzem feststehend und bewährt erschien, die Stadt der Mietskasernen und Straßen genannten Steinschluchten hat sicherlich keine Zukunft mehr, und wenn heute immer noch neue Mietskasernen alten Stils entstehen, so ist die einzige Erklärung dafür, daß auch für geistige Prozesse gültige Trägheitsgesetz und das „après nous le déluge-Denken“ der heutigen Bauspekulanten, die sich, falls sie überhaupt soweit denken, sagen, wir und unsere Kinder verdienen wohl noch daran. Es scheint aber doch, als ob hier die nahen Möglichkeiten für allzufern gehalten werden und es könnte sein, daß die mit Milliarden wirtschaftende Bauspekulation sich in einem für Deutschlands Entwicklung katastrophalen Irrtum befände. Bei einigermaßen aufmerksamer Betrachtung der Vergangenheit und der Gegenwart des sozialen Gemeinwesens, das wir Stadt nennen, bieten sich eine Reihe von Anknüpfungen, die eine nahezu sichere Zukunftsdiagnose gestatten.

Als Heinrich der Erste die von den Magyaren ausgeplünderten deutschen Bauern in die umwallten Märkte führte, da hieß es möglichst viel Menschen des Segens der schirmenden Mauern teilhaftig machen, so eng wie möglich wurden die Gassen gebaut, so eng wie möglich die offenen Plätze, man sparte Mauern, denn man mußte Besatzung sparen sie zu verteidigen. Man richtete sich ein, wie es eben ging, der schöne Stil unserer mittelalterlichen Städte, der uns heute so künstlerisch und so rein aus malerischen Erwägungen heraus entstanden zu sein scheint, ist das Produkt einer oft bitter empfundenen Notwendigkeit. Der kleine Raum, der der Stadtgemeinde zur Verfügung stand, mußte voll ausgenutzt werden, und da das ganze Leben des Bürgers mit Werktag und Heiligtage sich jahraus jahrein auf den gleichen, altgewohnten Plätzen in den gleichen, engen Häusern innerhalb der festgefügt sozialen Körperschaften, die die mittelalterlichen Städte darstellten, abwickelte, so entstand natürlich in jedem einzelnen das Bedürfnis, die Plätze, die jeder viele Male des Tages durchquerte, nach Möglichkeit zu verschönern und zu verzieren.

Man schmückte diese Mauern, diese Stadttore und Türme auch mit aus einem gewissen Gefühl der Dankbarkeit, denn sie waren die einzige Hilfe gegen die Feinde, die überall draußen lauerten, wo die Mauer den Bürger nicht schützte.

Hätten die Versuche der deutschen Kaiser zur Herstellung der *treuga dei*, des Gottesfriedens über das ganze Reich, nur ein kurzes Jahrhundert hindurch Erfolg gehabt, der Charakter der Städte wäre schon vor Luther ein anderer geworden. Das malerische Milieu der Winkelstraßen um die gotischen Dome, daß sich bis in die Zeiten unserer Väter erhalten hat und in dem die Niststätten des schwarzen Tods, des Typhus und der Cholera zu suchen waren, sie wären schon damals abgebrochen worden.

So haben die Menschen noch Jahrhunderte abwarten müssen, ehe man die Stadtwälle bepflanzte und die Gräben planierte. Erst mit dem Entstehen der Industrie drang Luft in die Städte, an die Stelle der engen, knarrenden Tore traten die Bahnhofshallen, überall öffneten die Straßen sich in das Land.

Eine neue Entwicklung von nie dagewesener Schnelligkeit und Großartigkeit setzte ein, die Städte wuchsen und dehnten sich über riesenhafte Flächen, zogen magnetartig die Landbevölkerung in ihren Aktionsradius, und heute ist das Land, trotz der eigentümlichen innerpolitischen Konstellation im deutschen Reiche, im Grunde genommen, doch nichts als eine Domäne der Städte. Der Kampf zwischen Land und Stadt, dessen Anfänge wir jetzt erleben und dessen Hauptkämpfergruppen sich mit den beiden Schlagworten Bund der Landwirte und Hansabund vielleicht annähernd umgrenzen lassen, wird sicherlich das wichtigste sozialgeschichtliche Ereignis einer nahen Zukunft sein. Der Ausgang ist in großen Zügen schon heute vollständig klar erkennbar. Der ländliche Eigentümer mit seinem Selbstständigkeitsdrang, in der heutigen merkwürdig veraltet wirkenden Form des staatlich abgenommenen Individualisten, erliegt mit seinen Ansprüchen auf Berücksichtigung mehr und mehr der straff organisierten Betriebsgenossenschaft städtischer und industrieller Herkunft. Sehr bald wird die ungeheuere Überlegenheit der städtischen Betriebsmethoden, die auf dem Boden der Technik sich in ungehemmter Entwicklung befinden, ihre praktische Brauchbarkeit bei der Bewirtschaftung des Landes selbst beweisen müssen. Denn wenn die Städte nicht verhungern wollen, so müssen sie die Bewirtschaftung des Landes in ihrem eigenen Interesse organisieren.

Um aber dieser großen Aufgabe gewachsen zu sein, muß eine radikale Umbildung der Städte selbst vor sich gehen, die Stadt wie sie heute ist, wäre niemals dazu imstande, wohl aber die Stadt wie sie werden wird, wie sie werden muß, wenn kein gewaltsamer Eingriff durch eine kriegerische Katastrophe das Ausreifen natürlicher Werdeformen hindert.

Die Fähigkeit der Stadtverwaltungen, industrielle Betriebe allergrößten Stils mustergültig zu verwalten und zum Nutzen der Bürgerschaft weiter auszubauen, beweist die große Ausdehnung, die gerade in den letzten Jahren die Kommunalisierung immer neuer Zweige des wirtschaftlichen Lebens genommen hat (siehe den Aufsatz von Edmund Fischer in Heft 10), und warum diese Entwicklung gerade vor dem wichtigsten Problem der Nahrungsmittelerzeugung halt zu machen hat, läßt sich nicht einmal durch die sonst so häufig in Ermangelung von Gründen angeführten „militärischen Gesichtspunkte“ beweisen.

Es ist nahezu selbstverständlich, daß die Gemeinden über kurz oder lang bei der chronischen Fleischteuerung werden dazu schreiten müssen, innerhalb ihrer Gemarkungen Musterfarmen anzulegen und vermittelst der modernsten Methoden das denkbar größte Quantum von Ernährungsstoffen aus dem denkbar kleinsten Raum herauszuwirtschaften. Die Arbeiterfrage, die große Kalamität des ländlichen Grundeigentums wird durch schnelle und gute Verbindung mit der Stadt, diesem unerschöpflichen Reservoir an Arbeitskräften und technischen Hilfsmitteln ohne Schwierigkeit gelöst. Motorische Kraft, Absatz, alles sichert die Nähe einer Kulturzentrale, wie es jede Großstadt schon heute ist.

Diese Fragen ins Rollen zu bringen, sie aktuell zu machen, wird die Städte die Not, diese Fortschrittserzwingerin ersten Ranges, in wenigen Jahren bereits gelehrt haben. Die agrarischen Parteien haben in ihrem Egoismus, der begreiflich, aber nicht verständig ist, den Bogen überspannt, die Gesetzgebung zu sehr im eigenen Interesse mit nachahmungswürdigem Selbstbewußtsein umgebogen und dadurch den Anfang eines Kampfes beschleunigt, der doch im übevölkerten deutschen Reiche nur ein Todeskampf des ländlichen Grundbesitzes in der Form, wie er sich heute noch behauptet, werden kann.

In unserer Zeit, die recht eigentlich erst durch die Überwindung der Entfernungen ihren eigentümlichen Charakter erhält, in der man bereits gewohnt ist, Geschwindigkeiten von 150 Kilometern in der Stunde als nichts unerreichbares mehr zu betrachten, August Scherl rechnet bei seinen Einschienenbahnprojekten bereits mit 200 Kilometern (siehe Heft 8 S. 623), zählten die Bewohner städtischer Domänen, die bei Schnellbahnverbindung 150 Kilometer vom Zentrum einer Großstadt entfernt wohnen könnten und als städtische Arbeiter auf der städtischen Bahn freie Fahrt hätten, immer noch als Stadtbewohner. Man stelle sich nur die Entwicklung in Deutschland recht eigentlich vor, wenn die Städte ein Stück Land nach dem andern in ihren Besitz brächten, es selber bewirtschafteten und für schnelle Verbindungen mit den Absatzgebieten sorgten. Ganz Deutschland wäre in kurzem aufgeteilt und die östlichsten Ostelbier würden westlich geworden sein. Wenn man unbefangen die heute schon durch die Überwindung des Raumes vorhandenen Möglichkeiten überprüft, so begreift man zunächst nicht, woher das Zögernde, Tastende bei der Verwirklichung des Selbstverständlichen kommt, warum nicht schon längst die Städte ihre Überlegenheit mit Nachdruck geltend gemacht haben.

Zur Erklärung dient dabei vor allem, daß die Erfindungen sich weit schneller gefolgt sind, die Möglichkeiten, die sie eröffneten, weit schneller klar geworden sind, als die Organisationen sich bilden konnten, die ihre Ausnutzung verstanden.

Die Städte sind in den letzten Jahrzehnten so riesenhaft gewachsen, die technischen Möglichkeiten in den letzten Jahren.

Eine andere Erklärung für das merkwürdige Zaudern der Städte, die ihnen zugewiesene Bestimmung zu erfüllen, liegt in Hemmungen durch die Tradition.

Wie nach dem Ausspruch Lord Ramsays vor jedem Eisenbahnzug der Schatten eines Pferdes läuft, da die ersten Eisenbahnen nach dem Muster der alten Postkutschen gebaut wurden, weshalb die meisten Eisenbahnen eine so geringe Spurweite haben, so sind auch unsere heutigen Millionenstädte noch mit unsichtbaren Mauern und Wällen umgeben und wagen

nicht sich über die Gebiete zu strecken, die sie von Rechts wegen beanspruchen können.

Jeder Landarbeiter wird später Stadtbewohner sein können, und daß er es wollen wird, wenn er es kann, das ist fraglos, trotz all des moralinhaltigen Geredes von der Lasterhaftigkeit der Städte und der Tugend des Landes.

Der andere, weit schwierigere Teil der Frage ist die nach dem Typus, den die Stadt der Zukunft haben soll, wenn sie die Aufgaben, für die sie jetzt heranreift, voll erfüllen will. Es scheint, als ob in der dafür zu findenden Formel gleichzeitig der Kompromiß, der Friedensschluß in dem Kampf zwischen Stadt und Land zu liegen hat. Hieß es oben, das Land muß in die Stadt, in den städtischen Einflußkreis, so heißt es jetzt, die Stadt muß aufs Land, muß Land werden mit grünen Bäumen und blühenden Gärten und keine Wüste aus Eisen und Stein.

Die Erkenntnis, daß die Städte anders werden müssen, ist allgemein geworden, es handelt sich nur um den Grad von Radikalismus bei der Änderung. Die Wald- und Wiesengürtelredner in Berlin, die Untergrund- und Schnellbahnspezialisten der Zeitungen, die Bebauungsplanarchitekten, die Wohnungsreformer jeden Genres, sie alle blasen in die gleiche Trompete, mit der sie die eben erwähnten, immer noch vorhandenen unsichtbaren Stadtmauern umwerfen wollen.

Wenn man eine Millionenstadt neu erbauen sollte, so wäre das weit leichter, als eine gewordene Stadt nach den heutigen Grundsätzen umzubauen. Hier nun setzt die Gartenstadtbewegung *) ein, die zwar noch in den Kinderschuhen steckt, aber gerade vielleicht durch die Versuche im kleineren Maßstab den Boden bereitet, auf dem die Erfahrungen für die Verwirklichung der großen Umwälzungen der Zukunft geschaffen werden.

Unaufhörlich schreitet die Citybildung in den großen Städten vorwärts und es ist in Berlin nur noch eine Frage von wenigen Jahren, bis die Ausschaltung ganzer Viertel für Wohnzwecke eine vollendete Tatsache geworden ist. Bei Erwähnung dieses Umstandes und bei der oft zitierten Abwanderung der Bevölkerung in die Vorstädte wird aber ein sehr wichtiger Punkt meistens übersehen. Je größer die Vorstädte werden, desto mehr entwickeln sich auch in ihnen wieder neue reine Geschäftsviertel, die natürlich nicht den Umfang wie in der Hauptstadt annehmen, aber zum Beispiel in Charlottenburg schon wieder große Straßenzüge völlig für sich beanspruchen. Es bilden sich überall an der Peripherie neue Geschäftsmittelpunkte, die den Vorstädtern immer mehr die Hauptstadt entbehrlich machen.

Diese immer erneute Citybildung, die naturgemäß von der Bauspekulation aufs äußerste begünstigt wird, scheint einer der Punkte zu sein, der die Gartenstadtbewegung die größte Aufmerksamkeit zu widmen hat. Sie muß innerhalb ihrer Ansiedelungen einen Komplex für Verkaufsgebäude reservieren, der zu erhöhten Preisen für Filialen hauptstädtischer Geschäfte reserviert bleibt, solange kein großes genossenschaftliches Einkaufssystem

*) Wer sich über die Gartenstadtbewegung schnell und angenehm orientieren will, lese das in der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ als Nr. 259 von Hans Kampffmeyer herausgegebene Bändchen „Die Gartenstadtbewegung“ (Leipzig 1909 geheftet 1 M.). Man findet darin die wichtigsten Daten und eine große Anzahl von Abbildungen und Plänen aus deutschen, amerikanischen und englischen Gartenstädten.

sich organisieren läßt. Die Unbequemlichkeit des Einkaufens in weit entfernten Läden muß den Bewohnern nach Möglichkeit erspart werden.

Diese Tendenz zur Citybildung in den Vorstädten ist auch noch deshalb besonders beachtenswert, weil sie gleichzeitig für die Entwicklung der hauptstädtischen City eine bestimmte Ausdehnungsgrenze festsetzt. Es wäre wohl bei beispiellosem Wachstum zu denken, daß die Fläche des eigentlichen Berlin ausschließlich Geschäfts-, Industrie- und Repräsentationsstadt würde, und daß die Wohnungen samt und sonders in den Vororten lägen. Es ist aber nicht denkbar, daß die ungeheure Fläche Groß-Berlins unter irgendeiner Bedingung City würde, weil alle Geschäfte der Welt den Raum nicht füllen könnten. Die Folge ist, daß in der eigentlichen Stadt, wie in der Vorstadt, immer nur ein beschränktes Gebiet sich zur City entwickelt und die umliegenden Gebiete Wohnviertel werden.

Nun hat es sich aber mit der Verbesserung der Verbindungen nach und nach herausgestellt, daß diese Wohnviertel städtischen Charakters immer weniger beliebt werden, daß die Leute lieber einen weiteren Weg nach den Geschäften fahren, als sich den Nachteilen dieser rein städtischen Bebauungsweise auszusetzen. Es liegt also die Gefahr vor, daß die Gegenden rund um die eigentliche Geschäftsstadt immer mehr und mehr entwertet werden, weil die Bewohner von den Gartenstädten angezogen werden, die häufig durch Schnellbahnverbindungen schneller zu erreichen sind, als die früheren Wohnviertel mit ihren langsamen Straßenbahnen.

Typisch war für diese dem Grundbesitz drohende Gefahr die neuliche Eingabe eines Berliner Hausbesitzervereins, der die Eisenbahnverwaltung ersuchte, doch in Zukunft ihren Arbeitern und Beamten keine Freikarten mehr zu geben, da viele wegen der billigen Verbindungen es vorzögen in den ferneren Vororten zu wohnen und eine große Entwertung der Häuser in diesem Viertel dadurch zu befürchten sei.

Unbegreiflich ist es bei dieser Sachlage daher, daß in den Vororten immer noch Mietskasernen entstehen dürfen, immer noch kilometerlange Straßen gebaut werden. Die paar Reihen Bäume und Rasenflächen sind doch kein genügender Ersatz für die wirklichen natürlichen Schönheiten, die bei einer mehr ländlichen Bauweise erhalten und gesteigert werden könnten.

Eines Tages wird man doch diese ganze städtische Herrlichkeit einreißen müssen, wenn es anfangen wird an Bewohnern zu fehlen, in Berlin sind 40 000 leere Wohnungen, dann wird man die Ziegelsteine der großen Kasernen irgendwo weit weg für Fabrikbau verwenden müssen. Man wird nach geschlossenem Plan auf den Stätten der alten Vororte kleine Häuser mit Gärten bauen und nur die notwendigen Geschäfts-, Verwaltungs- und Gemeinschaftsgebäude stehen lassen. Dann werden die Städte nur die Zentren und Herzen einer großen Landschaft sein, die Arbeitsstätten für Kopf und Hände, rund um sie herum aber wird eine ganze Nation wohnen, die wieder Zeit zu haben imstande ist, die sich an der Schönheit einer Riesencity berauschen kann, und die nicht durch den Zwang im fortwährenden Taumel zu leben stumpf und freudelos geworden ist.

Allen wird die moderne Stadt dann als das wunderbare Kunstwerk erscheinen, das sie ist, als die vollendete Form für die kühnsten und fruchtbarsten Gedanken der Zeit.

Die Großstadt wird dann so etwas sein wie eine Universität der Menschheit, eine Prüf- und Münzstätte großer Ideen. Die Ideen aber werden dann

draußen in den stillen, weißen Häusern mit den Obstgärten erdacht worden sein und nicht in der Dunstluft nivellierender Mietskasernen, mitten im Lärm.

Dann wird die Stadt auch keine Gegner mehr haben, sondern nur noch Förderer, dann ist es wieder die Stadt, mit der man zusammengewachsen ist, nicht weil es die Stadt ist, in der man von früh bis spät Pflaster tritt, sondern weil es die Stätte ist, der wir unsere Kultur und unser Brot verdanken.

CHRONIK

TERRAINGESELLSCHAFTEN in China. Seitdem die Mandschurei durch den russisch-japanischen Krieg wieder an China zurückgestellt wurde, geht die chinesische Regierung eifrig daran, chinesische Auswanderer nach dem dünnbevölkerten Norden des Landes zu leiten, um dieses Gebiet, das noch vor kurzem den Russen verfallen schien, wieder voll und ganz dem chinesischen Volkstum zurückzugewinnen. Sehr wesentlich kamen den Zwecken der Regierung neugegründete chinesische Landgesellschaften zu Hilfe, die ganz nach amerikanischem Muster vorgehen und von der Ausbreitung westlichen Unternehmungsgeistes im ökonomischen Leben Chinas zeugen. Die wichtigste ist die Jui Fang genannte Gesellschaft für landwirtschaftliche Kultur, die von einem Kaufmann aus Kwangtung namens Yung Hui Ting gegründet worden war. Dieser hatte früher in Kalifornien eine Farm bewirtschaftet und betreibt nun die Urbarmachung der weiten Gebiete nach amerikanischer Methode mit Hilfe von Dampfpflügen, Lokomobilen und Brunnenbohrmaschinen. Der finanzielle Gewinn der Gesellschaft soll, wie der Frankfurter Zeitung aus Mukden gemeldet wird, darauf beruhen, daß sie sich von den

Ansiedlern für die Urbarmachung der ihnen zugeteilten Landstrecken einen mäßigen, übrigens von der Regierung auf 8 bis 10 Taels für 10 Mou Land festgesetzten Betrag vergüten läßt. Von dem auf 2 Millionen Taels veranschlagten Betriebskapitale waren im vorigen Winter bereits 170 000 beisammen, als die Gesellschaft mit dem Gesuch sich an die Regierung wandte, dem Unternehmen ihren Schutz zu gewähren und „das Volk gehörig aufzuklären“. Das ist inzwischen geschehen. Eine andere der Genossenschaften, die sich die Kolonisierung der Nordmandschurei zum Ziele gesetzt haben, ist die von dem Großkapitalisten Li und einer unbekannten Anzahl von Geschäftsfreunden ins Leben gerufene „Mandschurische Ansiedelungsgesellschaft“, die ebenfalls in den Provinzen Kirin und Heilungkiang in Tätigkeit getreten ist.

Eine englische Landreform. Gelegentlich der letzten Arbeitskrise in England dachte man unter anderem daran, die brachliegenden Landstrecken (Bauplätze usw.) rings um die großen Städte, vor allem London, zum Anbau von Gemüse heranzuziehen und Arbeitslose bei diesen Arbeiten zu beschäftigen. Eine

„Gesellschaft zur Bebauung von brachliegendem Land“ wurde über Initiative von Mr. Joseph Fels gegründet und setzte sich mit dem Londoner Grafschaftsrat und einigen privaten Grundbesitzern in Verbindung. Es gelang ihr, durch Gemüsebau 400 bis 450 Mark pro Hektar zu erzielen, und man hofft, daß sich dieser Gewinn durch planmäßigen Gartenbau auf 1000 bis 1200 M pro Hektar werde steigern lassen. Eine Schwierigkeit liegt bisnun darin, daß der einzelne Arbeitslose eben nicht bis zu dem Augenblicke, da das zu bebauende Land Ertrag bringt, warten kann. Durch Kreditgewährung seitens der obengenannten Gesellschaft läßt sich der Gedanke jedoch durchführen. Nach Annahme von Mr. Fels liegen etwa 5000 h Land innerhalb Londons und in seiner nächsten Nähe brach, und 75 000 bis 1000 00 Arbeiter könnten auf denselben zum Gartenbau verwendet werden, was, ihre Familien eingerechnet, einer Bevölkerung von 4 500 000 Personen Arbeits-, bezw. Unterhaltsgellegenheit geben würde.

Ähnliche Verhältnisse wie die Londons in bezug auf brachliegendes Land (Bauplätze oder Boden, der in Erwartung künftiger Wertvermehrung zu Spekulationszwecken unbebaut gehalten wird) bestehen auch in allen Großstädten der anderen Länder, weshalb die neue englische Methode im Fall der Krise sich auch überall sonst anwenden läßt.



Eine Hauptaufgabe der öffentlichen Arbeitsnachweise. Die öffentlichen Arbeitsnachweise haben sich in den letzten Jahren sehr günstig entwickelt: sie sind nicht nur der Zahl nach sehr erheblich gewachsen, durch Verbandsbildung innerhalb eines abgegrenzten Gebietes haben sie auch ihre Tätigkeit weit über den Ort hinaus, an dem sie ihren Sitz haben, ausgedehnt; sie haben ferner vor allem

einen immer größeren Teil des Arbeitsmarktes bei sich zu konzentrieren versucht, und es ist nicht zu leugnen, daß sehr vielen Nachweisen diese Versuche gelungen sind. Es ist ja nicht leicht, die private Stellenvermittlung zurückzudrängen, namentlich die weiblichen Dienstboten und ihre Arbeitgeberinnen an den öffentlichen Nachweis zu gewöhnen. Es ist auch keineswegs einfach, die Arbeitsuchenden, die an das Umschauen gewöhnt sind, zu veranlassen, den öffentlichen Arbeitsnachweis zu frequentieren. Schwierig war auch der Anschluß bestehender Arbeiter- oder gar Arbeitgebernachweise an den öffentlichen Zentralnachweis, aber auch dieser Anschluß ist vielfach mit Erfolg in die Wege geleitet. Man kann daher alles in allem wohl sagen, daß es den öffentlichen Nachweisen wohl gelungen ist, den Arbeitsmarkt eines Ortes zu einem guten Teil an sich zu ziehen. Aber genügen die bisherigen Erfolge? Dürfen die Nachweise mit den bisher erreichten Resultaten zufrieden sein? Was wäre eine Börse, die nur einen Teil des Geldmarktes an einem maßgebenden Handelsplatze in sich vereinigte? Was wäre ein Warenmarkt, an dem nicht das Gros der Käufer und Verkäufer ihre Ware austauschten? Und ist nicht gerade für den Arbeitsmarkt eine genaue Kenntnis über den Umfang von Angebot und Nachfrage unumgängliches Erfordernis für alle Gewerkschafts-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik? Will man sich nicht klarmachen, daß die Lohnsumme, die heute an die Arbeiterschaft im Jahre ausbezahlt wird, 15 Milliarden Mark übersteigt, will man sich nicht vergegenwärtigen, daß der Kapitalwert dieser Lohnsumme mindestens 375 Milliarden Mark ausmacht? Ist eine Ware, die einen solchen Wert repräsentiert, nicht vor allen anderen der aufmerksamsten und fortgesetzten Beachtung wert?

Hat die Öffentlichkeit nicht das größte Interesse daran, Angebot und Nachfrage dieser Ware in allen ihren verschiedenartigen Anwendungen kennen zu lernen? Wer sind aber die Stellen, an denen diese Kenntnis am ehesten vorhanden sein und gefördert werden muß? Es sind die öffentlichen Arbeitsnachweise der einzelnen Orte, die die täglichen Veränderungen am Orte, im Bezirke, in den einzelnen Gewerben entweder direkt erfahren oder aber doch in Erfahrung bringen können. Soweit durch die Meldung offener Stellen oder Arbeitsuchender die Nachweise von den Veränderungen der Marktlage direkt unterrichtet werden, sind sie schon heute in der Lage, die beste Auskunft über die Lage des Arbeitsmarktes am Orte zu geben. Wünschenswert wäre nur, daß die einzelnen Nachweise ihr wissenswertes Material möglichst rasch zur Kenntnis der Öffentlichkeit durch die Presse brächten. Denn so schätzenswert die heutige monatliche private und amtliche Berichterstattung ist, die zahlreichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Laufe des Monats sind so wichtig, daß es viel zu lange dauert, bis sie in den monatlichen Berichten, meistens in einer Ziffer, zum Ausdruck gelangen und einigermaßen bekannt werden. Aber soweit die Arbeitsnachweise von den Veränderungen der Lage des Arbeitsmarktes nicht direkt unterrichtet werden, mangelt es noch sehr stark an der Kenntnis dieser Veränderungen. Ja, wir möchten fast sagen: der Teil des Arbeitsmarktes, der nicht direkt zum Tätigkeitsgebiet des fraglichen Nachweises gehört, ist für den Nachweis leider noch zu häufig ein ganz unbekanntes Gebiet. So sind z. B. viele Nachweise nicht auf dem Laufenden über den Geschäftsgang im Baugewerbe, da für dieses Gewerbe die Arbeitskräfte durch andere Nachweise vermittelt werden. Es ist nun gar keine Frage, daß für den ört-

lichen wie für den gesamten Arbeitsmarkt eines großen Wirtschaftsgebietes die Kenntnis der Lage im Baugewerbe so wichtig ist, daß ohne dessen Kenntnis auch die Lage in anderen Gewerben nicht hinreichend zu überschauen ist. Soll nun der öffentliche Arbeitsnachweis in der Tat die Zentralstelle für den Arbeitsmarkt am Orte sein, so muß er auch über sämtliche Gebiete, zum mindesten aber über die wichtigsten, fortlaufend unterrichtet sein, wenn anders Arbeitgeber und Arbeiter die lokalen Marktverhältnisse genau zu übersehen imstande sein sollen. Und die ganze örtliche Zentralisierung erfolgt doch schließlich zu dem Zwecke, das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage eines Platzes an einer Stelle zu vereinigen, damit den Interessen der Käufer und Verkäufer gedient ist. Nun wird man zwar den Arbeitsnachweisen nicht zumuten können, daß sie durch irgendwelche besonderen Recherchen sich über die Marktlage in solchen Gewerben unterrichten sollen, für die sie nicht vermitteln. Aber man kann sehr wohl die Forderung aufstellen, daß sämtliche Nachweise eines Ortes dem Zentralnachweis Angebot und Nachfrage mitteilen müssen. Will man sich heute noch nicht entschließen, die bestehenden gewerbsmäßigen Nachweise, ferner die Nachweise der Innungen, der Industriellen, der Arbeiter usw. mit dem örtlichen öffentlichen Zentralnachweis zu verschmelzen, so könnte man doch für die letzteren Nachweise eine Meldepflicht einführen, durch die sie veranlaßt würden, ihr jeweiliges Angebot und die jeweilige Nachfrage dem Zentralnachweis regelmäßig zur Kenntnis zu bringen. Über die Einzelheiten dieser Meldepflicht können die Ansichten aus praktischen Erwägungen heraus auseinandergehen, weswegen wir auch den Vorschlag nicht weiter detaillieren wollen. Die Hauptsache ist, daß über die Notwendigkeit dieser

Meldepflicht gerade bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen mögliche Übereinstimmung besteht. Und wir glauben, daß bei jedem Nachweis, wenn anders er Zentralstelle für den Arbeitsmarkt eines bestimmten Ortes sein will, das Bedürfnis vorhanden sein muß, den örtlichen Arbeitsmarkt in seiner Totalität kennen zu lernen. Die Aufgaben der Vermittlung, die Orientierung der Arbeitssuchenden wie der Arbeitgeber sind erschwert, wenn über wichtige Berufsgruppen an der Zentralstelle keine Auskunft zu erhalten ist. Daß diese Meldepflicht verhältnismäßig leicht einzuführen wäre, braucht nicht erst auseinanderzusetzen zu werden, da gegen eine solche Verpflichtung kaum ein ernstlicher Widerstand zu erwarten ist. Schwieriger freilich ist schon die weitere Frage, daß die Statuierung dieser Meldepflicht eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens zur Voraussetzung hätte, und daß über den Inhalt des Gesetzes, das sich mit der Regelung des Arbeitsnachweises befaßt, die Ansichten sehr stark auseinandergehen würden. Aber in dieser Beziehung könnte man die Ansprüche sehr stark herabschrauben, sobald man nur den hochwichtigen Zweck des ganzen gesetzlichen Eingreifens, die Statuierung der Meldepflicht, erreichte. Solange die gesetzliche Regelung aber noch aussteht, ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die einzelnen öffentlichen Nachweise versuchen, die am Orte vorhandenen Nachweise und Stellenvermittlungen zu bestimmen, ihnen freiwillig regelmäßige Angaben über Angebot, Nachfrage und Vermittlungen zu machen. Dadurch würde der öffentliche Nachweis immer mehr das werden, was er seiner ganzen Entstehung und Anlage nach sein soll: die Zentralstelle für den örtlichen Arbeitsmarkt, an dem sich der Gesamtverkehr zwischen

Käufern und Verkäufern der Ware Arbeitskraft abspielt. W. C.



Die Dauer des ökonomisch produktiven Lebens. Man kann im großen und ganzen annehmen, daß die ökonomisch produktive Lebensperiode des Menschen mit dem 15. Lebensjahre anfängt und mit dem 60. aufhört. In ähnlicher Weise wie die durchschnittliche Lebensdauer läßt sich auch die durchschnittliche Dauer des ökonomisch produktiven Lebens einer Bevölkerung berechnen. In Conrads „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ berechnet Giorgio Mortete die mittlere produktive Lebensdauer. Im Deutschen Reiche (1891—1900) ist die mittlere produktive Lebensdauer der Neugeborenen 26,04 Jahre. Auf einzelne Staaten verteilt ist sie

in Preußen (1897-1904) 27,5 Jahre.
in Württemb. (1891-1900) 23,9 „
in Bayern (1881-1890) 22,4 „

In Berlin ist die mittlere produktive Lebensdauer kaum kürzer als in Preußen im allgemeinen (26,9 gegen 27,5). Dagegen bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Provinzen und zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung jeder Provinz. Der höchste Wert wird bei der ländlichen Bevölkerung von Schleswig-Holstein (32,3), der niedrigste bei der städtischen Bevölkerung Schlesiens (24,3) gefunden. Die mittlere produktive Lebensdauer nimmt in dem Grade zu, wie die allgemeine Sterblichkeit zurückgeht. Also bringt, wenn auch alle anderen Bedingungen gleichbleiben, die Abnahme der Sterblichkeit als unmittelbare Folge mit sich eine relative Verminderung der Produktionskosten des erwachsenen Menschen. Die ökonomische Produktivität nimmt zu und damit der Wohlstand.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

MIGUEL V. MORENO: DIE REVOLUTION VON BARCELONA.



IE Wogen der Erregung über die Hinrichtung Ferrers und alles, was ihr vorausgegangen, haben sich gelegt. Die Zeit scheint gekommen zu sein, um die Erhebung Barcelonas bereits vom unparteiischem Standpunkt der Geschichte aus zu betrachten.

Welches sind ihre Ursachen gewesen?

Barcelona und vor allem seine Arbeiterklasse wollte gegen die spanische Eroberungspolitik in Marokko protestieren. Vergeblich suchte man sie davon zu überzeugen, das es sich darum handle, ein barbarisches Land zu zivilisieren und den Tod spanischer Arbeiter zu rächen.

Der gesunde Sinn des Volkes von Barcelona erkannte klar, daß es sich hier einzig um die Durchführung finanzieller Pläne handele; daß das Interesse gewisser Aktionäre an den Bergwerksunternehmungen am Riff das treibende Motiv der Expedition bilde. — Auch mußten die spezifischen Umstände der spanischen Wehrpflicht den Unwillen der Arbeitermassen, in den Kampf zu ziehen, nur noch steigern. Lastet doch gerade auf ihnen allein die Blutsteuer, während Angehörige des Bürgertums sich Ersatzmänner kaufen können.

Des weiteren hatte die Regierung die Ungeschicklichkeit begangen, vielfach Reservisten nach Marokko zu senden, Familienväter usw. und der Zorn und Schmerz der Gattinnen und Kinder trug zur Volksempörung bei. 70 Prozent Reservisten desertierten, jedermann wollte die nahe französische Grenze gewinnen, um nicht mitziehen zu müssen, und als schließlich doch eine starke Truppe im Hafen von Barcelona eingeschifft werden sollte, kam es zu den heftigsten Demonstrationen.

Das Gewerkschaftskartell von Barcelona berief eine große Protestversammlung ein, und als nun die Behörden ihre Abhaltung untersagten, wurde der Generalstreik proklamiert. Verfasser dieser Zeilen trat mit mehreren anderen Gesinnungsgenossen zu einem Streikkomitee zusammen, Delegierte wurden nach allen Industriezentren der Provinz gesandt. Die Frauen vor allem, die zu vielen Tausenden in den Webereien und Gerbereien Barcelonas arbeiten, schlossen sich dieser Bewegung mit Leidenschaft an; unter dem Rufe „Nieder mit dem Krieg“, zogen sie in großen Scharen mitten durch die Stadt und erzwangen überall die Arbeitseinstellung.

Vielfach folgte man ihnen gern, andere Gruppen der Angestellten wieder zögerten — vor allem die Leute der Straßenbahn. Daraufhin warfen sich die Frauen auf die Geleise und brachten auf diese Art den Verkehr zum Stillstand. — Kämpfe mit der Polizei folgten; auch die Truppen wurden zugezogen — und das Volk empfing sie mit Beifall, begrüßte sie als Brüder. Die Truppen selbst verhielten sich passiv, verweigerten es, auf das Volk zu schießen, — ohne den erbitterten Widerstand der Polizei wäre Barcelona unfehlbar den Revolutionären in die Hände gefallen.

Was weiter folgte, waren nicht mehr bewußte Unternehmungen unseres Komitees, noch irgend eines anderen Organs. Der Kampf schuf sich eigene Gesetze. Die leidenschaftliche Erregung des Volkes folgte ihrem eigenen Instinkte, keinem ordnenden Willen mehr. So kam es zu Stürmen gegen die

Klöster und Kirchen, in denen sich die antiklerikale Gesinnung der Bevölkerung entlud; eine Manifestation zog die andere nach sich, die entfesselte Naturkraft wütete. So sehr nun aber auch die Taten dieser Tage vom Standpunkt der Vernunft und Menschlichkeit verurteilt werden müssen, mag es doch gestattet sein, die Tatsachen in ihrer Begrenztheit darzustellen. Mit Unrecht hat man gesagt, daß die Klöster geplündert worden seien. Wertobjekte derselben wurden zerstört, nicht geraubt. Ebenso wurde das Leben der Klosterinsassen und Priester überall geschont. Nirgends kamen Akte individueller Grausamkeit vor, nur gegen die Gebäude selbst, Symbole der Kirchenherrschaft, der man als Bevormünderin Spaniens die Schuld an dem Marokkokriege gab, richtete sich die Wut des Volkes.

Die Revolutionäre glaubten, daß die Arbeiterbevölkerung der anderen Städte Spaniens ihrem Rufe nachfolgen werde. Falsche Gerüchte liefen um, daß die Republik in Madrid proklamiert sei. Dieser Taumel nahm erst ein Ende, als Truppen aus dem Innern kamen, taub gegen alle Verbrüderungsreden, lebendiger Beweis, daß die revolutionäre Bewegung auf Catalonien beschränkt sei. Der Kampf und die Unterdrückung begannen. Die Revolution war gescheitert.

Mehr als alles dies hat ganz Europas Aufmerksamkeit das Los eines einzelnen Mannes gefesselt, der Tod Francesco Ferrers, und immer wieder fragt man sich, ob er schuldlos gefallen.

Die Antwort ist für den, der die blutigen Tage mitgemacht hat, klar und zweifellos. Auch die anderen, die mit ihm erschossen worden sind, waren nicht gemeinen Instinkten gefolgt, sind nicht schuldbeladen im gewöhnlichen Sinne; aber sie hatten gekämpft, sie wurden besiegt und erlitten den Lohn des Besiegten. Ferrer hat nicht zu ihnen gehört. Er stand der ganzen Bewegung vollständig fern. Niemand von uns, die in Wahrheit dieselbe geleitet hatten, ist jemals mit ihm in Berührung gestanden. Während wir den Generalstreik proklamierten, beschäftigte er sich mit den Angelegenheiten seiner Verlagsfirma und der von ihm geleiteten Freien Schule. Allgemein war bekannt, daß er sich seit langem von allen Aktionen der Politik zurückgezogen und ausschließlich seinen idealen pädagogischen Reformbestrebungen (vor allem der Einführung weltlichen Moralunterrichts) gelebt habe, daß nicht nur sein Vermögen, sondern all sein Denken und Schaffen allein diesem Werk gehörten.

So wurde er in Barcelona durchaus nicht zu den Unsrigen gezählt, und so mag es sich auch erklären, daß sein Tod in Barcelona selbst nicht eigentlich Erregung wachrief. Er war mit der Revolution so wenig in Fühlung gewesen, daß sein Tod nur entweder als Irrtum der Regierung oder aber als gewollter Schlag gegen eine ganz andere Sache als die der Revolution in Barcelona, nämlich den Gedanken der weltlichen Schule, aufgefaßt werden konnte.

Wenn wir aber auch in Ferrer nicht einen der Unseren gesehen haben, so begreifen wir trotzdem, was in seinem Schicksal Europa aufwühlt — und auch wir müssen bekennen, daß es traurig um unser Land bestellt ist, in dem die Begründung einer freien Schule mit dem Tode bestraft wird.



CHRONIK

DIE föderalistischen Bestrebungen in Spanien. Die Revolution in Barcelona wurde vielfach in Spanien und im Auslande als ein Ausfluß separatistischer Gesinnung der katalonischen Bevölkerung gedeutet; man unterschob ihr das Ziel, Katalonien vom spanischen Königreiche loszureißen; dies ist ein Irrtum! Die nationale katalonische Partei ist der revolutionären Bewegung fern geblieben.

Gewaltmittel widerstreben ihr und überdies ist ihr Anhang in den eigentlichen Arbeiterschichten, welche die Träger der jüngsten revolutionären Bewegung gewesen sind, zu klein. Die Bewegung wurde von Republikanern, Sozialisten und noch weiter linksstehenden Gruppen geleitet, trug den Charakter des proletarischen Kampfes, des Antimilitarismus, wie man sie auch in anderen Ländern zu sehen gewohnt ist. Die katalonische Partei hatte damit nichts zu schaffen.

Welches sind nun die Ideen und die Aktionsmittel dieser Partei? Auch darüber hat man viel Falsches verbreitet. Die Partei will nicht ein selbständiges Reich Katalonien schaffen; sie sieht leider allzu sehr ein, daß solche Selbständigkeit für Katalonien und seine Industrie ein schwerer Schlag wäre.

Die Bevölkerung der Landschaft lebt in der Tat fast ausschließlich von industrieller Arbeit und die Erzeugnisse der blühenden Fabriken finden ihren Hauptabsatz in den industriearmen Landschaften des ganzen spanischen Reiches. Katalonien von Spanien losreißen, hieße Zollschranken zwischen beiden Gebieten errichten, hieße Katalonien seinen besten Markt sperren. Die katalonische Partei strebt aber gar nicht nach diesem Ziel. Sie will

kulturelle und politische Selbstverwaltung im Rahmen des spanischen Gesamtstaates erzielen, sie will für ihre eigenen Angelegenheiten selbst eintreten, will, daß katalonische Beamte und Richter in katalonischer Sprache Recht sprechen und die Verwaltung führen, sie will, daß die alte katalonische Kultur in den Schulen des Landes gelehrt werde, sie will, daß die alten Literatur- und Kunst-Traditionen neu aufblühen.

Irgendwelche Feindseligkeit gegenüber den anderen Teilen Spaniens liegt diesen Bestrebungen nicht zugrunde; im Gegenteil; man blickt in Katalonien mit reger Sympathie auf die Kulturbestrebungen der übrigen Stämme, die Spanien bewohnen.

Auch im Herzen Spaniens, in Kastilien, findet die Bewegung immer mehr Interesse und Sympathie. Maura selbst, der Leiter der letzten konservativen Regierung, kalt und schroff jeder anderen freiheitlichen Bewegung gegenüberstehend, erkannte sehr wohl die Bedeutung der katalonischen Bewegung, trat mit ihren Führern in Beziehung und brachte unter ihrem Einfluß ein Gesetz vor das Parlament, in dem den einzelnen Provinzen und Körperschaften ein hohes Maß von Selbstverwaltung gewährt werden sollte.

So paradox es klingen mag: die Unterwerfung der Revolte von Barcelona durch Maura schien der Sache Kataloniens gewisse Hoffnungen zu bieten: Der Sturz Mauras und die Gründung einer neuen liberal-zentralistischen Regierung trägt sie wieder zu Grabe. Allerdings nur für einige Zeit. Katalonien wird nicht aufhören, sein altes historisches Staatsrecht zu fordern, es wird sich stets als eine freie Nation fühlen, trotz seiner Niederlage im Jahre 1714, die Kastilien die Oberhand gab. Es

wird seine Sprache nicht aufgeben, die von allzuvielen Zeitungen und Körperschaften, von allzuvielen Talenten verteidigt wird, es wird sein Selbstvertrauen bewahren, um so mehr, als es anerkannterweise die wirtschaftlich und geistig vorge-

srittenste Landschaft Spaniens ist.

Über alles wechselvolle in der Politik hinweg wird es seinen Idealen und Bestrebungen nach Selbstverwaltung und Freiheit treu bleiben.

Santos y Val, Barcelona.

SOZIALE ENTWICKLUNG.

GRETE MEISEL-HESS, BERLIN: DIE SEXUELLE KRISE*).

IN meinem Buche gleichen Titels habe ich mir die Aufgabe gestellt, die krisenhaften Vorgänge innerhalb des menschlichen Geschlechtslebens unserer Kulturwelt deutlich zu machen. Vor allem ist es die Ehe, die sich, als Basis der gültigen Sexualordnung, der Kritik darbietet. Die offizielle Dauerverbindung eines Paares umschließt hohe Werte, die Monopolisierung der Monogamie bewirkt aber auch, daß Millionen gesunder Menschen von der Fortpflanzung ausgeschlossen sind, und daß nicht selten gerade die Skrupellosesten, der Zeugung gegenüber Unbedenklichsten zur Fortpflanzung gelangen, daß ferner Millionen am naturgemäßen Geschlechtsleben überhaupt verhindert sind, weitere Millionen nur in der Prostitution ihren Geschlechtstrieb befriedigen können. Nach der letzten Zählung haben wir 6 Millionen Junggesellen und ungefähr 8 Millionen unverheirateter aber heiratsfähiger Frauen in Deutschland. Nur durch Übertretung des legitim-monogamen Prinzips gelangen diese 14 Millionen „Ausgeschlossener“ überhaupt zu zeitweiliger Geschlechtsbetätigung. Dabei wächst die Zahl der Zölibatäre ständig. Insbesondere die Ehe des jungen Mannes, in der Vollkraft seiner Jahre, des besten Erzeugers, ist wirtschaftlich nahezu unmöglich. Der Miterwerb der Frau sollte da helfend eingreifen. Aber es geht nicht an, von der Frau vollwertigen regulären Außenerwerb zu verlangen, wie es die Frauenbewegung in ihren Anfängen unternahm, ohne ihre Geschlechts- und Fortpflanzungsfunktionen zu berücksichtigen, ohne den Kraft- und Energienverlust, den die Frau als Geschlechtswesen und als Hüterin der Rasse zuzeiten erleidet, nummerisch in Anschlag zu bringen. Die Erhaltung der Familie ruht also nach wie vor hauptsächlich auf dem Mann, der in immer späteren Jahren dazu gelangt, dieser Voraussetzung zu entsprechen. Diese Konstellation hat eine bedenkliche Verkehrung des Werbekampfes gezeitigt. Die Möglichkeit der Auslese der Besten,

*) Frau Meisel-Hess hat sich auf unseren Wunsch bereit erklärt, die grundlegenden Gedanken ihres Werkes „Die sexuelle Krise“, das zu erregten Debatten Anlaß gegeben hat, hier kurz zu skizzieren.

Die Redaktion.

der Höherentwicklung der Art steht und fällt mit der Wahlfreiheit beider Geschlechtspartner. Durch die Gefährdung, welche die Fortpflanzungsvorgänge durchweg für das Weib bedeuten, ist der männliche Partner (unter natürlichen Umständen) der Werbende, sowohl in der Tierwelt als auch bei den Naturvölkern. Nur unsere „Ordnung“ hat es zustande gebracht, daß der erbärmlichste Wicht eine Unzahl von Frauen zur Ehe haben kann. Der Kampf um das Weib wurde in das Gegenteil verkehrt, indem die Fortpflanzungsmöglichkeit auf eine Institution gestellt wurde, die mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Mannes steht und fällt.

Das Wesen der ehelichen Gemeinschaft birgt zahlreiche günstige Momente. Die dauernde sexual-soziale Verbindung mit einem Wesen des anderen Geschlechts wird ewiges Streben der Individuen höherer Art bleiben. Aber diese Form der Dauergemeinschaft ist ihrem tiefsten Sinne nach ein Ziel, welches nur nach Durchschreitung vielfältiger Lebensphasen erreicht werden kann, sofern nicht Kompromisse, welche den höchsten Zwecken der Art widersprechen, geschlossen werden. Daher müssen auch vor der Erreichung des Idealzustandes, den die freiwillige glückliche Dauerverbindung mit dem bestpassenden Genossen repräsentiert, Möglichkeit und Spielraum auch für andere rassenfördernden Formen des erotischen Lebens gefordert werden. Insbesondere die Fortpflanzung, soweit sie der reinen Zuchtwahl entspringt, muß, unabhängig von der Ehemöglichkeit oder Ehowilligkeit der beiden Partner, ein schützendes Gehege finden, sollen die besten Exemplare des Nachwuchses — jene, welche von jugendlichen Liebenden, von auf der Höhe ihrer biologischen Kräfte stehenden und vom Willen zur Zeugung durchglühten Menschen erschaffen werden können — der Gattung nicht rundweg unterschlagen werden. Dazu bedarf es aber unserer Meinung nach nicht nur des charitativen Schutzes der Mutter und des Kindes, sondern der prinzipiellen Anerkennung jeder gesunden Fruchtbarkeit.

Ist das legitime Moment der Ehe nicht selten ein verhinderndes Moment der reinen geschlechtlichen Zuchtwahl, so birgt das Prinzip der Ehe doch noch ein anderes Phänomen, welches als hoher Kulturfaktor in allen Stürmen, die unsere alten Tafeln bedrohen, gerettet und erhalten werden soll. Dieses Moment ist es, das im letzten Sinne das eheliche Prinzip darstellt: es ist das Moment der offiziellen sozialen Gemeinschaft, die ein Paar unter den Schutz der Gesellschaft stellt. Ein Verhältnis, das in die Heimlichkeit gestoßen wird, entbehrt der guten Genien, und das tief Unbefriedigende einer solchen „freien“ Sexualbeziehung, die nicht auch auf Verknüpfung der beiderseitigen sozialen Lebenssituation beruht, ist nicht zu leugnen. Im sozialen Kampfe braucht das Individuum vor allem den Genossen. Darum erscheint es notwendig, daß mit der Anerkennung der Leichtlöslichkeit sexual-sozialer Beziehungen das Verständnis der Gesellschaft für wiederholte Knüpfung solcher Bündnisse im Laufe eines Lebens Hand in Hand geht, und daß mit dieser Anerkennung die Verstoßung solcher Verhältnisse in die Heimlichkeit und hinter den Rücken der Gesellschaft entfällt. Die Dauerehe wird immer das Ziel der Sehnsucht der Menschen bleiben. Wenn wir trotzdem die gesellschaftliche Akkreditierung auch flüchtigerer Formen der sexuellen Verbindung verlangen, so ist es, weil diese Dauerehe nur unter den größten Schwierigkeiten zustande kommt, zumindest zwischen Partnern, deren Wahl auf freier Auslese beruht, wie wir sie im Interesse der Unverfälschtheit der Selektion fordern müssen; wir bedürfen demnach auch der Anerkennung solcher Bündnisse, die vielleicht nur zur Vermehrung des individuellen Glücks

für eine bestimmte Periode des Lebens oder zur Hervorbringung tauglichen Nachwuchses führen. Die Voraussetzung dieser notwendigen Sexualreform ist der vollwertige Gesellschaftsschutz von Mutter und Kind. Hier ist der Mittelpunkt, dem sich alle unsere Folgerungen, von welcher Seite immer wir zu ihnen gelangen mögen, zudrängen. Die Gesellschaft wird daher danach streben müssen, dem Konkubinat jene Würde wiederzugeben, die ihm gemäß seiner historischen Vergangenheit und seiner Entwicklungsfähigkeit in die Gesellschaftsformen der Zukunft hinein gebührt. Von dem Konkubinat der Vergangenheit wird sich diese Gemeinschaftsform durch den offiziellen Schutz der Mutter und der jungen Generation unterscheiden.

Erst wenn das Weib in der Verfügung über sein Geschlechtsleben nicht nur ökonomisch frei wird vom Manne, sondern auch als Mutter auf jeden Fall sozial rehabilitiert ist, erst dann ist daran zu denken, daß es dem Mann wieder mit Würde und innerer Kraft entgegentritt, daß der normale Werbekampf wieder einsetzt, daß die Zeugung wieder nach den Gesetzen der freien beiderseitigen Auslese vor sich geht, daß die „Krise“ sich löst. Die doppelte Moral hat aus der Frau eine ausgehungerte Festung gemacht, die vor dem erstbesten Angreifer zu kapitulieren gezwungen ist. Durch den erotischen Hungertod, der als einzige Möglichkeit bürgerlicher Anständigkeit der Frau verblieb, die zur Ehe nicht gelangte, hat man ihr alle Scham und alle Würde genommen, hat sie zur „Werbenden“ gemacht und damit den Auslesekampf unterbunden. Diese Moral ist gezeichnet durch das Phänomen der *contradictio in adjecto*, das ihr anhaftet: denn die dem Mann erlaubte „Freiheit“ setzt den „Fall“ des Weibes voraus, seine Befriedigung nimmt den Weg über ihre Schande.

Nur aus Artinteressen hat sich Moral gebildet. Und die sexuelle Moral der Zukunft wird heißen: gesunde schöne Menschenexemplare erzeugen, Fortpflanzungsenergien nicht mißbrauchen noch verkümmern lassen und dem Partner der Gemeinschaft statt Forderungen betreffs der Vergangenheit und einer Verpflichtung auf „Ewigkeit“ eine Vermehrung seiner Kraft, eine Erhebung seines Stolzes, eine Bereicherung seiner Lebenswerte zukommen lassen. Keuschheitsforderungen werden aus sanitären Gründen immer notwendig sein, aber für Mann und Weib im gleichen Maße. Und so gehen aus der sexuellen Krise die Forderungen nach Freiheit Hand in Hand mit denen der Beschränkung, der strengsten Selbstzucht im Hinblick auf das Wohl und Wehe der Nachkommenschaft, im Sinne einer Höherpflanzung der Art. Und aus der Fülle von Lügen, die das Geschlechtsleben der Menschen umtürmen, drängen Forderungen, die nach der Kantschen Definition moralische Forderungen sind, das heißt „a priori in der Vernunft ihren Sitz haben“. Einzig die Anerkennung auch der freien Sexualverbindungen und die sich aus dieser Anerkennung ergebende Beschützung von Mutter und Kind birgt die Möglichkeit, die Prostitution nach und nach entbehrlich zu machen.

Wir sind es gewohnt, die eheliche Form des Geschlechtslebens als Gegensatz zu der „Sumpfvegetation des Hetärismus“ *) zu betrachten, und doch finden wir auf dem Wege der Abzweigung des ehelichen, das ist des „demetrischen Prinzipes“ vom „tiefsten Tellurismus“, von jenem „Zaubergeranke der Sumpfvegetation“ ein unübersehbares Merkmal, welches als deutlicher Markstein in das geschlossene Gebiet der Ehe hineinweist. Dieser Markstein, der das freie und wilde Geschlechtsleben vom gebundenen scheidet, ist —

*) Bachofen: „Mutterrecht.“

die Mitgift. Die Mitgift mußte ursprünglich durch Selbsterwerb, durch Prostitution des Mädchens beschafft werden und die heiligen Hetären gelangten am ehesten zur Erfüllung des „demetrischen Prinzipes“. Als mit der Bekämpfung des Hetärismus die moralische Möglichkeit der Erwerbung der Mitgift durch Prostitution entfiel, ergab sich die Notwendigkeit der Aussteuerung des Mädchens von seiten seiner Familie. Die Beschaffung der Dos war eine den Römern wohlbekannte Pflicht und die indotierte eheliche Verbindung wurde schärfer verurteilt als das Konkubinat, weil für sie keinerlei Vorkehrungen getroffen waren wie für jenes, weil sie Unordnung in alle bestehenden Verhältnisse brachte. Neben diesen beiden Formen der Mitgift, der durch die Prostitution erworbenen und der von der Familie geleisteten, finden wir die Mitarbeit der Frau als eminent ökonomischen Faktor, mit dem zu allen Zeiten gerechnet wurde; aber erst in unserer Epoche wurde die Möglichkeit der bezahlten Frauenarbeit außerhalb des häuslichen Wirkungskreises erweitert, zum Teil neu geschaffen. Die Zahl der Familien, in denen von der Dotierung der Töchter nicht mehr die Rede sein kann, wächst immer mehr und mehr. Die Frauenbewegung mußte sich aber auch das Ziel stecken: jeder gesunden Frau die Mutterschaft zu ermöglichen. Frauenarbeit ist daher nicht nur Selbstzweck, sondern auch Mittel und Weg zur sexuellen Befreiung der Frau, deren wirtschaftliche Hörigkeit sie in eine andere Hörigkeit brachte, an der gemessen die wirtschaftliche nur ein Kinderspiel war: die geschlechtliche Hörigkeit, die gründlicher um jede Persönlichkeit bringt als jede andere. Schon die Amazone der Mythe ist nichts anderes als die geschlechtsstolze Frau, die ihr Schicksal auf sich stellt, um von keinerlei Geschlechtsfron wirtschaftlich abzuhängen und die die käufliche Hetäre überwindet. Ich sehe auch mehr und mehr die „alte Jungfer“ verdrängt von einer anderen Spielart. Seit das Mädchen seine Existenz nicht ausschließlich auf die Versorgung durch den Mann stellt, seit sie ihrem Dasein Inhalt und Fülle und Ziele zu geben vermag, auch wenn sie nicht zur Stellung der Ehefrau gelangt, seitdem bleibt zwar die unverheiratete Frau auf dem Plan, aber nicht mehr als alte Jungfer, sondern als „Junggesellin“. Sie altert nicht schneller als der Mann gleicher Jahre und sie braucht so wenig im Zölibat zu verbleiben als er, sie will nicht nur „Anteil an Geld, Macht, Ehren“ — wie es in Anna Karenina von der Frauenbewegung heißt —, sondern sie will auch freie Verfügung über die Gestaltung ihres intimsten Lebens. Sie will ferner ein Ziel und eine Zukunft, die nur von ihr selbst abhängen, sie will ein Eigenschicksal. Die Gesellschaft beginnt nach und nach einzusehen, daß jede Mutterschaft sie etwas angeht und daß Sexualordnung und Rassenwohlfahrt in einem unzertrennlichen Zusammenhang stehen. So wird sie vielleicht auch einsehen, daß der weibliche Schoß frei werden muß von allen jenen Nötigungen, die ihn der freien Zuchtwahl verschließen und ihn der verfälschten eröffnen. Nur dadurch wird sie jenes „eigentlich Lebendige“ beschützen, dessen Träger nicht das einzelne Individuum ist, sondern jene Vielheit, jenes Umwandlungsorgan des Lebens in immer höhere Formen: die Rasse.

Die Beschaffenheit der Rasse ist die direkte Frucht der jeweiligen Fortpflanzungsordnung einer Gesellschaft. Da unsere Geschlechtssitten non-selektorisches, ja kontraselektorisches Faktoren zeitigen, da sie die Individuen, die nach Wahlfreiheit und nach natürlicher Auslese streben, nicht selten in ihrem mächtigsten Bedürfnis knebeln und die Befriedigung dieses stärksten Naturwillens durch innere und äußere Gebote verhindern, durch Mißstände

in der Gesellschaft und in der einzelnen Person, durch wirklichen Zwang und durch noch mächtigere Suggestionen, so ergibt sich als Fazit dieser „Krise“ ein ungeheures sexuelles Elend. Die psychopathischen Folgen dieses Elends bleiben auch nicht aus, die Nötigung durchaus normale Sexualaffekte „abzureagieren“, hat pathologische Phänomene gezeitigt, die die Forscher en bloc „Sexualneurose“ nennen und die sich vor allem in der psychischen Unzulänglichkeit moderner Dekadenten zur Bewältigung der somatischen Sexualspannung, sowie in den Konflikten zwischen jener Unfähigkeit und der sexuellen Bedürftigkeit äußern. Die Gesellschaft ist überladen von Sexualkrüppeln, von Invaliden ihrer Sexualordnung.

Resolutionen? — — Reformvorschläge? — — Die Dinge tragen das Gesetz ihrer Gestalt in sich und offenbaren sie durch ihr eigenes Werden. Ich sehe in dem immer deutlicher werdenden Mutterwillen des Weibes, in dem immer verstärkten Rassegefühl der Gesellschaft, in dem immer stolzeren Geschlechtsanspruch der Individuen Ansätze, die sich zu neuen Formen eines sexuellen Sittensystems auswachsen werden. Frauenbewegung, ergänzt durch vollwertigen Mutterschutz, die Rassenhygiene mit ihrer schon vorgeburtlichen Beschützung gesund erzeugter Devarianten, eine hohe sozialpädagogische Fürsorge der Gesellschaft dem in ihr erzeugten Menschenmaterial gegenüber und die vollkommene moralische Anerkennung und Förderung jeder gesunden Fruchtbarkeit — nach Maßgabe der vorhandenen Brotstellen —, das erscheinen mir die Pfeiler, auf denen der Bau eines reformierten Sexuallebens ruhen dürfte.

Gesunde und begehrte Frauen, die jetzt vielfach dem Zölibat und der Prostitution überliefert sind, dürften dann vom Fortpflanzungswerk nicht mehr ausgeschlossen bleiben, während zahllose Ehefrauen, deren Mutterkraft sich heute in zu vielen Geburten erschöpft, durch eine zielbewußte Bevölkerungshygiene entlastet würden. Da mit der Geburtenziffer einer Familie deren Sterblichkeit wächst (besonders im Proletariat) bedeuten diese überzähligen Sprößlinge einer mißbrauchten Fruchtbarkeit — ganz ebenso wie jene unterschlagenen Früchte der begehrenden Kraft — passive Posten in der Bilanz des Lebens.

CHRONIK

2. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes. Der Deutsche Werkbund begann seine zweite Jahresversammlung am 2. Oktober in Frankfurt a. M. Der Geschäftsführer Dr. Dohrn berichtete über die Tätigkeit des Deutschen Werkbundes im abgelaufenen Geschäftsjahr 1908 bis 1909 und gab eine Übersicht über die Einwirkungen, die dem Bunde

in künstlerischer Hinsicht bisher möglich gewesen sind. Daran schloß sich das Arbeitsprogramm für das nächste Jahr.

Die wichtigste dieser Veranstaltungen ist die deutsche Abteilung auf der Weltausstellung Brüssel 1910, deren Abteilung Raumkunst und Kunstgewerbe zum ersten Male auf einer Weltausstellung nach rein sach-

lichen Gesichtspunkten auf Betreiben des DWB. geordnet werden.

In Berlin soll im nächsten Jahre eine Ausstellung vom Zementwaren-Fabrikanten-Verein Deutschlands, E. V., stattfinden, bei der der Deutsche Werkbund insofern um eine künstlerische Einwirkung gebeten worden ist, als es sich um vorbildliche Verwendungen von Kunststein und Zement handeln soll. Die Versammlung beschloß, diese Einladung anzunehmen.

In Frankfurt a. M. wird im Jahre 1911 eine Kunstgewerbe-Ausstellung beabsichtigt, deren Leitung in den Händen des Deutschen Werkbundes liegen soll.

Hervorzuheben ist noch, daß der Deutsche Werkbund ein umfangreiches Werk über Material-Kontrolle unter dem Titel „Gewerbliche Material-Kunde“ und unter der Leitung des Herrn Dr. Paul Kraus in Tübingen herauszugeben beabsichtigt, dessen erster Band sich bereits in Vorbereitung befindet. Eine eigene Zeitschrift, resp. ein Vereinsorgan wird der DWB. vom 1. Januar 1910 an nicht mehr besitzen, da er der Öffentlichkeit auf andere Weise, durch Vorträge, Vorführungen und Lehrkurse von seinen Zwecken und Zielen Kenntnis geben will. So werden im nächsten Jahre Kurse für Flächenverzierung, zur Weiterbildung der Musterzeichner von Fabrik-Ateliers stattfinden, während schon für dieses Jahr Vorträge zur Geschmacksbildung des deutschen Kaufmanns beabsichtigt sind, die im Verein mit dem „Deutschen Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen“ in Braunschweig durchgeführt werden und die wohlwollende Förderung der Handelskammern in mehreren deutschen Ländern bereits gefunden haben.

Der diesjährigen Tagung sind einige künstlerische Veranstaltungen angegliedert, so z. B. eine Wanderausstellung aus dem Besitze des Deutschen Museums für Kunst in

Handel und Gewerbe, Hagen i. W., unter dem Titel „Die Kunst im Dienste des Kaufmanns“ und eine Ausstellung vorbildlicher Fabrikbauten, die erstere im Frankfurter Kunstgewerbemuseum, die zweite in der Akademie für Sozialwissenschaften.

Zum Schluß beantragte Fritz Hellwag-Berlin die Begründung einer Presse-Zentrale des Deutschen Werkbundes. Sein Antrag fand Annahme und es wurde folgende Resolution gefaßt:

„Der DWB. wünscht, den illustrierten Blättern, insbesondere den weitverbreiteten Familien-Zeitschriften bestes Abbildungsmaterial von einwandfreien künstlerisch bedeutenden Qualitäts-Arbeiten besser als bisher zugänglich zu machen. Er wünscht ferner, die Zeitschriften und die Tagespresse schnell, sicher und einheitlich mit einwandfreiem Tatsachen-Material aus den Arbeitsgebieten des Werkbundes zu versorgen. — Er errichtet zu diesem Zwecke eine Presse- und Illustrations-Zentrale. Die Mitglieder werden ersucht, ihre eigenen neuen Arbeiten dieser Zentrale in guten Abbildungen einzusenden. Die Zentrale ist verpflichtet, auf das Beste für Verbreitung dieses Materials zu sorgen. Hingegen dürfen die Mitglieder keinerlei Material ohne Vermittlung der Zentrale vergeben; ausgenommen an die großen Fach- und Kunstzeitschriften, von denen ein Verzeichnis noch aufgestellt werden wird. Es dürfen auch andere, gleichgiltig, ob sie dem Mitgliederkreise des DWB. angehören oder nicht, gute Arbeiten einsenden.“

Die Leitung der Presse-Zentrale des Deutschen Werkbundes wurde den Schriftstellern Fritz Hellwag, Robert Breuer und Max Osborn, sämtlich in Berlin, übertragen; den Vorsitz in dieser Kommission führt der jeweilige Geschäftsführer des DWB.



Volkswirtschaftliche Unterrichtskurse für Arbeiter veranstaltet der Verband deutscher Gewerkvereine in der Zeit vom 22. November bis zum 18. Dezember in Berlin. Das Programm umfaßt unter anderem Vorlesungen: über Volkswirtschaft, Vortragsdispositionen, Konservatismus, Sozialismus, Anarchismus, Liberalismus, über die Stellung der Unternehmer in Handwerk und Industrie, über Schutzzoll, Freihandel, direkte und indirekte Steuern, die Frauenfrage, die Versicherungsgesetze, Kassen- und Rechnungswesen usw. Es wird versucht, beste Lehrkräfte heranzuziehen, und viele haben schon zugesagt. Die Vorlesungen über die politischen Parteien hat Abgeordneter D. Naumann übernommen. Die genannten Vorlesungen finden nur in den Vormittagsstunden statt. Die Nachmittage sollen mit mündlichen Wiederholungen und Übungen, sowie mit schriftlichen Arbeiten ausgefüllt werden.

Verminderung der Dienstboten in Deutschland. Bei der allgemeinen Berufsstatistik wurde festgestellt, daß die Zahl der Dienstboten sich von 1895 bis 1907 von 1 339 000 auf 1 265 000, also um rund 75 000 verringert hat, trotzdem in der gleichen Zeit sich die Bevölkerung um etwa 7¼ Millionen vermehrt und trotzdem sich der Wohlstand gegen früher enorm gesteigert hat. Der „Hilfe“ zufolge ist allein in Preußen nach der Einkommensteuerstatistik die Zahl der Zensiten mit einem Einkommen von 6000 bis 30 000 M. von 1892 bis 1907 um ein Drittel, d. h.

um 50 000 Haushaltungen auf 151 500 gestiegen. Während danach etwa 50 000 Dienstboten allein in Preußen mehr nötig wären, ist aber die Gesamtzahl sämtlicher im Deutschen Reiche verfügbarer Dienstboten um 75 000 gefallen. Ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, die Maschine noch weit mehr als es jetzt geschieht als Helferin bei der Hausarbeit zu verwenden.

Genossenschaftswesen in der französischen Armee. In den letzten Jahren hat die genossenschaftliche Bewegung in der französischen Armee starke Fortschritte gemacht und ist eine Reihe von Verbänden für genossenschaftlichen Betrieb von Kaminen in den Kasernen, begünstigt durch die fördernde Unterstützung der Heeresverwaltung, entstanden. Man zählt derzeit 860 solcher genossenschaftlicher Kaminen für Mannschaften mit 123 400 Mitgliedern, 169 Kaminen für Unteroffiziere mit 9899 Mitgliedern und 82 Offiziersmessen mit 8399 Mitgliedern. In der Grenzfestung Toul besteht ein genossenschaftlicher Verband der verschiedenen Truppengattungen zum Zwecke des Einkaufs von frischem Fleisch; 14 000 Mitglieder gehören ihm an, und der Warenumsatz beträgt eineinhalb Millionen Frances. Hand in Hand mit dieser Bewegung geht die Errichtung von Lesesälen in den Kasernen und die Veranstaltung von Vorträgen über wissenschaftliche und gewerbliche Themen, gleichfalls im Sinne der von der Heeresverwaltung erlassenen Rundschreiben.

TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

HANS PRZIBRAM, PRIVATDOZENT A. D. UNIVERSITÄT
UND LEITER DER BIOLOGISCHEN VERSUCHSANSTALT WIEN:
DIE ERSTEN ERFOLGE DER EXPERIMENTELLEN
ABSTAMMUNGSLEHRE *).



OWOHL in Lamarcks Verwendung der funktionellen Anpassung, als auch in Darwins Lehre von der natürlichen Zuchtwahl spielten die ungeheueren, der Natur zur Verfügung stehenden Zeiträume eine große Rolle für die Ableitung einer Tierart aus ihren Stammformen.

Man dachte sich in jeder Generation bloß einen kleinen, schier unmeßbaren Fortschritt, der erst durch Wiederholung desselben Prozesses an dem bereits erblich veränderten Produkte in jeder folgenden Generation endlich zu den merkwürdigen Anpassungen geführt hätte, die wir überall an den Lebewesen beobachten. Da nun die Spanne eines Menschenlebens gegenüber den Zeitaltern der Natur unendlich klein erscheint, so sieht es aufs erste hoffnungslos aus, die Änderung von Arteigenschaften im Versuche mit beschränkter Zeit durchführen zu wollen. Zwei Umstände haben es jedoch erlaubt, die lange Zeit zu umgehen: erstens die Verwendung intensiver Veränderungen der äußeren Verhältnisse, zweitens die Prüfung der Erblichkeit in strenger Inzucht.

Bereits im Jahre 1864 hatte Dorfmeister nachgewiesen, daß einige Schmetterlingsarten, die zu verschiedenen Jahreszeiten ein verschieden gefärbtes Falterkleid tragen, auch in der unrichtigen Jahreszeit zu einem bestimmten Kleide gezwungen werden können, wenn die Puppen in einer entsprechenden, für die Jahreszeit ungewöhnlichen Temperatur gehalten worden sind. Durch das gleiche Mittel können nördliche Varietäten in südliche umgewandelt werden und bei Anwendung sehr extremer Wärmegrade entstehen Formen, wie sie meist in der Natur noch nirgends gefunden wurden, oder nur äußerst selten, nach plötzlichen Wetterwechseln, z. B. Gewittern angetroffen wurden.

Drei Schweizer Gelehrte, Standfuß, Fischer und Pictet haben in den letzten Jahren durch äußere Faktoren veränderte Schmetterlinge untereinander zur Fortzucht gebracht und nun trotz Wiederherstellung normaler Bedingungen daraus gleichsinnig veränderte Falter erhalten.

Ähnliche Versuche sind Schröder in Itzehoe-Schleswig geglückt. Bedeutender sind aber seine Experimente über die Erblichkeit künstlich erzogener Instinktvariationen, welche durch Veränderung der Nahrungspflanzen von Insektenlarven herbeigeführt wurden. So wurden gewisse Räupchen von Kleinschmetterlingen, die in der Natur gewohnt sind, die Blattspitzen der Futterpflanze einzurollen, durch stetes Entfernen aller Blattspitzen gezwungen, die Einrollung an den Blatträndern vorzunehmen: die Nachkommen der folgenden Generationen behielten nun diese Gewohnheit

*) Vgl. „Anstalten für experimentelle Abstammungslehre“, im Juniheft der Zeitschrift.

im immer größeren Prozentsatze, auch wenn die Blattspitzen ihrer Futterpflanzen unversehrt gelassen wurden. Ferner nahmen die Nachkommen gewisser kleiner Blattkäfer, die mit einer fremden Futterpflanze aufgezogen worden waren, nun in immer größerer Anzahl die neue statt der alten Futterpflanze an, wenn beide ihnen zur Auswahl geboten wurden und legten auch ihre Eier auf die neue Futterpflanze. Sehr gründlich untersuchte der Amerikaner *T o w e r* (jetzt in Cold Spring Harbor tätig) die Varietäten der Kartoffelkäfer und konnte durch künstliche Einwirkung oder Versetzung in ein fremdes Klima Formen herstellen, die sich bei Inzucht als völlig konstant in mehreren Generationen, auch bei Rückversetzung in die alten Bedingungen, erwiesen. Die veränderten Merkmale waren Farbe, Zeichnung, Größe, aber auch die Anzahl der Bruten in einem Jahre und andere biologische Momente.

Eine ganze Reihe von Merkmalen, die bislang als *A r t* charaktere betrachtet worden waren, hat *K a m m e r e r* in unserer Biologischen Versuchsanstalt an Amphibien und Reptilien zu verändern vermocht. Den Ausgangspunkt seiner erfolgreichen, von der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt a. M. mit dem Sömmering-Preise gekrönten Arbeiten bildeten die Fortpflanzungsverhältnisse bei den Erdmolchen, dem Feuersalamander, (*Salamandra maculosa*) und dem Alpensalamander (*S. atra*). Normalerweise legt ersterer viele, mit Kiemen und Ruderschwanz versehene Larven in das Wasser ab, während letzterer bloß ein bis zwei Junge in völlig verwandeltem Zustande, ohne Kiemen und mit drehrundem Schwanz am Lande wirft.

Durch Entziehung des Wasserbeckens wurde nun der Feuersalamander veranlaßt, die Jungen lange Zeit bei sich zu behalten; während dieser Zeit verringert sich die Anzahl der Jungen und endlich werden bloß wenige und diese völlig metamorphosiert geboren — also gerade wie dies beim Alpensalamander in der Natur der Fall ist, wo ihm auch die reißenden Alpenbäche keine zur Ablage von Wasserlarven günstigen Gelegenheiten bieten.

Umgekehrt können die Jungen des Alpensalamanders, wie schon *Fräulein v o n C h a u v i n* in Freiburg i. B., eine Schülerin *Weismanns*, nachgewiesen hatte, aus dem Mutterleibe künstlich entnommen im Wasserbecken aufgezogen werden. Hierbei erleiden die zur Dotteraufnahme im Ei bestimmt gewesenen Kiemen gewisse, dem Wasserleben angemessene Veränderungen. *K a m m e r e r* hat nun in beiden Fällen, die Übertragung der erzwungenen Fortpflanzungsveränderung auf die Nachkommen bewiesen; denn diese schlagen bei der Fortpflanzung, obzwar unter den normalen Bedingungen gehalten, den Weg ihrer Eltern, nur etwas abgeschwächt, ein.

In neuester Zeit hat *K a m m e r e r* seine Versuche auf die Fortpflanzungsverhältnisse anderer Amphibien und Reptilien, sowie auf deren Färbungen ausgedehnt, und in zahlreichen Fällen die Vererbung aufgezwungener Veränderungen bestätigt gefunden.

Man hat gegen die Verwertung der angeführten Versuche für die Abstammung der Arten auseinander eingewendet, daß es *n o c h n i e* gelungen sei, eine Art in allen ihren Eigenschaften so zu verändern, daß sie nun völlig einer anderen Art gliche. Dies ist unzweifelhaft richtig, aber es muß darauf hingewiesen werden, daß z. B. bei den Salamanderversuchen die Jungen nicht nur in der direkt erzwungenen Fortpflanzungsveränderung der anderen Art angenähert waren, sondern auch in der Färbung und in der Ausbildung der Atmungsorgane Übergänge zu jener aufwiesen.

Ein anderer, von der Weismannschen Richtung ausgehender Einwand, glaubt in allen diesen Fällen nicht die Übertragung von den Elterntieren neuerworbener Eigenschaften, sondern bloß das Wiedereinschlagen früher begangener Entwicklungspfade zu erblicken. Diese Anschauung trägt aber nicht der Tatsache Rechnung, daß z. B. die Fortpflanzungsveränderung bei der einen Art in fortschreitender Weise von primitiverem Larvenlegen bis zum Vollmolchgebären, und nur bei der anderen Art in umgekehrter, rückschreitender Richtung verlaufen kann. Ja es gelang auch Kammere, den Feuersalamander in beiden Richtungen zu modifizieren, nämlich nicht nur aus einem larvenlegenden Tier in ein vollmolchgebärendes, sondern auch in ein eierlegendes Tier zu verwandeln.

Nach unseren jetzigen Erfahrungen ist es vielmehr sicher, daß jede Tierart in den einzelnen Eigenschaften weit über die Grenzen der in der Natur uns gegebenen Varietäten erblich abgeändert und ähnlichen Arten nach verschiedenen Richtungen hin angenähert werden kann.

Was die Kombination der verschiedenen Merkmale an einem und demselben Tierexemplare anlangt, so ist durch planmäßige Versuche, welche sich an die klassischen Experimente Mendels an Pflanzen anschließen, die getrennte Erbllichkeit einzelner Charaktere bewiesen worden.

Varietäten, die in mehreren Merkmalen voneinander abweichen, geben in bestimmter, streng numerischer Verteilung in ihrer Nachkommenschaft (Enkeln usw.) alle möglichen Kombinationen, darunter auch solche, die bis dahin bei der betreffenden Tierart noch nie angetroffen wurden.

Oftmals scheint zwei Varietäten ein und dieselbe Eigenschaft zu fehlen, z. B. die Färbung, aber bei Kreuzung beider Varietäten treten die sogenannten „Rückschläge“ ein, welche die volle Färbung der Stammart aufweisen. Einen solchen Fall hat z. B. Bateson an zwei weißen Haushuhnrassen nachgewiesen, deren Kreuzungsprodukte die prachtvollen Farben des Bankivahuhnes, der wahrscheinlichen Stammart unserer Haushühner, aufweisen.

Diese „Rückschläge“ brauchen aber jetzt nicht mehr als rätselhafte Erinnerungen an längst vergangene Zeiten aufgefaßt zu werden, sondern finden ihre Erklärung in dem Zusammentreffen von Farbfaktoren, deren jeder für sich nicht imstande ist, Farbe hervorzurufen, die aber vereint — nach der Art chemischer Reaktionen — bestimmte Färbungen ergeben.

Die Richtigkeit dieser Auffassung kann leicht mittelst weiterer Versuche geprüft werden, da beliebige Kombinationen der Eigenschaften hergestellt werden können und nun wieder die Nachkommen bekannter Kombinationen trotz äußerer Gleichheit sich in ihrer Erbfolge entsprechend den verschiedenen ihnen zugeteilten Faktorenkombinationen verschieden verhalten. Solche Versuche hat wohl zuerst Cuénot in Nancy an Mäusen durchgeführt.

Ebenso wie Eigenschaften latent bleiben können, weil ein innerer Faktor zum Offenbarwerden fehlt, können wir uns auch vorstellen, daß Eigenschaften unterdrückt sind, die bei Einwirkung eines bestimmten äußeren Faktors offenbar werden.

Der Einsiedlerkrebs ist ein beliebtes Objekt entwicklungsgeschichtlicher Betrachtung: seine Gewohnheit, den Hinterleib in Schneckenschalen einzuzwängen, hat ihm seinen Namen verschafft und man nahm an, daß die formlose, weiche und farblose Beschaffenheit seines Hinterleibes die Folge des Aufenthaltes ungezählter Generationen in den Schneckenschalen sei. Das

Bestehen rudimentärer Anhänge am Hinterleibe legte die Ableitung der Einsiedler von anderen mit deutlich gegliederten, panzertragenden und pigmentierten Hinterleibern ausgestalteten Krebsen nahe.

Als ich versuchsweise Einsiedlerkrebse ihrer Schneckenschalen beraubte und mehrere Monate ohne diese beließ, trat eine deutliche Ringelung, Beschalung und Pigmentierung des Hinterleibes auf, ein Beweis dafür, daß die Fähigkeit zu dieser Ausbildung nur infolge der Schneckenbehausung in jedem Einsiedlerkrebse latent bleibt.

Enthält jede Tierart, außer den offenbaren Eigenschaften eine Reihe von latenten, die erst auf die Veränderung äußerer Faktoren hin in Erscheinung treten können, so könnte es sich in den angeführten Beispielen des Wiederauftretens erworbener Eigenschaften an den Kindern nicht um das Erblichwerden einer den Eltern angezwungenen ganz neuen Fähigkeit, sondern um das Persistieren des Reizes zum Einschlagen der früher latent gewesenen, bei den Eltern offenbar gewordenen Entwicklungsmöglichkeit handeln.

Das Vorhandensein verschiedener Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb einer Tierart ist von C o u t a g n e gelegentlich seiner Zuchtversuche an Seidenspinnern als „Polytaxie“, von G i a r d insbesondere bei den Fortpflanzungsveränderungen als „Poecilogonie“ bezeichnet worden. Die bisherigen Versuche über das Wiederauftreten erworbener Eigenschaften bei den Nachkommen sprechen in der Tat sehr dafür, daß es sich um eine direkte Einwirkung des verändernden Faktors auf die Keimzellen der Eltern handelt, so daß die aus den Keimzellen entstehenden Kinder nunmehr denselben Entwicklungsweg wie ihre Eltern einschlagen. So veränderten sich T o w e r s Blattkäfer nicht mehr, wenn erst auf die verwandelten Käfer der verändernde Faktor einwirkte, aber ihre Nachkommen waren trotzdem verändert, wenn der äußere Faktor auf die reifenden Keimprodukte hatte einwirken können.

Die Frage, ob am Körper der Eltern erworbene Eigenschaften, z. B. funktioneller Natur, auf die Keimzellen vererbt werden, ohne daß diese selbst von dem betreffenden Faktor erreicht werden können, bleibt somit noch offen.

Udenkbar, wie es W e i s m a n n will, ist eine solche Korrelation zwischen Körper und Geschlechtszellen gewiß nicht. Erst ganz kürzlich fand J. S c h i l l e r, ein Schüler H ä c k e r s in Stuttgart, daß nach Abschnitt gewisser Körperanhänge bei kleinen Zyklopen-Krebschen die Geschlechtszellen in bestimmter Weise verändert werden*). Neue Versuche werden weitere Erfolge zeitigen.

Aber berechtigt nicht schon das Erreichte zu den schönsten Hoffnungen, da wir am Beginne, nicht am Abschlusse einer neuen Forschungsweise stehen?

*) Wer sich für eine eingehende Darstellung der auf Artbildung bezüglichen Versuche interessiert, wird eine solche in dem demnächst erscheinenden Bande meiner Experimental-Zoologie, 3. „Phylognese“, (Wien und Leipzig, F. Deuticke) finden.

CHRONIK

STAATLICHE Erfindungs-Ausstellung. Um den mannigfachen Mißständen, die auf dem Gebiete der Verwertung gewerblicher Erfindungen bestehen, zu begegnen, hat die württembergische Regierung als erste im vorigen Jahre eine Auskunftsstelle für gewerblichen Rechtsschutz errichtet. Sie sollte den Erfindern unentgeltlichen Rat und Auskunft erteilen, wenn sie ihr Schutzrecht anmelden, und sie vor der Ausbeutung gewissenloser Patentagenten schützen. Zahllose, oft minderbemittelte Leute fallen in die Hände solcher Agenten, und große Summen gehen dabei für wertlose, unverwendbare Erfindungen verloren. Ihre Aufgabe, hier schützend einzugreifen, hat die Auskunftsstelle durchaus befriedigend gelöst. Sie hat in den ersten neun Monaten ihres Bestehens 500 Interessenten ihren sachverständigen Rat erteilt. Dieser Erfolg hat die Zentralstelle zu einem Versuch ermutigt, auch die Ausbeutung bei der Verwertung von Erfindungen zu bekämpfen und Erfinder und Industrielle unmittelbar in Verbindung zu bringen. Das erhöhte Vertrauen, das eine staatliche Behörde findet, versprach einen besseren Erfolg, als ihn die Verwertungsversuche gewerblicher Vereine bisher erzielt haben. Es konnten mehrere Wege für die Zentralstelle in Betracht kommen: man konnte ein ständiges Vermittlungsamt schaffen in Verbindung mit einer kleinen permanenten Ausstellung neuer Erfindungen.

Die Zentralstelle hat diesen Weg nicht gewählt; sie will vielmehr versuchen, durch eine staatliche Erfindungsausstellung ihr Ziel zu erreichen. Es soll damit den Erfindern die Verwertung ihrer Erfindungen, den Interessenten die Orientierung über neue Erfindungen erleichtert werden. Die Ausstellung wird beschränkt auf Erfindungen, die bereits durch Patente, beziehungsweise durch Patentanmeldungen oder durch eingetragene Gebrauchsmuster geschützt sind. Eine Prüfung der angemeldeten Erfindungen, die Fernhaltung aller vordringlichen Reklame, der Ausschluß jedes geschäftlichen Charakters und die Leitung durch eine staatliche Behörde sichern den Ernst und die Sachlichkeit der Ausstellung. Die Kosten sind für die Erfinder nur gering, für unbemittelte Erfinder ist sogar die kostenlose Überlassung des Platzes vorgesehen. Die Dauer der Ausstellung, die das neu errichtete Gebäude gegenüber dem Landesgewerbemuseum einschließen soll, ist für die Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1910 geplant. Zu wünschen ist, daß das Unternehmen das Interesse der Industriellen und der Erfinder, die aus ganz Deutschland eingeladen sind, findet, damit die württembergische Regierung den Mut gewinnt, die Ausstellung zu einer permanenten oder doch periodischen Einrichtung zu gestalten. Denn erst dann wird sie ihren Zweck ganz erfüllen können.

